

Lenkungsprobleme und Inflation in Planwirtschaften

Von
Friedrich Haffner,
Kazimierz Laski, Jörg Thieme

Herausgegeben von Karl-Ernst Schenk



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 106

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 106

**Lenkungsprobleme und Inflation
in Planwirtschaften**



D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N

Lenkungsprobleme und Inflation in Planwirtschaften

Von

Friedrich Haffner,

Kazimierz Laski, Jörg Thieme

Herausgegeben von Karl-Ernst Schenk



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

**Alle Rechte vorbehalten
© 1980 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1980 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin 61
Printed in Germany**

ISBN 3 428 04550 5

Vorwort

In diesem Band werden drei Beiträge zusammengefaßt, die der Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen Ende September 1978 in Hamburg diskutiert hat.

Das Thema ist von den drei Autoren unter drei verschiedenen Aspekten betrachtet worden:

— Haffner:

Beim Übergang vom streng zentralistischen zu einem mit Marktelelementen durchsetzten Modell der Planwirtschaft lassen sich einige Problembereiche der zentralen Planung aufzeigen, in denen naturale und monetäre Disproportionen zu erwarten sind. Diese Bereiche waren zu identifizieren und mit der Empirie zu konfrontieren.

— Thieme:

Über diese Ursachenforschung hinausgehend stellt sich die Frage, wie Inflation in administrierten Wirtschaftssystemen überhaupt zu identifizieren ist. Hier gibt es verschiedene Ansätze, die mit Mängeln behaftet sind und es nahelegen, ein systemindifferentes Definitions-, Indikator- und Meßkonzept zu entwickeln.

— Laski:

Aus der zunehmenden Abhängigkeit der sozialistischen Länder von Weltmärkten ergibt sich ein neuer Problembereich. Es ist eine in diesem Zusammenhang viel diskutierte Frage, ob es diesen Ländern durch kompensierenden Einsatz planwirtschaftlicher Instrumente prinzipiell möglich ist, ihre Wirtschaft vor Auswirkungen der Weltinflation zu schützen. Hier wird nach einer differenzierten Antwort gesucht für den Fall unveränderter und verschlechterter terms of trade.

An diesen drei Aspekten wird beispielhaft gezeigt, wie schwierig es ist, gängige Konzepte der Ursachenforschung und der Indikatorenmessung von einem System auf ein anderes zu übertragen und welche Lösungen dabei möglich sind.

Karl-Ernst Schenk

Inhaltsverzeichnis

Erklärungsmomente für naturale und monetäre Disproportionen aus einer Theorie der unvollkommenen Planwirtschaft

Von *Friedrich Haffner*, Münster 9

Probleme der Definition und Messung von Inflationen in Systemen zentraler Planung

Von *H. Jörg Thieme*, Bochum 45

Inflationsprobleme einer offenen sozialistischen Volkswirtschaft

Von *Kazimierz Laski*, Linz 71

Erklärungsmomente für naturale und monetäre Disproportionen aus einer Theorie der unvollkommenen Planwirtschaft

Von *Friedrich Haffner*, Münster

Zum Generalthema der Ausschußsitzung „Inflation und Arbeitslosigkeit in verschiedenen Wirtschaftssystemen“ kann die hier vorgelegte Studie nicht eine Gesamterklärung liefern. Sie ist von den Ausgangspositionen aus auf die internen Verhältnisse sozialistischer Planwirtschaften beschränkt und versucht auch hier nur einen begrenzten Ursachenkomplex für Disproportionalitäten und Instabilitäten herauszuarbeiten. Nicht im Blickwinkel dieses Ansatzes liegen also externe Ursachen, eine unmittelbar — bewußt oder unbewußt — durch die Planungszentrale betriebene Wirtschaftspolitik, welche jene Ungleichgewichte beabsichtigt oder involviert, und schließlich auch nicht die Fälle, in denen Planverletzungen jene Entwicklungen in Gang setzen. Zu dem zuletzt genannten Ursachenkomplex würden vor allem die Lohnfondsüberschreitungen durch die Betriebe zählen und in einem weiteren Sinn auch das Wechselspiel zwischen legalen Lohnfondserhöhungen auf Grund formal ausgewiesener Kennziffernerfüllungen (z. B. Arbeitsproduktivität), die mehr plantechnisch als realiter zustande kommen. Unter Beiseitelassung dieser wichtigen Instabilitätsursachen ist das Augenmerk auf einen Mechanismus gerichtet, der in den sozialistischen Wirtschaftssystemen legal verankert ist und in den theoretisch akzeptierten Grundlagen dieses Systems seine Ursache hat.

Um diesen Zugang zu verfolgen, wird eine bisher wenig angewandte analytische Methode herangezogen, die in der Geschichte der marktwirtschaftlichen, insbesondere der Preistheorie ihren Vorläufer hat. Es geht darum, daß für Planwirtschaften ebenso eine abstrakte Modellstufe existiert wie für Marktwirtschaften in der vollständigen Konkurrenz. Dieses Modell der Marktwirtschaft ist immer mehr zu einem Fall der Lehrbuchliteratur geworden, dessen Erkenntniswert für die marktwirtschaftliche Praxis als recht beschränkt gilt, mag auch diese vielfach als „unvollkommener Wettbewerb“ gerade durch Abweichungen von jener Abstraktion theoretisch erklärt werden können. Dadurch erlangt sie ihr theoretisches Gewicht in gewissem Umfang zurück.

Eine analoge Theoriebildung wird im folgenden — unter Rückgriff auf bekannte Ansätze — für Planwirtschaften vorgenommen. Dabei hängt es hier wie dort von der Art der Abstraktion und ihrer Rücknahme bei der Annäherung an die Realität ab, worin die Vollkommenheit bzw. Unvollkommenheit zum Ausdruck kommt. Es wird versucht, gerade aus den Unterschieden zwischen einer vollkommenen und einer unvollkommenen Planwirtschaft Instabilitätsursachen herauszuarbeiten. Aus der Anlage der Studie ergibt sich, daß in einem ersten Abschnitt der theoretische Ansatz, die allgemeine Modellstufe, in einem zweiten und dritten Teil die unvollkommene Planung und ihre Formen darzustellen sind. In einem vierten Abschnitt wird versucht, aus der mikroökonomischen Analyse einige Arten von naturalen und monetären Disproportionen abzuleiten.

I. Vollkommene zentrale Planung

Das Modell der vollständigen zentralen Planung besteht aus zwei Teilen:

1. Die gesamte volkswirtschaftliche Koordination erfolgt durch eine zentrale Bestimmung der Ziele und ihrer Realisation im Plan, der auf ein allgemeines Gleichgewicht hin *ex ante* auch die Durchführung fixiert. Dieser Plan ist das Ergebnis eines umfänglichen Informations-, Rechen- und Entscheidungsprozesses, dessen Endfassung alle volkswirtschaftlichen Entscheidungen und Koordinationen vorwegnimmt.
2. Dieser Plan muß den arbeitsteilig wirtschaftenden ökonomischen Einheiten im Implementationssystem so zur Kenntnis gebracht werden, daß er vollständig durchgeführt wird. Eigene Ziele und Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte sind deshalb ausgeschlossen, ihre Tätigkeit ist rein ausführender Natur und schließt Handlungsalternativen aus.

Dieses Modell, das weitgehend mit den Annahmen der Eucken-Henselschen Lehre der Zentralverwaltungswirtschaft¹ übereinstimmt, ist im folgenden zuerst im allgemeinen nachzuvollziehen. Es ist darauf einzugehen, in welcher Weise es für die Analyse der real existierenden sozialistischen Planwirtschaften nutzbar gemacht werden kann, insbesondere kommt es aber darauf an zu zeigen, wie die Aufgabe der heroischen Bedingung der totalen Koordinationskonzentration zu Formen unvollkommener zentraler Planwirtschaft führt.

Die Bedingungen eines solchen Modells bestehen in einer vollständigen Information über alle Ziele, technischen Produktionsmöglichkeiten und Ressourcenbeschränkungen. Aus Vereinfachungsgründen wird von

¹ K. P. Hensel: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1974.

einer geschlossenen Wirtschaft ausgegangen. Die Produktionsbedingungen werden als linear, stetig, nichtsubstituierbar und ohne Verbundproduktion, also limitational, unterstellt. Die Zentrale ist willens, einen Gesamtplan rechtzeitig, sachlich und zeitlich vollständig unter Maximierung ihrer Ziele aufzustellen. Unter diesen Voraussetzungen besteht eine Zielfunktion (U), welche alle Endgüter (Y_i) umfaßt.

$$U = U(Y_i)$$

Dieses Präferenzsystem kann als eine yieldimensionale Indifferenzflächenschar verstanden werden, auf deren einzelnen Flächen alle für die Zentrale gleichwertigen Güterkombinate enthalten sind. Eine kardinal ausformulierte Zielfunktion besteht nicht, die Zentrale vermag lediglich — analog der individuellen Nutzenabschätzung — die Höher-, Gleich- oder Minderwertigkeit einer Güterkombination festzustellen und dadurch in bezug auf die Primärfaktoren einen Ausgleich der naturalen Grenznutzen zu erzielen². In der Handhabung der Zentrale einer Zentralverwaltungswirtschaft wie ein Güternutzen maximierendes individuelles Wirtschaftssubjekt liegt eine absolut wirklichkeitsferne Annahme³, die ihre Berechtigung allein aus dem Abstraktionsverfahren erfährt und die ratio zentralen Planens in einer Volkswirtschaft in Reinheit zur Geltung bringt.

Als eine notwendige Voraussetzung einer vollkommenen zentralen Planung war die Information über sämtliche Produktionsbedingungen genannt worden. Sie finden Eingang in das alle Güter umfassende Bilanzschema, in dem alle Endprodukte (auch alle Sortiments- und Qualitätsunterschiede) nach den zu ihrer Herstellung notwendigen Vorprodukten, diese auf die nächst höheren Güterordnungen zurückgeführt werden, bis der zu einem bestimmten Endbedarf notwendige Bestand an Gütern höchster Ordnung festgestellt werden kann. Dieses Verfahren kann komprimiert durch eine Input-Output-Matrix dargestellt werden, indem die Matrix der technischen Koeffizienten (A_{i+n}) mit der Outputmatrix (X_{i+n}) plus den Endbedarf (Y_i) die Gesamtendproduktion ergibt. In der Matrix sind auch Zwischengüter (X_n) enthalten, für die kein Zielbedarf besteht.

² Vgl. W. Krelle: Über die Möglichkeit der Wirtschaftsrechnung in verschiedenen Wirtschaftsordnungen, in: JNSt., Bd. 165, 1953, S. 123 ff.

³ Hensel hat dieses Problem durch eine realitätsnähere Annahme, nämlich einen hierarchischen Unterbau der Zentrale, gelöst (a.a.O., S. 113 f.). Aber indem er annimmt, daß innerhalb der Lenkungsorganisation „... kein Wille zur Geltung [kommt], der nicht Wille der zentralen Leitung ist oder mit ihm konform bleibt“ (S. 114), wird die Planung aus einem Kopf lediglich ersetzt durch einen vielköpfigen Planungsapparat, indem die gleiche naturale Präferenzstruktur virulent ist, eine im Ergebnis gleiche, aber nicht minder heroische Annahme.

$$A_{i+n} \cdot X_{i+n} + Y_i = X_{i+n}$$

wobei

$$X_{i+n} = Y_i + X_n \quad \text{und}$$

$$X_{i+n} = (E - A_{i+n})^{-1} \cdot Y_i$$

darstellt. Zu dieser quadratischen Matrix tritt im Sektorraum III eine Teilmatrix B hinzu, in der die Güter nter Ordnung, letztlich Arbeit, Boden, Bodenschätzungen und Kapital⁴ angetragen werden; sie ist bestimmt durch die Matrix $(A_2 \cdot X_{i+n})$. Der Einwand, daß das, was Güter nter Ordnung seien, in gewissem Umfang willkürlich⁵ sei, ist zutreffend. Es können deshalb auch Produktionskapazitäten, Maschinenbestand u. a. sein. Entscheidend ist, daß für diese Matrix anstelle der Zielprojektionen vom Zielhorizont abhängige Beschränkungen (X_z) treten.

$$B \equiv A_z \cdot X_{i+n} \leq X_z$$

In der Planrechnung erweist sich, daß bei der Rückführung der Güter auf die Güter höchster Ordnung — zu denen auch Arbeitsstunden zählen — diese aus Qualität, Ort und Zeit sehr differenziert sind, so daß sie nur bei hoher Abstraktion jeweils als ein Gut aufgefaßt werden können.

Der Planungsprozeß läuft nun in der Weise ab, daß die Zentrale eine Kombination beliebig hoher Endgütermengen — entsprechend einer ihrer Indifferenzkurven — als wünschenswert vorgibt, also einen Vektor Y_1 , und es nun den Computer oder dem dienenden Planungssapparat überläßt, mit Hilfe der technischen Koeffizienten auszurechnen, ob die vorgegebenen Güter nter Ordnung ausreichen, dieses Güterbündel zu produzieren. Die Umsetzung der Güter erster Ordnung in Güter nter Ordnung war ursprünglich als ein Rechenvorgang angesehen worden, in dem auf jeder Produktionsstufe nur die direkten Aufwände an originären Produktionsfaktoren errechnet wurden, aber mittels mehrmaliger, auch die indirekten Beziehungen einschließenden Veränderungen des produktiven Aufwandes (X_n) kann zumindest unter den oben erwähnten restriktiven Bedingungen annähernd der volle Aufwand an Gütern höchster Ordnung errechnet werden. Bei der Behandlung der Investitionen kommt es auf den Zeithorizont und die Handhabung des Kapitalproblems an, ob man die Kapazitäten, gerade auch der Zwischenprodukte, als letzte Begrenzungen ansieht oder auch die Kapazitäten als Variable betrachtet.

Wenn als Ergebnis der Umrechnung eines ersten, relativ hoch angesetzten Vektors von gewünschten Produktionszielen — wie zu erwar-

⁴ Auf die Darstellung des Kapitalproblems wird hier verzichtet.

⁵ Vgl. C. Seidl: Theorie, Modelle und Methoden der zentralen Planwirtschaft. Eine Einführung, Berlin 1971, S. 105.

ten — die Beschränkungen der Ressourcen überschritten werden, was sich als Überschreitung der Beschränkungen (oder in der Bilanzmethodik als Saldenbildung) herausstellt, muß zuerst durch eine Wahl anderer Outputkombinationen des gleichen Niveaus sichergestellt sein, daß auf dieser Indifferenzfläche kein Ausgleich möglich ist, dann erst kann durch die Wahl generell niedrigerer Outputziele (also auf niedrigem Nutzenniveau) ein Ausgleich mit den vorhandenen Produktionsmöglichkeiten nach dem oben beschriebenen Verfahren gesucht werden. Alles hängt wieder von der Wahl der Endgüterstruktur ab, die — durch die Zentrale intuitiv ermittelt — nur auf einer niedrigeren Indifferenzkurve liegen kann. Es gibt die Möglichkeit, daß die Güter unter Ordnung voll ausgeschöpft, unzulässig überstrapaziert oder nicht voll ausgenutzt werden. Nur im zuerst genannten Falle wäre das Planungsverfahren zu einem zufriedenstellenden Ende gebracht, ein konsistenter und optimaler Gesamtplan wäre entstanden. Im zweiten Falle muß das Verfahren der sukzessiven Minderung der Zielmengen fortgesetzt werden. Nur wenn bei allen Gütern unter Ordnung ungenutzte Ressourcen verbleiben, kann erneut eine höhere Produktmengenkombination angestrebt werden. Es ist jedoch zweifelhaft, ob jemals der günstigste Fall, die volle Ausnutzung aller Ressourcen, erreicht werden kann. Dies wäre rein zufällig. davon abgesehen, kann man jedoch annehmen, daß sich für die Zentrale eine bestimmte Endgütermenge, die auch gewisse strukturelle Variationen in der engen Umgebung einer Indifferenzkurve einschließt, und ein Set minimaler nicht ausgenutzter oder sogar überspannter Ressourcen als die beste aller möglichen bisher errechneten Planvarianten ergibt. In diesem Falle wäre ein *cum grano salis* optimaler Plan zustande gekommen.

Das Henselsche Modell vollkommener zentraler Planung hat trotz einiger problematischer Vereinfachungen den Vorteil, bestimmte abstrakte Grundstrukturen zentraler Planung deutlich zu machen. Dazu zählt vor allem, daß das Geld und damit eine Preisrechnung für den Planungsprozeß selbst nicht notwendig sind, im Gegenteil, daß die ökonomische Rationalität sich durch eine Rechnung in naturalen Einheiten als zwingend erweist, wenn die zentrale Planung aus einem Kopf mit einer Nutzenbewertung der Güter operiert. Diese Feststellung setzt einem Problem der Debatte um die Wirtschaftlichkeitsrechnung im Sozialismus ein gewisses Ende, ob nämlich Wirtschaftsrechnung ohne Geld überhaupt möglich sei. Diese Feststellung steht überdies im Einklang mit der Kommunismusvision, daß das Geld absterben und eine Gebrauchswert- und Arbeitszeitrechnung an dessen Stelle treten werde. Die Übereinstimmungen zu nennen, heißt jedoch nicht, die Unterschiede zu übersehen, daß nämlich die sozialen Verhältnisse des Henselschen Modells andere als die des Kommunismus sind, daß die Arbeitswertlehre

keinen Eingang gefunden hat und vor allem, daß die Zentralverwaltungswirtschaft und der Kommunismus formal verschiedene Konstrukte sind, dieses eine Realutopie (nach Meinung seiner Anhänger), jenes ein abstraktes Modell mit ausschließlich kognitivem Erkenntniswert spezifischer Art.

Der oben auf Seite 10 erwähnte zweite Teil der Vorstellungen über eine unvollkommene zentrale Planwirtschaft betrifft die Plandurchführung, die Implementation. Es handelt sich dabei darum, auf welche Art und Weise die Zentrale ihren — nach dem bisher Gesagten — annähernd optimalen und konsistenten Gesamtplan an die Wirtschaftseinheiten zur Ausführung übergibt, so daß er in Produktion und Verteilung Realität wird. Die einzige adäquate Form⁶ der Realisierung einer vollkommenen *ex ante* Koordination der Volkswirtschaft durch die Zentrale ist der Befehl, die Verwaltungsanweisung oder die Kennziffer. Alle drei Begriffe drücken in militärischer, juristischer bzw. ökonomischer Sprache dasselbe aus: Eine an höherer Stelle entschiedene Angelegenheit wird zur Durchführung an untergebene Stellen in Form einer Information imperativen Charakters gegeben. Die Kennziffern sagen dem Betrieb was, wieviel, wann, für wen usw. er zu produzieren hat und geben die Beschränkungen der Mittel an, mit denen dies zu erreichen sei. Theoretisch müßten sich diese betrieblichen Planziele bei genügend weitreichender Detaillierung als Spalten- und Zeilenvektoren aus der Gesamtrechnung unmittelbar ablesen lassen. Entsprechend den Annahmen der vollkommenen zentralen *ex-ante*-Koordination bleibt für den Betrieb keine eigene ökonomische Entscheidung übrig. Er kann also auch keine Zielfunktion realisieren; er führt nur die von oben gegebenen Anweisungen aus. Die Motive, aus denen eine solche totale Unterordnung gedacht werden kann, sind irrelevant, sei es sozialistische Überzeugung, Beamtenmoral oder Zwang; diese sagen lediglich etwas über die politischen und sozialen Verhältnisse aus, unter denen zentrale Planung möglich ist. Aber mit dieser Fragestellung ist das reine Modell schon verlassen und das Problem angeschnitten, ob nicht im Bereich der Implementation die totale Planwirtschaft illusorisch sei, weil man zwar die zentrale Planungsaufstellung als politisches Vorhaben denken und als theoretisches Problem behandeln, sogar formal lösen, sich aber eine Gesellschaft, selbst nur die produzierenden Betriebe und die dort arbeitenden Menschen, nicht als Roboter vorstellen kann. Deshalb hat auch Hensel schon in seiner Einführung und in späteren Arbeiten verstärkt⁷ hier Mechanismen, wie Preise, Anreize u. a., akzeptiert, welche die Ausführenden zur Er-

⁶ Zumal unter polnischen Ökonomen wird die Meinung vertreten, daß der Zentrale Plan durch zentralisierte Lenkung und dezentrale Leitung, d. i. indirekte Steuerung, realisiert werden kann (vgl. K. Piotrowski: Marktmechanismus und zentral gelenkter Koordinationsmechanismus, in: ZfO, 1/1976, S. 37 ff.).

füllung der zentralen Pläne neben der Befehlsmoral motiviert. Auch war immer schon bei der Übertragung des Modells auf die Wirklichkeit die Begrenztheit der Informationsübermittlung und ein beschränkter Freiheitsspielraum der Betriebe, vor allem bei der technischen Organisation der Produktion, gesehen worden. Von diesen Zugeständnissen an die Wirklichkeit mußte jedoch zunächst abgesehen werden, wenn man die Logik zentraler Planung herausarbeiten wollte. Es wird zu zeigen sein, daß die Einführung von Entscheidungsspielräumen der Betriebe gerade nicht mehr nur das Implementationssystem, sondern das Planungssystem selbst betrifft.

Zum Realitätsgehalt des hier vorgeführten Modells sei noch darauf verwiesen, daß die schon bei Walter Eucken auftretenden Modellvariationen, freier Konsumgütertausch und freie Konsumgüterwahl, in das Planrechnungskalkül und in das Implementationssystem aufgenommen werden können. Die erste, relativ unwichtige Modellstufe läßt, ohne die zentralen Ziele irgendwie zu berühren, auf der Basis von durchschnittlichen Konsumzielen die Realisierung von subjektiv differenzierten Zielen mittels individueller Tauschakte zu. Haben dagegen die Konsumenten die Möglichkeiten einer freien Wahl der Konsumgüter, müssen die aggregierten Wahlakte antizipiert und in das Planrechnungskalkül in Form von Minimalansätzen für die Endgüterstruktur eingehen. Damit wird die Wahlfreiheit der Zentrale beschränkt, und es entstehen Schwierigkeiten bei der Antizipation der Konsumentenwünsche und/oder beim Absatz der dafür im Plan bestimmten Güter⁷, aber die Planhoheit der Zentrale im oben beschriebenen Sinne wird dadurch für die gesamte übrige Wirtschaft nicht in Frage gestellt.

Der Realitätswert der vollkommenen zentralen Planung liegt nicht darin, daß man sie vergröbert, d. h. mit einigen geringfügigen Ausnahmen als das Wirtschaftssystem der sozialistischen Planwirtschaften ansehen könnte. Dies würde völlig der Methode der Idealtypusbildung widersprechen. Aber soweit in der Realität sozialistischer Planung zentral geplant wird, findet die im Grunde naturale Bilanzierungsmethode Anwendung, auch wenn sie unter Rückgriff auf andere Steuerungssysteme, die neben dem zentralplanerischen praktisch bestehen, in Geldeinheiten

⁷ K. P. Hensel: Einführung ..., a.a.O., S. 186 f.; ders.: Grundformen der Wirtschaftsordnung, Marktwirtschaft — Zentralverwaltungswirtschaft, München 1972, S. 108 f.

⁸ Es sei daran erinnert, daß auf einer niedrigen Stufe der Bedarfsdeckung durch einen permanenten Kaufkraftüberhang alle Absatzprobleme, sogar einer völlig unzureichend geplanten Konsumgüterindustrie, zu Lasten der Bevölkerung behoben werden konnten. Stalin hatte diese Disproportionalität zwischen Waren- und Kauffond zu einer — heute belächelten, aber keineswegs überwundenen — „Gesetzmäßigkeit des Sozialismus“ erklärt (V. G. Lopatkin: *Tovarnye otношения i zakon stoimosti pri socializme*, Die Warenbeziehungen und das Wertgesetz im Sozialismus, Moskva 1966, S. 79).

aufgestellt werden. Die Zentrale ist unter diesen Umständen auch nicht mehr allein auf die imperativen Methoden der Planimplementation angewiesen, aber soweit sie zu solchen Methoden greift, findet die Logik des vollkommenen zentralisierten Modells Anwendung. Jedoch führt die Existenz mehrerer reiner Steuerungssysteme dazu, daß die konkreten Einrichtungen eines so konstruierten Wirtschaftssystems nicht mehr nur jeweils auf einzelne, reine Formen reduziert werden können. Die Vermischung zwingt zu einer Analyse, welche jeweils zwei oder mehrere reine Systeme in Betracht zieht.

Noch in einer anderen Hinsicht muß der praktische Erkenntniswert des Modells hervorgehoben werden. War es in den ersten 20 Jahren des Bestehens der Planwirtschaft in der Sowjetunion sicher in der Realität so dominant, daß diese irrtümlich mit ihm gleichgesetzt werden konnte, so hat es doch noch in bezug auf partielle Anwendung Bedeutung erlangt: Bei der Schwerpunktplanung wird zwar nicht die gesamte Volkswirtschaft koordiniert, aber alle Prozesse, welche mit der Aufgabe in Zusammenhang stehen, die erste Präferenz genießt. Indem für viele andere gleichwohl notwendige Endprodukte faktisch keine oder nicht in die Planrechnung eingehende quantitative Größen festgelegt werden, führt der oben beschriebene Planungsablauf lediglich zu einer Optimierung der Schwerpunktziele und einer diesbezüglichen Ausschöpfung der Ressourcen. Für die übrigen Bedarfe könnten möglicherweise Minimalbedarfe eingeplant oder ihre Befriedigung einer Restkoordination überlassen bleiben. Für diese Bereiche könnte dann unter Verwendung der aus dem ersten Verfahren übrig gebliebenen Ressourcen als Beschränkungen die gleiche Planrechnung wieder durchgeführt werden. Die Koordination könnte aber auch weitgehend dem Selbstlauf überlassen bleiben. Es spricht vieles dafür, daß in den Frühstadien der sozialistischen Planwirtschaft die zentrale Planung de facto aus einer solchen Schwerpunktplanung bestanden hat, wobei die Restkoordination nicht in gleicher Weise stringent durchgeplant war, also auch Elemente der Nichtplankoordination enthielt.

Trotz gewisser Kongruenz der Planwirklichkeit mit dem Modell der vollständigen zentralen Planung ist sein Wert für die Erkenntnis der real existierenden sozialistischen Planwirtschaften gering, weil fast alle Annahmen unrealistisch sind. Ein Gewinn an Realitätsnähe wird durch sukzessive Aufgabe der heroischen Bedingungen erlangt. Dabei stellt sich die Frage, in welche Richtung ein solches Verfahren eingeschlagen werden soll. Tatsächlich sind verschiedene Wege begangen worden. So führt z. B. die Aufgabe der Annahme der vollkommenen und gesicherten Information zur Planung unter Ungewißheit mit dem Ergebnis, daß die Wahrscheinlichkeitsrechnung in den Planungsprozeß aufgenommen werden muß.

Für die folgende Diskussion ist die Aufgabe jener Annahme von zentraler Bedeutung, die oben schon als fragwürdig hingestellt wurde, daß nämlich die Wirtschaftssubjekte als reine Ausführungsorgane und als am Planungsprozeß selbst nicht beteiligt konzipiert waren. Daß dies der Wirklichkeit nicht entspricht, sondern daß vor allem der Betrieb nicht nur Befehle ausführt, ist heute allgemein akzeptiert, wenn auch das stalinistische Wirtschaftssystem mit Ausnahme der oben genannten Restbereiche ziemlich genau diese Situation geschaffen haben dürfte. Im modellhaften Sinne vollkommen war jedoch auch hier das Planungssystem nicht. Bei den verschiedenen Reformen seit der Chruščevschen Verwaltungsreform von 1957/58 hat immer wieder die Erweiterung der Rechte der Betriebe und der unteren Wirtschaftsbehörden zu Lasten der zentralen Planbefugnisse zur Diskussion gestanden und ist z. T. durchgeführt worden. Damit war das Problem der Dezentralisierung, d. h. der Delegation von Entscheidungsbefugnissen an die Betriebe, ohne die Zentrale zu entmachten, gegeben. Aber der Begriff der Dezentralisierung stellt selbst noch kein Konzept der aktiven Beteiligung der Betriebe am gesamten Planaufstellungs- und -vollzugsprozeß dar, sondern beschreibt nur den Sachverhalt der Änderung der dezentralen Entscheidungsspielräume. Es läßt sich historisch an verschiedenen Reformen nachweisen, daß das Ausmaß der Dezentralisierung sehr unterschiedlich sein kann, daß es sich also dabei um einen graduellen Prozeß handelt. Formelle und tatsächliche Dezentralisierung unterscheiden sich, im Extremfall kann formelle Dezentralisierung in eine tatsächliche Zentralisierung umschlagen.

Wenn das Verhältnis zwischen Zentrale und Betrieben nicht als ein ausschließliches Unterordnungsverhältnis im Sinne der totalen Planung verstanden werden kann, vielmehr die Betriebe einen aktiven Part im Planungsprozeß spielen, muß gerade dieses Verhältnis Gegenstand einer realitätsnäheren Modellkonstruktion sein. Hier seien zwei Betrachtungsweisen vorgeführt, von denen sich die unvollkommene Planung unterscheidet:

In den Modellen der Zwei- (oder Mehr)ebenenplanung wird der zentrale Planaufstellungsprozeß in der Weise aufgelöst, daß bei der Zentrale und bei den Betrieben Zielfunktionen angenommen werden. Bei einem als neutral angenommenen Geldsystem stellt die Zentrale ein für sie optimales Programm auf, ohne es in Planvorgaben für die Betriebe zu formulieren. Sie überläßt es den Betrieben, bei einem zunächst beliebigen Preissystem die für diese optimale Outputmenge zu berechnen. Wenn sie aggregiert nicht mit den von der Zentrale gewünschten Mengen übereinstimmt, werden die Preise (gegebenenfalls auch die gewünschten Mengen) geändert und die Reaktion der Betriebe bei der Outputgestaltung wieder mit dem Zielprogramm verglichen; bei unbefriedi-

genden Ergebnissen werden erneut variierte Preisvorgaben den Betrieben zu einer erneuten Outputbestimmung vorgelegt. Dieser Prozeß läuft so lange, bis eine Übereinstimmung erzielt ist. Die Methode kann auch in der Weise variiert werden, daß die Zentrale Mengen vorgibt und pretiale Bewertungen zurückfließen. In beiden Fällen bringen die Betriebe ihre Detailinformationen in das Planaufstellungsverfahren ein; die Erreichung ihrer subjektiven Ziele (Einkommensteigerung) ist über eine Prämienordnung an die den Betrieben aufgetragene Zielfunktion geknüpft. Der Planaufstellungsprozeß führt deshalb — wenn die Bedingungen realistisch sind — zu einer Übereinstimmung zwischen zentralen und dezentralen Zielen. Er läßt erwarten, daß *rebus sic stantibus* die Planimplementation zu genau der Mengen-Preis-Kombination führt, die in dem Planungsprozeß ermittelt wurde.

Dies hier angedeutete Verfahren einer optimalen Volkswirtschaftsplanung erhebt die Betriebe zu vollwertigen Planungspartnern der Zentrale; wenn auch die Zentrale ihre Zielprojektionen durchsetzen kann, so besteht doch im Prämien system eine Anerkennung der Ziele der Betriebe. Gerade dadurch werden die betrieblichen Aktivitäten auf die Erfüllung der zentralen Ziele gelenkt. Obwohl der zuletzt genannte Effekt im Stimulierungssystem der osteuropäischen Planwirtschaften verankert ist, ist die Zweisebenenplanung nicht realisiert. Der Grund liegt nicht darin, daß in der Phase der Planaufstellung die Zentrale nicht über die Informationen und bei der Plandetaillierung nicht über die Höhe der Auflagen mit den Betrieben kommunizieren würde, so daß Kenntnisse und Interessenlage der Betriebe in die Planung nicht Eingang fänden. Ausschlaggebend für die Nichtübereinstimmung ist allein, daß die Zentrale sowohl Mengen- als auch Preisplanung *uno actu* betreibt und dabei nicht sichergestellt ist, daß beide Steuerungsinstrumente demselben Präferenzsystem entsprechen. Die gleichzeitige Handhabung der direkten Mengenplanung und der indirekten Steuerung über Preise ist die Genese eines mehrgleisigen Steuerungssystems, aber gleichzeitig die Absage an eine Mehrebenenplanung. Daran ändert auch nichts, daß zentrale Preisreformen als Reaktion auf ungewünschte Outputs interpretiert werden können und sich in großen Zeitintervallen damit so etwas wie eine Zweisebenenplanung durchsetzen würde⁹.

Ein anderer Ansatz, das Phänomen der betrieblichen Aktivität im Planungsprozeß zu berücksichtigen, liegt darin, daß man den Einfluß der Betriebe auf die Phase der zentralen Informationsgewinnung (weiche Pläne) und auf die Phase der Plandurchführung beschränkt, während die Phase der Zielbildung und Planaufstellung allein der Zentrale wie im Modell überlassen bleibt. So hat schon Hensel das Problem lokalisiert,

⁹ Vgl. P. Dobias: Theorie und Praxis der Planwirtschaft, Paderborn 1977, S. 161 ff.

und bis heute ist es verbreitet üblich, so zu verfahren¹⁰. Auch in der Analyse des Planungssystems als einem direkten Lenkungs- und indirekten Leitungssystem kommt dem Betrieb lediglich die Aufgabe der Planerfüllung zu. Da er nicht vollständig geplant ist, muß er in seinem Entscheidungsspielraum auf die Planziele parametrisch gesteuert werden. Wenn im folgenden versucht wird, die Stellung der Betriebe im Planungsprozeß anders zu bestimmen, so besteht doch insofern Übereinstimmung, als die Betriebe als partiell selbständige Akteure verstanden werden müssen, deren Entscheidungsspielräume durch die direkt imperative Planung eng begrenzt wird. Dies muß, um eine Verwischung der Unterschiede gegenüber marktwirtschaftlichen Unternehmungen, auch solchen in marktsozialistischen Systemen, zu verhindern, deutlich hervorgehoben werden.

II. Unvollkommene zentrale Planung

Wenn man vom Modell der vollständigen zentralen Planung und ihrer Durchsetzung durch Kennziffern und Normen ausgeht, so besteht die erste Bedingung der Unvollkommenheit¹¹ darin, daß die Zentrale den Vollkommenheitsanspruch entweder nicht erheben will oder schon bei der Planaufstellung nicht durchführen und/oder bei der Implementation nicht durchsetzen kann. In jedem Fall gewinnen die Betriebe dadurch einen eigenen Entscheidungsspielraum, mag er durch Planauflagen auch noch so eingeengt sein. Im einzelnen mögen für diese Unvollkommenheit der zentralen Planung unterschiedliche Gründe verantwortlich sein: Wenn die Zentrale bewußt oder unbewußt auf Planung verzichtet, entstehen Planfreiräume (z. B. Kolchosmarkt), wenn sie aus Informationsmangel oder zu geringen Verarbeitungskapazitäten nur Globalplanung und Globalanweisungen durchführt, ergeben sich Planlücken (z. B. bei der Sortimentsbestimmung), und wenn sie schließlich durch Kompetenzüberschneidungen in sich widersprüchliche Planauflagen erlaßt, so bleibt auch dann dem Betrieb ein Entscheidungsspielraum (Überdetermination). Schließlich muß auch der Fall ins Auge gefaßt werden, in dem die Planstringenz versagt und die Betriebe sich über einzelne Planauflagen hinwegsetzen.

¹⁰ G. Leptin: Das „Neue ökonomische System“ Mitteldeutschlands, in: Wirtschaftsreformen in Mitteldeutschland, hrsg. von K. C. Thalheim und H.-H. Höhmann, Köln 1968, S. 101 ff.; P. Dobias, ebenda, S. 132 ff.

¹¹ Der Begriff der Unvollkommenheit wurde in bezug auf Wirtschaftsordnungen zu einer generellen Typisierung von Mischformen schon von H.-R. Peters (Ordnungstheoretische Ansätze zur Typisierung unvollkommener Wirtschaftsordnungen, in: Hamburger Jahrb. f. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 18. J., 1973, S. 47 - 77) verwendet. Hier führt in Analogie zur „Unvollkommenheit“ der Märkte, also mikroökonomisch, die Unvollkommenheit der zentralen Betriebssteuerung zur Genese planfremder Koordinationsformen.

Die bisher logisch aus der nicht totalen Planung abgeleiteten Entscheidungsspielräume werden in der politökonomischen Literatur der sozialistischen Staaten vor allem mit der relativen Gesondertheit der Betriebe begründet¹². Sie wird darin gesehen, daß die Betriebe nicht ein homogenisierter Teil einer Volkswirtschaft sind, sondern — auf der Ebene der Produktivkräfte — durch eine unterschiedliche Ausstattung mit Produktionsmitteln und Arbeitskräften sowie einer differenzierten Arbeitsteilung auf unterschiedlichem Niveau, — auf der Ebene der Produktionsverhältnisse — zwar einheitliches Volkseigentum in der Industrie besteht, aber die Organisation, Planungs- und Leistungsverhältnisse stark betriebsindividuellen Charakter haben und nicht mit dem staatlichen Wirtschaftsverwaltungsapparat identisch oder von ihr voll inkooperiert sind. Auch im Überbaubereich ist die ökonomische Gesondertheit durch den im Arbeitskollektiv vorhandenen individuellen Bewußtseinsstand und die vorhandenen Interessen geprägt. Diese Sonderung der Betriebe als ökonomische Einheit gilt als die sozialökonomische Ursache für den begrenzten Entscheidungsspielraum der Betriebe, um den es hier geht. Aber die Gesondertheit ist nicht unbestritten, sie trifft auch für andere ökonomische Einheiten als die Betriebe zu, ja gilt auch im außerökonomischen Bereich. Sie könnte deshalb nicht die *differencia specifica* sein¹³, durch die sich die Betriebe von den übrigen staatlichen Organisationen unterscheiden. Aber möglicherweise gilt für alle staatlichen Einheiten in ihren ökonomischen Bezügen, was im folgenden besonders für den Betrieb herausgearbeitet wird, daß er ein partiell selbständiger Planträger ist. Insofern würde Nichtplankoordination nicht auf die Betriebssteuerung beschränkt sein, sondern ein generelles Koordinationsproblem darstellen.

In allen den oben bezeichneten Situationen sind die Betriebe auf Grund ihrer Gesondertheit in der Lage, einzelwirtschaftliche Entscheidungen zu fällen, die an die Stelle der ursprünglich zentral zu treffenden Entscheidungen treten. Damit wird der Rang der dezentralen Entscheidungen unmittelbar angedeutet: sie werden nicht erst bei der Plandurchführung, sondern schon bei der Planaufstellung wirksam¹⁴. Ökonomische Ziele und Pläne werden nicht nur in der Zentrale aufge-

¹² Das russische „osobennost“ wird am besten mit dem Begriff der Gesondertheit wiedergegeben, der nicht wie „Isoliertheit“ den Gedanken an eine konkurrenzwirtschaftliche Selbständigkeit aufkommen läßt.

¹³ W. Kuczynski: The State Enterprise under Socialism, in: Soviet Studies, Vol. XXX, 3/1978, S. 319 ff. Anstelle der Gesondertheit wird hier als Charakteristikum des Betriebes die Kombination von staatseigenen, sachlichen Produktionsmitteln und privaten, von den Haushalten angebotenen Arbeitskräften gesehen. Ebenda, S. 321.

¹⁴ Zur allgemeinen theoretischen Grundlegung vgl. A. Camacho: Centralization and Dezentralization of Decision Making Mechanisms: A General Model, in: Jahrb. der Wirtsch. Osteuropas, Bd. 3, 1972, S. 45 – 66.

stellt, sondern auch in den Betrieben. Formal drückt sich dieser Sachverhalt darin aus, daß neben der Zielfunktion der Zentralen und ihren nur im Ausnahmefall bis ins Detail gehenden Informationen und Koordinationsmöglichkeiten dort, wo der zentrale Plan nicht faßt, betriebliche Zielfunktionen, Informationen und Rechenmechanismen bestehen, mit zunächst gleichrangiger Stellung wie die der Zentrale. Eine gesamtökonomische Koordination und Planung (P_G) würde sich dann aus dem Plan der Zentrale (P_Z), dem eine Präferenzordnung der Zentrale (U_Z) und die aus den Betrieben stammenden Informationen (I_B) zugrunde liegen, und aus den betrieblichen, in ihren Entscheidungsspielräumen gefällten Entscheidungen, die in einen betriebseigenen Plan¹⁵ (P_B) eingehen, zusammensetzen.

$$P_G = P_Z + P_B$$

$$P_Z = f(U_Z; I_B); \quad P_B = f(u_B; i_B; k_Z; h_Z)$$

Die betriebseigenen Pläne basieren auf eigenen Zielfunktionen (u_B) und innerbetrieblichen Informationen (i_B) sowie auf den staatlichen Plankennziffern als Beschränkungen (k_Z) und den ökonomischen Hebeln (h_Z), dem indirekt wirkenden Steuerungssystem, das von der Zentrale mit parametrischer Wirkung festgelegt wird. Nur in dem Fall, in dem es gelingt, die Kennziffern und Hebel so festzulegen, daß im Ergebnis genau die Planziele der Zentrale erreicht werden, könnte man die Betriebe als reine Planerfüllungsorgane betrachten. Solange aber die direkten und indirekten Planinstrumente nicht zu einem in sich geschlossenen System vereinigt sind, d. h. daß sie kombiniert jene Aufgabe nicht erfüllen, ist die Stellung der Betriebe die eines selbständigen Planträgers, der partiell unabhängig vom Gesamtplan existiert.

Es könnte der Anschein entstanden sein, daß die Handhabung des Betriebes als eines teilselbständigen Akteurs bei der Plandurchführung oder seine Erhebung zum teilselbständigen Planer ein rein terminologisches Problem sei, das auf ein Scheinproblem hinausliefe. Der Unterschied ist aber aus zwei Gründen wichtig:

1. Wenn der Betrieb nur als Planerfüller konzipiert wird, wird von einem Modell ausgegangen, in dem die indirekte, parametrische Steuerung über Preise neben der Mengenplanung schon als gelungen angesehen wird. In Wirklichkeit ist man in der Theorie und Praxis weiter denn je davon entfernt, ein die direkte imperative Planung ergänzendes indirektes Steuerungssystem entwickelt zu haben. In der Realität der

¹⁵ Der hier verwandte Terminus „betriebseigener Plan“ ist nicht mit dem „Betriebsplan“ der sozialistischen Terminologie identisch, der als offizielles Dokument stark an den Planauflagen orientiert ist und die selbständigen Betriebsentscheidungen nicht genug deutlich macht.

sozialistischen Planwirtschaften werden daher die Fehler in der Planwirtschaft vor allem dem Kennziffernsystem und dem Preissystem zugeschrieben.

2. Wenn man von dem Modell der vollkommenen zentralen Planung herkommt, führt der Sachverhalt der Entscheidungsspielräume der Betriebe zunächst dazu festzustellen, daß die Planung nicht mehr total und vollkommen ist, d. h. daß eine Koordination der nicht zentral gesteuerten betrieblichen Aktivitäten nicht stattfindet oder durch ein System erfolgt, das seine Legitimation nicht von der zentralen Planungsautorität erhält. In der Tat greift hier, nach der hier vorgetragenen Vorstellung, der Marktpreismechanismus ein, wenn auch in einer äußerst rudimentären Form, wie zu zeigen sein wird. Das indirekte Steuerungssystem durch Preise und andere ökonomische Hebel gewinnt dadurch erst seinen theoretischen Stellenwert, daß die im Grunde Marktparameter darstellenden Kategorien (Preise, Zinsen, Löhne usw.) zu staatlichen Lenkungsinstrumenten gemacht werden. Die Entscheidungsspielräume der Betriebe und ihre Nicht-Koordination durch die Zentrale sind das logische — und übrigens auch historische — prius gegenüber dem indirekten Lenkungssystem.

Wenn man die historische Entwicklung des sozialistischen Planungssystems auf dieses Problem hin untersucht, zeigt sich, daß die nicht vollständige zentrale Planung und deren Konsequenzen erst allmählich durch die Probleme der Planungspraxis und durch den schwerfälligen Fortschritt der Disziplin „politische Ökonomie des Sozialismus“ deutlich wurden. Wenn auch theoretisch in jenem Modell der vollkommenen Planung eine optimale Faktorallokation durch Grenzertragsausgleich der naturalen Faktoren in allen Verwendungsbereichen möglich scheint, so ist, wenn sich die zentrale Planung und die direkte Lenkung aus den oben genannten praktischen Gründen auf Globalplanungen mit beliebiger punktueller Detaillierung beschränken mußte, der effiziente Einsatz der Produktionsmittel besonders schwierig zu gewährleisten. Bediente man sich aber schon eines Preissystems zu Aggregations- und anderen planungstechnischen Zwecken, so konnte auf diese Weise nicht nur der Kostenbegriff (und andere zusammengesetzte Wertkennziffern) gebildet und als imperative Norm verwendet werden, sondern man konnte auf dieser Basis auch ein betriebliches Rechnungswesen aufbauen, durch das neben Plankontrollaufgaben die ökonomische Leitung des Betriebes im Sinne des Rationalitätsprinzipes überhaupt erst gemessen werden konnte. Ob eine solche Effizienzkontrolle realistisch ist, hängt von den dabei verwandten Kriterien und vor allem von den Preisen ab; beides sind Problemkreise, die bekanntlich in der Praxis bis heute nur eine unbefriedigende Lösung gefunden haben, so viel darüber auch diskutiert wurde. Im zentralistischen Modell genügt die mengenmäßige

Planerfüllung, bei unvollkommener zentraler Planung mußte die Kostenenkung jedoch als eine gesamthafte Leistungskennziffer eingeführt werden. Das einer solchen „qualitativen“ Kennziffer zugrunde liegende Chozrasčet war in der Folge auch die Basis für die Entwicklung anderer Kennziffern, schließlich des Gewinns als Leistungsbemessungsmaßstab. Von den Einzelheiten muß in dieser Studie abgesehen werden, worauf es ankommt, ist, daß die in der wirtschaftlichen Rechnungsführung geschaffene Einrichtung, die — nach ihrer theoretischen Begründung — außerhalb und in Ergänzung des imperativen Planungssystems steht, Kategorien entstehen ließ, welche den Betrieb als relativ selbständige ökonomische Leistungseinheit auswiesen.

Eine ähnliche Bedeutung für die Erkenntnis und Bewältigung der nicht vollkommenen Planung wie das Chozrasčet besitzt das sog. Prinzip der materiellen Interessiertheit, das einen Sinn überhaupt erst durch Leistungsdifferenzierungsmöglichkeiten der Individuen und Kollektive in den Betrieben erhält. Nur wenn die Leistungsanweisung nicht ganz konkret ist und/oder nicht durchgesetzt werden kann, muß man zu Anreizmitteln greifen, welche eine Kenntnis der Leistungsmotivationen voraussetzt. In einem unvollkommenen naturalen Planungssystem kann der Anreiz an globale Mengenauflagen geknüpft werden; besteht aber ein auf pretialen Kategorien aufgebautes Rechnungswesen, so bietet es sich an, die soeben erwähnten Leistungskennziffern zur Grundlage der Stimulierung zu wählen. Beide erwähnten Einrichtungen, Chozrasčet und materielle Stimulierung, sind die unmittelbar konstatierbaren Einrichtungen des sozialistischen Wirtschaftssystems, die dartun, daß der Plan nicht in einem faktischen Sinn unmittelbar wirkendes Gesetz ist; sie sind ein empirischer Nachweis für das Bestehen der Ware-Geld-Beziehungen.

Wenn aber in den Betrieben ein auf finanzielle Kategorien aufbauendes Rechen- und Stimulierungssystem wirksam ist, wachsen die Preise über ihre passive Rolle als plantechnische Hilfsmittel hinaus und üben einen Steuerungseffekt in den Betrieben aus. In der Wertgesetzdebatte war zuerst nicht dies die Fragestellung, sondern, ob Produktionsmittel überhaupt Waren seien und welche Konsequenzen dies für die sozialistische Wirtschaft habe. Dabei stellte die Frage, wie man aus der marxistischen Wertlehre zu vernünftigen Preisen kommen könne, nur ein Teilproblem dar. Aber die Diskussion in der marxistischen Terminologie, welche ursprünglich eine kapitalistische Marktwirtschaft betrafen, enthüllten immer mehr Verhältnisse, die nicht nur terminologisch, sondern auch der Sache nach auf einer bestimmten Abstraktionsstufe marktwirtschaftlichen Ursprungs waren. Wenn die Betriebe als sozialistische Warenproduzenten bezeichnet, die Ware-Geld-Beziehungen nicht mehr als ein kapitalistisches Relikt, sondern als normales, wenn auch nicht

dominantes Produktionsverhältnis im weiteren Sinne bezeichnet werden und wenn schließlich das Wertgesetz zu den regulären Gesetzen des Sozialismus gezählt wird, das zwar nicht, wie im Kapitalismus, unmittelbar Basis des ökonomischen Grundgesetzes ist, sondern zu einer untergeordneten Gesetzmäßigkeit im Sozialismus gemacht wurde, so wird damit doch deutlich, daß marktwirtschaftliche Mechanismen im Sozialismus auf vorerst unabsehbare Dauer installiert sind¹⁶. Wenn schließlich auch prinzipiell die Interessenidentität der sozialistischen Gesellschaft in Frage gestellt und gerade die divergierenden Interessen der Betriebe und ihrer Kollektive ins Blickfeld rückten, war eine weitere Voraussetzung dafür gegeben, daß die Betriebe theoretisch und in der Planungspraxis auch in ihren planunabhängigen Aktivitäten erfaßt werden mußten.

Sollte der Eindruck entstehen, daß die politökonomische Entwicklung damit einen Marktsozialismus oder gar Marktverhältnisse ähnlich dem Kapitalismus konstatiert hätte, so würden diese Aussagen mißverstanden worden sein: die genannten Marktverhältnisse gelten nur ganz allgemein und abstrakt in dem Sinne, daß sie die Voraussetzung dafür bieten, daß der Staat das Wertgesetz bewußt im Dienste der Planrealisation anwenden kann. Häufig wird sogar — zumal in der jüngeren Literatur — „Geltung“ und „bewußte Anwendung“ des Wertgesetzes gleichgesetzt. Aber man kann nur anwenden, was schon existiert, auch ohne angewendet zu werden. Damit ist der gleiche Problemstand in der marxistischen Darstellung erreicht, wie er oben in der ökonomischen Analyse gegeben war: Setzt man parametrische Steuerung mit der bewußten Anwendung des Wertgesetzes gleich, so ist beides nur möglich, wenn schon vorher ein dezentrales System präsent war, das als eine Art marktwirtschaftliches System — zumindest in nuce und von der zentralen Planung stark deformiert — identifiziert werden kann.

Wenn hier — letztlich auf Grund eines begrenzten Entscheidungsspielraumes der Betriebe — von einem marktwirtschaftlichen System gesprochen wurde, so könnte dies Mißverständnisse auch in der Richtung hervorrufen, daß man dabei an eine voll entwickelte Marktwirtschaft mit unterschiedlichen Marktformen und -prozessen, mit Angebots- und Nachfragebewegungen und einer Preisdynamik denkt, die vom Staat unmittelbar unabhängig ist. Dies alles gibt es mit Ausnahme von Randerscheinungen in sozialistischen Planwirtschaften nicht. Es handelt sich

¹⁶ „Die Gesetze und Kategorien der sozialistischen Warenproduktion durchdringen mehr oder weniger alle ökonomischen Prozesse. Sie sind Bestandteil des Gesamtsystems der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und mitbestimmend für das Wesen der sozialistischen Produktionsweise.“ *K. Ambrée, J. Bösche, F. Matto: Theoretische Grundfragen der Entwicklung des Preisystems im ökonomischen System des Sozialismus*, in: *Wirtschaftswissenschaft* 7/1970, S. 992.

vielmehr um Marktelemente und Marktbeziehungen¹⁷, die nicht einen voll entwickelten Markt darstellen, sondern nur — mehr oder minder isoliert — Marktbestandteile. Dazu gehören eine individuelle Planaufstellung in Teilbereichen, subjektive Zielfunktionen, möglicherweise in Form der Einkommensmaximierung, zweiseitige Verhandlungen um Lieferbedingungen u. a. Diese Marktelemente können vereinzelt auftreten oder kombiniert. Je mehr sie sich ballen, um so stärker ist die Annäherung an entwickelte Märkte; je vereinzelter sie in Erscheinung treten, desto weniger sieht man ihnen ihren marktwirtschaftlichen Charakter an. So wird man z. B. mit einer gewissen Berechtigung in Zweifel ziehen können, ob eine betriebliche Entscheidung, nur ein beschränktes Sortiment zu produzieren, das als Planerfüllung gilt, etwas mit Marktwirtschaft zu tun habe. Sieht man aber in dieser Entscheidung, welcher betriebsindividuelle Ziele zugrunde liegen, eine selbständige Planaufstellung, die es im Modell einer vollkommenen Planung nicht geben kann, die aber notwendige Bedingung eines marktwirtschaftlichen Systems ist, so wird die theoretische Zuordnung zu einem marktwirtschaftlichen System deutlich, ist doch die individuelle Planung in einer Volkswirtschaft im Sinne W. Euckens das konstitutive Element einer Verkehrswirtschaft. Freilich läßt die planwirtschaftliche Umgebung einer solchen Entwicklung nicht eine marktwirtschaftliche Koordination entstehen, aber die globale Planauflage ist durch eine individuelle Entscheidung konkretisiert worden, der ein sehr enges betriebliches Rechnungskalkül zugrunde lag.

Das Beispiel macht deutlich, was mit Nachdruck hervorgehoben werden muß: die Marktelemente und Marktbeziehungen der genannten Art sind in ein dominierendes Planungssystem eingebaut und eingebettet. Diese Dominanz äußert sich in verschiedenen Formen und findet ihren Niederschlag in einer Reihe von Planeinrichtungen: Vor allem sind durch das bestehende direkte Planungs- und Lenkungssystem von vornherein die Entscheidungsspielräume der Betriebe stark eingeengt. Im Vordergrund stehen dabei die direkten Planauflagen, die auf der zentralen Koordination beruhen. Ebenso wirken die Normen und Berichtskennziffern, die bei den unmittelbar vorgeordneten Behörden festgelegt und zur Bewertung des Betriebes herangezogen werden. Es ist weitgehend in das Belieben der Planinstanzen gestellt, wie tiefgehend die direkte Steuerung im Einzelfall angesetzt wird. Insbesondere wenn man über die Plankennziffern und Normen hinaus die Möglichkeiten der laufenden Einflußnahme durch die Wirtschaftsvereinigungen, die in Form der Leitung stark persönlichen Charakter haben, berücksichtigt, wird die enge Begrenzung des betrieblichen Entscheidungsfeldes deutlich. Aber

¹⁷ F. Haffner: Systemkonträre Beziehungen in der sowjetischen Planwirtschaft, Berlin 1978, S. 185 f.

die Möglichkeit zur Variation der Planungstiefe und Leitungshäufigkeit zeigt auch, daß die Verhältnisse von Betrieb zu Betrieb verschieden sind. Bei einer nur global koordinierten Betriebstätigkeit bleibt den unmittelbar vorgesetzten Wirtschaftsverwaltungseinheiten durch Zuweisung von finanziellen Fonds (Lohnfonds, Investitionsfonds usw.) und Materialien eine desto stärkere Einwirkungsmöglichkeit auf die Betriebe, je detaillierter ihre Kenntnisse und desto stärker ihre Machtposition gegenüber den Betrieben ist. War im Modell die Dominanz in dem Sinne absolut, daß Zuwiderhandlungen ausgeschlossen waren, so reduziert die Existenz von Entscheidungsspielräumen nicht nur die zentralen Planungsmöglichkeiten, sondern löst das Befehlsverhältnis zwischen Zentrale und ihrem Verwaltungsunterbau einerseits und den Betrieben andererseits auf und reichert es zunehmend mit Elementen eines Verhandlungsverhältnisses an.

Das Dominanzverhältnis äußert sich auch in der Organisationshöheit der Zentrale gegenüber den Betrieben. Gemeint ist damit, daß die Zentrale — wenn nur erst einmal die Existenz von Entscheidungsspielräumen der Betriebe als unaufhebbare erkannt ist — die Bedingungen und Formen, unter denen die Betriebe selbstständig handeln, in Gesetzen, Verordnungen und ähnlichen Normativakten festlegen kann. Auch die Organisation der Betriebe selbst und der Planorganisationen und damit der Umfang der jeweils verankerten Entscheidungsspielräume sind Gegenstand zentraler Kompetenz. Deshalb ist eine staatliche Ordnungspolitik im weitesten Sinne die Grundlage, welche den konkreten Umfang der relativen Selbstständigkeit der Betriebe bestimmt. Der bekannte Unterschied zwischen formeller und informeller Ordnung gilt auch hier: Wie bereits angedeutet, haben die Betriebe die Möglichkeit der offenen oder versteckten Zuwiderhandlung, der Verhandlung mit Planungsbehörden und einen faktisch nicht beschneidbaren Minimalspielraum, der aus der Unvollkommenheit der zentralen Planung herröhrt. Dadurch wird die Dominanz zu einem relativen Herrschaftsverhältnis, das die Betriebe als zwar vielfach beschränkte, aber doch im Detail relativ vollständige Planträger einschließt. Da die volkswirtschaftliche Gesamtkoordination die betrieblichen Detailentscheidungen einschließt, ist die Koordination erst erreicht, wenn diese Entscheidungen einbezogen sind. Die Gesamtkoordination wird damit zu einem Prozeß, der sowohl *ex ante* und detaillierte *ex post* Koordination umfaßt. Dies gilt nur prinzipiell, ob sie erfolgreich gelingt, ist eine Frage, die im folgenden Abschnitt auf eine spezifische Problemstellung hin versucht wird zu klären.

III. Formen der unvollständigen Planung und das Sortimentsproblem

Im folgenden soll versucht werden, typische Konstellationen der unvollkommenen Planung herauszuarbeiten. Dabei steht in Analogie zu den Marktformen das Verhältnis zwischen Planzentrale und nicht vollständig geplanten Betrieben im Mittelpunkt der Analyse; es variiert, wenn die Betriebe ungeplante Beziehungen zu anderen Betrieben und im Verhältnis zu dezentralen Planorganisationen (z. B. VVB) unterhalten. Die dabei entwickelten Figurationen werden nicht generell untersucht, sondern nur auf ein Problem hin: wie die Produktion unter der Voraussetzung eines differenzierten Produktionssortimentes bestimmt wird¹⁸. Der Staat tritt als Planungszentrale auf und der Betrieb als relativ selbständige Planungseinheit, die über Pläne und ökonomische Hebel sowie die mit jedem dieser Instrumente verbundenen Vorbereitungs- und Kontrollmaßnahmen miteinander kommunizieren. Die Problematik des Informationsflusses von den Betrieben zur Zentrale wird dabei vernachlässigt.

1. Die Vollkommenheit zentraler Planung wird dadurch eingeschränkt, daß in einem *einzelnen* Betrieb ein Entscheidungsspielraum entsteht, weil eine Plankennziffer globaler Natur ist und deshalb nur erfüllt werden kann, indem der Betrieb durch eigene Entscheidungen zwischen verschiedenen Alternativen die Planauflage konkretisiert. Im übrigen wird vorausgesetzt, daß der Betrieb voll durchgeplant sei, aber sich von den Produktionsmöglichkeiten her im Stande sieht, die Planauflage durch eine beliebige Kombination der Alternativen zu erfüllen. Nach außen tritt der Entscheidungsspielraum und seine betriebsindividuelle Ausfüllung nicht zutage, weil — was immer entschieden wurde — als Planerfüllung gilt. Diese Figur sei als *Odinist*¹⁹ bezeichnet: der Betrieb als partieller, aber selbständiger Entscheidungsträger innerhalb globaler Planauflagen ohne selbständige (nicht geplante) Beziehungen zu anderen Betrieben und Planbehörden. Die „odinistische“ Situation kann auf mehrere Entscheidungsfelder ausgedehnt werden, ohne daß sich prinzipiell etwas ändert, außer daß ein Zusammenhang zwischen den Einzelentscheidungen entsteht. Zur Figur des Odinisten gehört auch, daß er selbständige Ziele verfolgt, die seinen Interessen entsprechen.

Es sei nun angenommen, daß die odinistische Situation, also der Entscheidungsspielraum eines ansonsten vollkommen durchgeplanten Betriebes, darin bestehe, daß er für die Erfüllung eines globalen Produktionsplans (z. B. als Produktionswert ausgedrückt), drei Sortimentsalter-

¹⁸ Das Problem wird in seiner Bedeutung auch bei Dobias (a.a.O., S. 141 f.) hervorgehoben.

¹⁹ Von Russisch „odin“ = eins, allein; gemeint ist die isolierte Einzelentscheidung oder Einzelentscheidungen in einem geplanten Betrieb.

nativen besitzt. Die Planung gestattet also eine alternative oder kombinierte Entscheidung über das zu produzierende Sortiment²⁰. Der volkswirtschaftliche Bedarf sei nicht bekannt. Für die Qualität der Entscheidung ist die innerbetriebliche Information über die Produktionsmöglichkeiten (Produktionsfunktion) Voraussetzung; die Entscheidung hängt im übrigen von der Zielfunktion ab. Im folgenden seien vier Alternativen von Zielfunktionen untersucht:

Fall a): Der Betrieb erhält nur naturale Planauflagen. Die Einkommen aller Betriebsangehörigen seien fixiert, es besteht also keine Stimulation. Unter diesen Annahmen ist eine Zielfunktion des Inhalts realistisch, daß im Betrieb der Arbeitsaufwand der Planproduktion minimiert wird. Ist der Arbeitsaufwand der einzelnen Produktarten, zwischen denen gewählt werden kann, verschieden, würde man sich auf die mit dem niedrigsten Arbeitsaufwand verlegen und dabei noch economics of scale erzielen können. Dieses Argument spricht sogar bei gleichem Arbeitsaufwand für die ausschließliche Produktion einer Variante.

Fall b): Der Betrieb kann durch Planerfüllung und -übererfüllung seine Einkommen über Prämien verbessern. Besteht das Produktionsziel in Mengen- oder Stückeinheiten, tritt der bekannte Tonnenideologie-Effekt auf: Die schwersten oder kleinsten Einheiten werden produziert. Es sei vermerkt, daß diese einseitigen Sortimentsstruktureffekte auftreten, ohne daß eine parametrische Steuerung über Preise vorliegt. Wenn die Prämiierung von irgendeiner Art von Wertkennziffern abhängt, treten in Abhängigkeit von der Basiskennziffer verschiedene Sortimentsstruktureffekte auf²¹. Die Bewertung der naturalen Aufwandsfaktoren und der Produkte durch Preise bringt dabei einen zusätzlichen Irrationalitätseffekt, dies unabhängig davon, ob die Preise als passive Rechenheiten oder als parametrisch wirkende ökonomische Hebel konzipiert sind. In der Regel wird jeweils die Konzentration auf ein oder wenige Sortimentsprodukte eine Optimierung erreichen lassen, während die übrigen Sortimente die Zielverfolgung relativ behindern würden. In Einzelfällen mag auch eine Sortimentsmischung prämienförderlich sein, z. B. wenn bei der Kostensenkungsprämiierung sich die einzelnen Kostensenkungsraten überschneiden oder der langfristige Aspekt der Kostensenkung eine Rolle spielt. Aber auch hier ist die Produktionsstruktur von innerbetrieblichen Gegebenheiten, der Produktionsfunktion der Sor-

²⁰ Streng genommen ist eine totale Planung, die einen Freiheitsgrad besitzt, entweder nicht stringent oder auch in anderen Teilen nicht vollkommen.

²¹ Am bekanntesten ist in der neueren Zeit die Unterscheidung zwischen gewinnbringenden (vygodnye) und nicht gewinnbringenden Waren (nevygodnye tovary); in den Betrieben werden vor allem die ersten produziert. Z. B. V. Salij: Aktivizirovat' kommercheskie otношения (Die kommerziellen Beziehungen aktivieren), in: Sovetskaja torgovlya, 1/1975, S. 7.

timente, Zielfunktion und dem Preissystem, abhängig, nicht von der Verwendungsseite der Produkte.

Auf ein Problem sei am Rande verwiesen: die Hervorhebung des Einkommensmotivs in der materiellen Stimulierung schließt andere Motive aus oder drängt sie an den Rand. Es ist aber durchaus strittig, ob die Einkommensmaximierung tatsächlich die zentrale Rolle spielt²². Wenn dies aber zweifelhaft ist und wenn mehrere Ziele gleichzeitig im Spiel sind, muß zwischen formellen und informellen Zielfunktionen unterschieden werden. Möglicherweise wirkt dann das Anreiz- und Parametersystem in eine völlig andere Richtung als vorgesehen.

Fall c): Die Betriebe suchen das Wohlwollen ihrer vorgesetzten Wirtschaftsverwaltungsbehörden zu erreichen und bei der Sortimentsentscheidung zusätzlichen Anweisungen, Bewertungen und Winken im Rahmen der Leitungskompetenz der Behörden oder VVBs zu folgen, so kann die Einseitigkeit der betrieblichen Entscheidungen (nach a und b) korrigiert werden, aber auch eine beliebige andere Pointierung erfahren. Es ist in der Regel nicht anzunehmen, daß die mittleren Planbehörden das spezifische Abnehmerinteresse im Auge haben (siehe unten).

Fall d): Die betriebliche Sortimentsentscheidung ist zwar nicht durch Planauflagen, aber durch Engpässe in der Ausstattung mit sachlichen Produktionsmitteln oder durch die Versorgung mit Arbeitskräften festgelegt. Der Spielraum schrumpft im Extremfall zu einer Quasi-Entscheidung zusammen, die über zusätzliche Beschränkungen bereits determiniert ist. In der Regel dürfte auch auf diese Weise nicht eine Sortimentsverbreiterung erreichbar sein, sondern ebenfalls eine Einengung des Sortiments zum Zwecke der Minimierung des Engpaßfaktors eintreten. Eine Ausnahme liegt z. B. dann vor, wenn das Engpaßmaterial die Produktion des durch den Betrieb präferierten Sortiments verhindert und zur Produktion anderer Sortimente zwingt. Als Ergebnis würde sich auch aus diesem Grund ein Zwang der Betriebe zur Konzentration auf Sortimentsschwerpunkte ergeben.

In jedem einzelnen Betrieb würde die Sortimentskonzentration unabhängig von anderen Betrieben vor sich gehen und jeweils andere Schwerpunkte entstehen lassen, da die Produktionsfunktionen, Zielsetzungen und Planauflagen, möglicherweise auch die Preise, verschieden sind. Der einzelne Betrieb gibt die von ihm in eigener Entscheidung produzierten Sortimente mit der ebenfalls von ihm entschiedenen Qualitätsstruktur als Planerfüllung aus und liefert sie an seine Abnehmerbetriebe als Planlieferung. Die Planbeziehungen transportieren also

²² Kuczynski (a.a.O., S. 322 f.) bestätigt durch eine soziale Analyse der Schichten des Betriebs diese Zielsetzung, die vor allem von den mittleren, für die Zielstruktur entscheidenden Führungskräften getragen wird.

nicht koordinierte dezentrale Entscheidungen. Wenn der Abnehmerbetrieb auf Grund dieser einseitig strukturierten Lieferung selbst in Schwierigkeiten gerät, ist daran nicht eigentlich die zentrale Produktionsplanung, wie es für ihn den Anschein hat, sondern die subjektive Entscheidung des Lieferbetriebes schuld, die über Planmechanismen übertragen, als Planerfüllung ausgegeben und angenommen wird.

Die erste Form der Unvollkommenheit der zentralen Planung, bestehend aus vereinzelten Detailentscheidungen, führt auf den ersten Blick zu einer volkswirtschaftlich willkürlichen, aber betriebsrationalen Produktionsgestaltung; sie wird in dem Planungssystem, als wäre sie geplant, über die interdependente Stufenleiter der Produktion weitergereicht, ohne daß die Betroffenen darauf Einfluß hätten, weil unter den gemachten Annahmen keine anderen als Planbeziehungen, also keine horizontalen ökonomischen Beziehungen, bestehen. Eine Koordination über Märkte und Preise findet in der gleichen Periode nicht statt, vielmehr entstehen allenthalben Planschwierigkeiten, unabsetzbare Lager, Knappheiten und dergleichen. Erst eine Reaktion der Zentrale über Plankennziffern, Ordnungspolitik, ökonomische Hebel u. a. kann, wenn die informatorische Rückkopplung funktioniert, Planerfüllung und Gleichgewicht in der nächsten Planperiode herstellen.

2. Eine höhere Form der Unvollkommenheit der Planung wird dort erreicht, wo Betriebe mit partiellen Entscheidungsspielräumen unter der Voraussetzung miteinander in Verbindung treten, daß die Entscheidungsfelder in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen, und in Verhandlungen die Planfreiräume ausgefüllt werden²³. Hier handelt es sich um eine *horizontale odinistische Kombination*, in der partielle von der zentralen Planung eingegrenzte Entscheidungsfelder zweier Betriebe durch Verhandlungen zwischen ihnen ausgefüllt werden. Auch hier sei wieder das Sortiments- und Qualitätsproblem herausgegriffen und angenommen, daß beide Betriebe in allen anderen Beziehungen voll in den Plan eingebunden seien. Die im Sinne des Lieferanten günstige Sortimentsstruktur kann nun genau das Interesse des Abnehmers treffen; in diesem für beide Kontrahenten optimalen Fall entstehen keine weiteren Probleme, aber es ist durch die Übereinstimmung zwischen Lieferanten und Abnehmer keineswegs gesichert, daß ein Zweitabnehmer, der die Produkte des Abnehmers als Planlieferung übernimmt, mit dieser Sortimentsstrukturierung seine Planauflagen erfüllen kann.

Der interessanter Fall ist auch der wahrscheinlichere, daß sich die Sortimentsgestaltungsvorstellungen des Liefer- und Abnehmerbetriebes

²³ Den legal planwirtschaftlichen Hintergrund dieser Figur der unvollkommenen Planwirtschaft bieten das Vertragssystem, die direkten Beziehungen und in gewissem Umfang auch der Großhandel mit Produktionsgütern.

nicht decken, wie auch die Preisinteressen entgegengesetzt sind. Dafür daß ein entsprechender Gegensatz bei der Sortimentsstrukturierung auftritt, spricht die häufige Existenz knapper Sortimente und Qualitäten von Waren und Ersatzteilen, denen nur eine solche Nichtübereinstimmung zwischen den Vorstellungen der Produzenten und Abnehmer zugrunde liegen kann. Auf welche Weise der Interessengegensatz zum Ausgleich kommen kann, ist generell nicht zu beantworten, es kommt auf die beiderseitige Verhandlungsposition an, ob ein Kompromiß gefunden oder eine im Interesse eines Partners liegende Struktur bestimmt wird. Dehnt man den Kreis der nicht durch zentrale Vorgaben fixierten, ebenfalls durch Verhandlungen zu regelnden Fragen (z. B. Preisauf- und -abschläge) aus, so entsteht eine Verhandlungsmasse, die wechselseitigen Ausgleich eher gestattet.

Das Problem der zweiseitigen Verhandlungen führt dazu, die horizontale odinistische Kombination als zweiseitiges Monopol²⁴ zu identifizieren. Es läßt eine generelle Lösungsaussage ohne verhandlungstheoretische Analyse nicht zu. Jedoch geht es hier gar nicht um den Interessenausgleich zwischen zwei Monopolisten, sondern darum, ob aus den Verhandlungen zwischen zwei Produzenten ein anderes Ergebnis als bei der isolierten Entscheidung des Odinisten in bezug auf den Bedarf außerhalb dieser Konfiguration zu erwarten ist. Ist die oben getroffene Aussage, die für verschiedene betriebliche Zielfunktionen gilt, richtig, daß jeder Betrieb eine Verbesserung seiner Situation durch Konzentration auf ein einseitiges Sortiment erreicht, so setzt sich dieses Interesse auch in Bezugsinteressen bei Rohstoffen, Maschinen usw. durch. Nur wenn es zu einem Mischsortiment durch Kompromiß zwischen den Interessen beider Seiten kommt, könnte der Abnehmer gezwungen sein, ein breiteres Sortiment zu produzieren, als es in seinen ursprünglichen Interessen lag. Dies setzt aber voraus, daß der Abnehmer seine Vorstellungen wenigstens teilweise durchsetzen kann. Dagegen sprechen jedoch die generell bestehenden „Verkäufermärkte“, die auf allgemeiner Warenknappheit infolge angespannter Pläne und auf das organisatorisch bedingte Verkaufsmonopol des Staates gegenüber den Konsumenten beruhen²⁵.

Die Verhandlungen zwischen geplanten Betrieben in ihren Planlücken könnten zu einem weiteren Interessenausgleich führen, als er bei iso-

²⁴ Aus dem hier gewählten Ansatz folgt, daß Marktformen nicht, wie N. Kloten (Zur Typenlehre der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, in: *Ordo*, Bd. XII, 1955, S. 138) seinerzeit meinte, ex definitione nur mit Verkehrswirtschaften vereinbar seien, sondern auch in den rudimentären, aber gesamtwirtschaftlich wichtigen Marktbeziehungen einer Planwirtschaft einen Platz haben.

²⁵ Vgl. P. G. Saostrowzew (Zaostovcev): Über die unmittelbar gesellschaftliche Arbeit im Sozialismus, Übers. a. d. Russ., in: *Sowjetwissenschaft Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, 10/1961, S. 1085.

lierten Entscheidungen wahrscheinlich ist, wenn nur gleichgewichtige Verhandlungen und nicht Monopol- oder Optionsfixierbeziehungen vorliegen. Hier liegt geradezu eine Chance, durch solche Marktelemente die Anpassungsfähigkeit der zentralen Planung im Detail auszufüllen²⁶. Stellt man sich die Verhandlungskette zwischen mehreren Liefer- und Abnehmerbetrieben, also eine *Kette horizontal kombinierter Odinsten*, bis hin zum Einzelhandel in dieser Form vor, könnten stärkere Impulse für eine nachfrageentsprechende Produktion ausgehen, wenn nur die erwähnten Verkäufermärkte in Käufermärkte verwandelt würden. Diese Aussage stimmt überein mit vielen Äußerungen zu diesem Problem. Aber die hier übernommenen Begriffe von Käufer- und Verkäufermarkt sind eigentlich viel zu stark, um sie auf die Realität der Planwirtschaft zu übertragen, wenn man von den Konsumgütermärkten absieht. Zwischen den Betrieben setzen sich diese Marktsituationen nur in den Verhandlungsspielräumen, die von den dominanten direkten imperativen Planung ausgespart sind, durch und bleiben auf diese Marktelemente beschränkt. Sie zu erweitern, ist ein planreformerisches Konzept in Richtung eines Marktsozialismus, nicht die Realität.

3. Eine weitere Form der Unvollkommenheit der Planwirtschaft entsteht, wenn in den Wirtschaftsverwaltungseinheiten, welche den Betrieben übergeordnet sind, Entscheidungsspielräume, subjektive Zielfunktionen und eine entsprechende Einflußnahme auf die Betriebe bestehen. Handelte es sich bei der oben unter 2. beschriebenen Form der Planunvollkommenheit um horizontale nicht geplante Beziehungen, so sind es hier vertikale Verhandlungen zwischen odinistischen Betrieben und Wirtschaftsverwaltungsbehörden, also eine *vertikale odinistische Kombination*. Sie setzt jedoch voraus, daß die Behörden (gedacht ist vor allem an die Vereinigungen und auf Chozrasčet überführte Ministerien) selbst zu ökonomischen Einheiten geworden sind, also ihren rein administrativen, behördenmäßigen Charakter verloren haben. Konkret würde dies dadurch realisierbar sein, daß sie über eigene Fonds verfügen, nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten und an den Ergebnissen materiell interessiert werden. Wie weit dies für die VVBs und einige Ministerien schon allgemein gilt, sei dahingestellt, zutreffend ist wohl, daß sie gleichzeitig auch administrative Verwaltungseinheiten darstellen. Aus diesem Grunde und weil sie nur mittelbar Einfluß auf die produzierenden Betriebe haben, ist ihre Gesamtsituation und auch ihre odinistische Qualität von der der Betriebe verschieden.

Die Möglichkeit der Verhandlungen zwischen den Betrieben und den VVBs öffnet verschiedene Möglichkeiten der Einwirkung auf die Sorti-

²⁶ L. Gatowski: Die Einheit von Plan und wirtschaftlicher Rechnungsführung (Übers. a. d. Russ.), ebenda, 1/1966, S. 24.

ments- und Qualitätsstruktur der Produktion. Geht man von der Annahme aus, daß den VVB mehr am globalen Funktionieren der Betriebe gelegen ist als an ihren Detailentscheidungen und daß umgekehrt gerade die Betriebe in ihrem beschränkten unternehmerischen Entscheidungskalkül um Durchsetzung ihrer Interessen kämpfen, ist für das hier behandelte Problem der Outputgestaltung kein anderes Ergebnis als in den beiden oben behandelten Figurationen der unvollkommenen zentralen Planung zu erwarten. Diese Vermutung wird noch bekräftigt, wenn die Stimulierung in den VVBs an die Erfüllung der gleichen Kennziffern wie in den Betrieben geknüpft ist. Diese Erwartung würde dann ins Gegenteil umschlagen, wenn die VVB als Reklamations- und Remedurinstanz für Planschwierigkeiten agiert und durch die Zentrale verpflichtet wird, die negativen Auswirkungen der unvollkommenen Planung zu beheben. Insoweit würde die VVB als Interessenvertreter der Abnehmer u. U. fungieren können.

Dies setzt aber schon das Zusammenwirken der VVBs untereinander als Informationsträger und Verhandlungspartner voraus, wodurch sich auf höherer Ebene ein ähnliches Zusammenspiel wie auf Betriebsebene ergeben würde. Dadurch entstehen mikroökonomische (auf Betriebsebene) und intermediaire (auf VVB-Ebene) außerhalb der zentralen Planung eigenständige Entscheidungsbereiche (*odinistische Konglomeration*), die sich weitgehend zentraler Einwirkung entziehen können. Die Ergebnisse für das hier behandelte Problem können in dieser Konfiguration nicht eindeutig deduziert werden, aber es besteht die Vermutung, daß die bisher gewonnenen Erkenntnisse nicht außer Kraft gesetzt werden.

4. Die bisher vorgeführten Formen unvollkommener Planung erhalten als Wirtschaftssystem und hier in seiner mikroökonomischen Figuration ein neues Niveau, wenn die Zentrale den eigenen Entscheidungsspielraum der Betriebe erkennt, ihn ordnungspolitisch zu gestalten und vor allem parametrisch zu steuern sucht. Hat bei der Analyse der bisher erörterten Formen von betrieblichen Aktivitäten entweder ein finanzielles Hebelelement überhaupt nicht bestanden oder hatte es rein passive Bedeutung, so wird jetzt die parametrische Steuerung der Betriebsentscheidungen über ökonomische Hebel systematisch betrieben²⁷. Sie soll

²⁷ „In ihrer Arbeit an der Vervollkommnung der Lenkung der Volkswirtschaft nimmt die Partei scharf Kurs auf die richtige Verbindung direkter Aufgaben der zentralen Organe mit der Anwendung ökonomischer Hebel der Einwirkung auf die Produktion. Diese Hebel — *Chozrasčet*: Gewinn, Kredit, Formen der materiellen Stimulierung u. a. — sind geeignet, solche ökonomischen Bedingungen zu schaffen, die eine erfolgreiche Tätigkeit der Produktionskollektive, der Millionen der Werktätigen, unterstützen und eine begründete Bewertung der Resultate ihrer Arbeit gewährleisten.“ Brešnev auf dem 24. Parteitag, zit. nach V. I. Rybin: *Ekonomičeskoe soderžanie i razvitiye choz-*

daraufhin untersucht werden, wie sie die Produktion beeinflußt. Da die parametrische Steuerung eine sehr komplizierte und umfängliche Problematik bildet, sei hier nur das Problem behandelt, wie weit eine staatliche Preisbildung die zur Konzentration neigende Outputstruktur verändern kann.

Als Ausgangslage sei wieder angenommen, daß der Betrieb als Oidnist bei einer vorgegebenen Globalkennziffer das Sortiment wählen kann; die Erfüllung der Betriebsziele hänge ferner von der Maximierung einer Wertkennziffer (Produktionswert bzw. Gewinn) ab. Es ist eine Preisbildung denkbar, die im Hinblick auf den Struktureffekt der Produktion neutral ist, die Sortimentskonzentration verstärkt oder sie abschwächt. Eine neutrale Wirkung ist dann zu erwarten, wenn — beim Produktionswert als Zielgröße — die Preise für die einzelnen Produktionssortimente gleich sind; geht es um die Maximierung des Gewinnes, müßte die Preis-Kosten-Differenz gleich bleiben. Eine Gleichbewertung unterschiedlicher Sortimente wird durch die Preisbildungsmethode der Durchschnittspreisfestsetzung erreicht, dagegen führt jede Einzelkalkulation des Sortiments dazu, daß — bei normierten Gewinnaufschlägen — die Produkte mit hohen Kosten auch die höheren Preise haben und dadurch für den Betrieb attraktiver sind. Diese Tendenz hat sich trotz aller Verbesserungen der Preisbildung erhalten, solange zu den Kosten ein normierter Gewinn zugeschlagen wird; sie hat sich jedoch etwas abgeschwächt dadurch, daß nicht mehr die Kosten die Bezugsbasis des Gewinnaufschlages sind, sondern die materiellen Produktionsfonds. Wenn deshalb häufig teuere, insbesondere aus teuren Materialien hergestellte Produkte angeboten werden — und billigere Sortimente fehlen —, hat dies u. a. seinen Grund in dieser Art von Preisbildung. Ist der Gewinn die Zielkennziffer, so führt diese Preisbildung zu dem Ergebnis, daß der Betrieb dasjenige Sortiment wählt, in dem die individuelle Differenz günstiger als im Preis ist; es tritt also ein Kostensenkungseffekt ein, der aber nicht die Sortimentskonzentration aufhebt.

In jüngerer Zeit sucht man das Problem durch eine Preisgestaltung zu lösen, die stärker die Produkt- und Qualitätsdifferenzierung berücksichtigt, indem man in Abhängigkeit von bestimmten Gebrauchswert-eigenschaften in Form von technischen Parametern Preisauf- und -abschläge festlegt. Um besonders knappe Sortimente zu fördern oder übermäßig produzierte zu vermindern, können die Auf- bzw. Abschläge progressiv oder degressiv gestaltet werden²⁸. Eine solche Preispolitik setzt

rasc̄eta na sovremennoj ētappe (Der ökonomische Inhalt und die Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der gegenwärtigen Etappe), in: Izvestja Ak. nauk SSSR, ser. ek., 3/1975, S. 83.

²⁸ Jedoch besteht dabei auch die Gefahr, daß die Betriebe künstlich, d. h. nur dem Schein nach, die Bedingungen erfüllen, für die höhere Preise ge-

aber eine ökonomische Analyse nicht nur der sortimentsbezogenen Produktionsbedingungen, sondern auch der tatsächlichen Ziele der Betriebe voraus, wenn sie wirkungsvoll sein soll — eine Annahme, die keine Preisbildungsbehörde im Hinblick auf die Breite der Produktions- und Sortimentsstrukturen erfüllen dürfte. Wird deshalb versucht, den Vereinigungen und den Betrieben nach normierten Kalkulations- und Preisbildungsrichtlinien die Preisfestsetzung zu übertragen, so gerät die parametrische Steuerung selbst unter die Zielfunktion der Betriebe, d. h. sie wird zugunsten des Betriebes gehandhabt, der gesteuert werden soll, oder wenn Verhandlungen geführt werden, wird sie zum Gegenstand monopolistischer Bestimmung. Im ganzen wird kaum vermutet werden können, daß durch eine parametrische Steuerung der Hang zu einseitigen Produktionsstrukturen beseitigt werden kann.

IV. Gesamtwirtschaftliche Disproportionen naturaler und monetärer Art

Die bisher durchgeführte Analyse hat ergeben, daß im Rahmen der Unvollkommenheit der zentralen Planung vor allem in den Betrieben, aber auch in den Vereinigungen und Verwaltungsbehörden Freiräume entstehen, die Möglichkeiten zu einer eigeninteressierten Faktorallokation, insbesondere zu einer Gestaltung der Produktionssortimente geben. Werden die Entscheidungen über das Produktionsprogramm an subjektiven Zielfunktionen der Betriebe orientiert, ist — von wenigen Ausnahmen abgesehen — zu erwarten, daß eine Konzentration auf ein oder wenige Sortimentspunkte erfolgt und eine gegenüber der Nachfrage disproportionale Sortimentsstruktur produziert wird. Der Grund für diese Tendenz liegt darin, daß im Normalfall bei unterschiedlichen Produktionsfunktionen für die Sortimentsnomenklatur der Beitrag der einzelnen Sortimente zur Verbesserung der betriebsindividuellen Zielfunktion verschieden ist und deshalb vom Betrieb nur die in dieser Hinsicht günstigsten gewählt werden. Diese Tendenz wird bei Verhandlungen zwischen den Betrieben sowie im Verhältnis zu den Vereinigungen durch monopolioide Strukturen bzw. durch vorwiegende Interessen an aggregierten Größen nicht vermindert, sondern eher noch verstärkt. Selbst wenn der Staat in Form eines indirekten Steuerungssystems eine parametrische Einwirkung intendiert, dürfte dies nur in Ausnahmefällen zu dem gewünschten Erfolg führen. Mikroökonomische Fehlsteuerung der betrieblichen Entscheidungen (des Odinisten) führen also ebenfalls zu einer Konzentration der Produktion in den meisten Betrieben auf meist wenige und nachfragewidrige Produkte, Sortimente und Qualitäten.

währt werden. Das häufig beklagte Aussterben alter, häufig noch nachgefragter Sortimente zugunsten neuer weniger veränderter, aber teurerer Produkte, belegt dies.

Ein ähnlicher Effekt tritt auch im Transport auf. Sind Transportleistungen besonders knapp und besteht ein fester, regional fixierter Abnehmerstamm, so ist es für Betriebe und Versorgungsorganisationen am günstigsten, den knappen Transportraum durch En-block-Lieferungen gleicher (normierter) Produkte in ein Gebiet zu erfüllen. Je differenzierter die Fracht, je häufigere Lieferungen, desto größere Transportleistungen wären sonst notwendig. Der Sortimentseffekt wirkt sich hier in gleichartiger Belieferung bestimmter Gebiete aus und verstärkt die Produktionseinseitigkeit. Eine Voraussetzung dieses Effekts ist jedoch, daß der Transport nicht nach differenzierten Leistungskennziffern geplant wird.

Man könnte erwarten, daß der mikroökonomische Sortimentseffekt dadurch kompensiert würde, daß — wie oben erwähnt — sich im Regelfall für jeden Betrieb verschiedene Schwerpunkte auf Grund der unterschiedlichen Produktions- und Zielfunktionen ergeben, so daß für den Abnehmer doch immer noch eine Produktionsvielfalt über verschiedene Anbieter hergestellt wird. Unabhängig davon, ob die Betriebe sich tatsächlich ergänzen, fehlt jedoch für die Betriebe und Handelorganisationen fast völlig die Möglichkeit zur Wahl seines Lieferanten oder Abnehmers²⁹. Sie sind ihm in der Regel durch Plan vorgeschrieben. Wäre es anders, würde eine bestimmte Art von Marktwettbewerbssystem bestehen. Selbst die Konsumenten haben zwischen staatlichem und genossenschaftlichem Handel nur geringe Wahlmöglichkeiten, zumal beide Verkaufsorganisationen auch regionale und örtliche Schwerpunkte haben. Die fehlende „Partnerwahl“ ist geradezu die Bedingung dafür, daß sich monopoloide Strukturen und Verkäufermärkte mit den genannten odinistischen Erscheinungen halten.

Obwohl die Planbindung der arbeitsteiligen Wirtschaftsbeziehungen einen Ausgleich der einseitigen Produktionssortimente durch die Abnehmer nicht gestatten, stellt sich doch das Problem, ob und wie der einzelwirtschaftliche Effekt der Sortimentskonzentration sich gesamtwirtschaftlich auswirkt. Es ist schon festgestellt worden, daß eine der Folgen der nicht vollständigen zentralen Planung und der dadurch möglichen, in bestimmten Konstellationen nach dem betrieblichen Entscheidungskalkül zwingenden Produktionsbestimmung zu Friktionen bei den Abnehmern führt, die die Ursache dem Plan zuschreiben, obwohl nicht zentral geplante, sondern individuelle Entscheidungen der Betriebe zugrunde liegen, die theoretisch marktmäßiger Natur sind, aber keine marktmäßige Koordination erfahren haben. So gesehen sind die auf diesen Ursachenkomplex zurückgehenden Planfriktionen gar nicht direkt vom

²⁹ Vgl. V. G. Lopatkin: *Tovarnye otношения i zakon stoimosti pri socializme* (Die Warenbeziehungen und das Wertgesetz im Sozialismus), Moskva 1966, S. 33.

Plan verschuldet, sondern gehen auf nicht geplante Aktivitäten zurück. Allein der staatlichen Ordnungspolitik kann der Vorwurf gemacht werden, daß die unvollkommene Planwirtschaft nicht konsistent organisiert ist, d. h. daß direkte Planung, indirekte Hebelpolitik und das materielle Anreizsystem nicht so aufeinander abgestimmt sind, daß die zentralen Ziele erfüllt und die mit Kaufkraft ausgestattete Endnachfrage befriedigt werden.

Eine häufig in der Praxis zu beobachtende Reaktion auf solche Vorwürfe oder auf Probleme der Wirtschaft, die auf diese Weise zu begründen sind, besteht nun darin, zum reinen System zurückzukehren, in dem man Erfahrungen besitzt, für das die reine Logik spricht und das als Antipode zur Marktwirtschaft auch ideologisch hoch im Kurs steht. Das ist aber gerade der Weg, der in die Irrealität der heroischen Annahme der abstrakten Modelle führt. In gewisser Hinsicht war genau dies die Reaktion der Zentrale auf die Reformen der 60er Jahre, als sie sich in vielen Bereichen als ungeeignet erwiesen, die — unter etwas erweiterten Entscheidungsspielräumen der Betriebe — Allokation weder wesentlich effizienter zu bewirken noch die zentralen Ziele besser zu erfüllen.

In den hier dargestellten mikroökonomischen Zusammenhängen wird eine Ursache für das vielfach bekannte Phänomen der permanenten Versorgungskrisen³⁰ gesehen. Diese Versorgungskrisen bestehen heute nicht mehr so sehr darin, daß allgemeine Unterversorgung mit lebensnotwendigen Gütern oder generelle Warenknappheit bestehen würde, sondern daß ständig irgendwelche stark nachgefragten Güter — im Produktionsmittelbereich und vor allem im Konsumgüterangebot — nicht erhältlich sind, während andere Waren, Qualitäten, Sortimente reichlich, oft weit über die Nachfrage hinaus, vorhanden sind. Dabei gibt es — wie für Ersatzteile und Kindersortimente³¹ — auch permanente Versorgungsgapse, deren Ursachen gerade darin liegen, daß die Produktionskennziffern und die Preise zu wenig für die Produktion dieser Waren Anreiz bieten. Diese Form von Versorgungskrisen auf Teilmärkten macht den Menschen und den Betrieben, besonders den Beschaffungsabteilungen, das Leben schwer. Es führt auch zu informellen Märkten

³⁰ Anders als gesamtwirtschaftliche Konjunkturen sind Handels- oder Marktkonjunkturen in sozialistischen Planwirtschaften seit langem anerkannt und Gegenstand der Diskussion. F. A. Krutinov: Kon'junktura rynka pri socializme (Die Marktkonjunktur im Sozialismus), Moskva 1968.

³¹ Das Defizit an Kindersortimenten ist sogar ein Problem von solchem Gewicht, daß das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der Sowjetunion sich damit beschäftigten und einer Verordnung „Über Maßnahmen zur Ausdehnung der Produktion von Waren für Kinder, zur Steigerung ihrer Qualität und zur Verbesserung des Handels mit diesen Waren“ erließ. Pravda, Nr. 318 v. 14. 11. 1978, S. 1.

und Marktbeziehungen, zu grauen und schwarzen Märkten, auf die hier jedoch nicht näher eingegangen werden soll.

Als Ursachen für die mikroökonomischen Disproportionen und „Markt“ungleichgewichte werden landläufig Fehler des Planungssystems verantwortlich gemacht. Sie können, generell gesehen, erstens darin liegen, daß die Zentrale bei der Prioritätensetzung die Konsumgüterindustrie vernachlässigt und die Ressourcen vorzugsweise in die kapazitätsschaffenden Zweige steuert. Zweitens kann die Fehlversorgung mit Konsumgütern auf mangelnde Informationen über Konsumentenwünsche und ihre ungenügende Berücksichtigung im Planungsprozeß gesehen werden. Dies sind die eigentlichen Planungsfehler. Drittens können in der fehlerhaften Planerfüllung weitere Ursachen für unzureichende Konsumgüterversorgung dargestellt gesehen werden, daß die Betriebe die Pläne nicht erfüllen — aus welchen Gründen auch immer. Im weiteren Sinn würden dazu auch Ursachen zählen, die außerhalb des Verschuldens der Planimplementäre liegen, wie z. B. die witterungsbedingten Planrückstände der Landwirtschaft. Diese Ursachenkomplexe bestehen sicherlich und wirken sich auf die Konsumgüterversorgung teils im allgemeinen, teils in partiellen Mangellagen aus. Auch Überproduktionen können aus den genannten Gründen z. T. erklärt werden. In der Stimulierung der Planübererfüllung ist sie direkt angelegt. In den in dieser Studie behandelten Zusammenhängen würde das nicht plangesteuerte mikroökonomische Entscheidungskalkül des Odinisten als ein vierter Bedingungszusammenhang für Versorgungsengpässe und Überschüsse an einzelnen Gütern hinzukommen. Die fehlende oder unzureichende Koordination dieser dezentralen Entscheidungen mit den Bedürfnissen der Endnachfrage ist der eigentliche Grund dafür, nicht die Existenz größerer oder kleinerer Planfreiräume.

Es stellt sich die Frage, ob die disproportionale Güterstruktur irgendwelchen einheitlichen Kriterien folgt oder ob sie als willkürlich angesehen werden muß. In bezug auf die Nachfrage ist sicherlich das letztere der Fall; denn es ist für den Konsumenten völlig uneinsichtig und aus der Vorstellung, daß die Produktion den Bedarf befriedigen soll, un rational, wenn Güter produziert werden, für die die Nachfrage fehlt, und andere Güter fehlen, für die aber Bedarf besteht. Die Analyse hat jedoch gezeigt, daß die Entscheidung einem durchaus rationalen betrieblichen Entscheidungskalkül entspringt. Als Einflußfaktoren sind herausgearbeitet worden: die inoffizielle Zielhierarchie des Betriebes und der am Entscheidungsprozeß beteiligten Gruppen, die offizielle Zielfunktion, also die Kennziffern, an deren Erfüllung Vorteile (z. B. Prämien) geknüpft werden, die technischen Produktionsbedingungen (Produktionsfunktion), die Planauflagen, die wie Beschränkungen wirken, und schließlich die Parameter, welche als Bewertungen auftreten.

Bisher konnten eine Reihe von Tendenzen bei der Wahl des production mixed festgestellt werden: bei Gewichtszielen wurden schwere Produkte, bei Mengenzielen kleine Produkte produziert. Die Kennziffer Bruttoproduktion („val“) führt zu teuren Gütern, insbesondere mit hohen Materialkosten; die „Verarbeitungskosten“ dagegen förderten arbeitsintensive Accessoires. Preise, in denen die Kapitalkosten nicht enthalten waren, begünstigten kapitalintensive Produktionen usw. Aber diese und andere Tendenzen bei der Wahl des Produktionsprogramms durch die Betriebe entsprechen nicht den ökonomischen Interessen desjenigen, der beispielsweise einen normalen Nagel vergeblich nachfragt; ihm ist es gleichgültig, ob er dafür einen großen, einen kleinen, einen goldenen oder einen verzierten Nagel kaufen kann. Die angeführten Fehlentwicklungen der Produktion zeigen aber, daß die Größe, von der die Prämienzahlungen abhängen, sowie die in ihr auftretenden Bewertungen für die Wahl zentrale Bedeutung haben. Im übrigen können bei der Entscheidung für ein Sortiment eine Reihe von Faktoren zusammenwirken, die einer generellen Analyse nicht zugänglich scheinen.

Von Krisen, auch von Versorgungskrisen, nimmt man in der Regel an, daß sie eine zeitlich beschränkte Dauer haben. Selbst wenn man für sozialistische Planwirtschaften dieses Krisenphänomen als permanent betrachten kann, so ist deshalb nicht ein Wechsel der Intensität der Knappheiten an einzelnen Gütern ausgeschlossen. Vor allem aber ändert sich die Knappheits- und Überschüßsituation einzelner Güter selbst. Dadurch mag das Phänomen der Versorgungskrisen dauerhaft sein, nicht aber seine konkrete, gütermäßige Gestalt. Wenn heute bestimmte Arten von Kleidung und morgen gewisse Schuhgrößen fehlen, fehlt immer etwas, aber immer etwas Verschiedenes, wofür auch die Ursachen andere und anderswo lokalisiert sind. Sieht man von Ursachen, die auf der Nachfrageseite und ihrer unzureichenden Übertragung in die Pläne³² liegen, ab und faßt man die hier erörterte Ursache für einseitige Produktionssortimente ins Auge, so werden Veränderungen des Produktionsprogramms, die zu Änderungen der Versorgungssituation führen, vor allem durch Änderungen der Planungs- und Lenkungsmethoden und durch Änderungen des quantitativen Ausdrucks der Preise und Kennziffern hervorgerufen. Dies bedeutet, daß nicht nur jede Wirtschafts- und Preisreform, sondern auch die jährlichen Änderungen der Planauflagen, wenn sie nicht nur auf Fortschreibung beruhen, und die heute weitgehend kontinuierlich durchgeführten Preisänderungen in den Betrieben an Hand der Zielfunktion Überlegungen über eine günstigere Produktionsgestaltung und damit immer auch nicht nachfragebedingte Änderungen

³² Hiermit beschäftigt sich *K. v. Delhaes*: Allokationsmängel als Ursache inflationärer Prozesse in Zentralverwaltungswirtschaften. Eine Modellanalyse, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Bd. 29, 1/1978, S. 38 - 54.

der Angebotsstruktur induzieren. Dies ist ein fortlaufender Prozeß, aber die einzelnen Güter und Warengruppen werden jeweils ungleich davon betroffen. Außer den institutionellen Faktoren der Planung und Preisbildung wirken die Versorgungslage der Betriebe mit Rohstoffen und Maschinen in Form von Beschränkungen sowie der technische Fortschritt durch Veränderung der Produktionsfunktionen auf die Outputstruktur, vermittelt durch das betriebliche Entscheidungskalkül, ein. Auch hier liegen im einzelnen diskretionäre Prozesse vor, die im ganzen eine kontinuierliche Entwicklung der partiellen Fehlversorgung der Bevölkerung darstellen. Für das Auftreten von Angebotsdisproportionen aus der hier betrachteten Ursache folgt aber, daß eine deterministische Regelmäßigkeit im Wechsel und in der Intensität der Versorgungskrisen nicht abgeleitet werden kann, sondern daß sie weitgehend stochastischen Charakter haben, obwohl sie aus den oben genannten Gründen so häufig auftreten, daß sie eine Dauererscheinung sind.

Bisher wurden ausschließlich gütermäßige Disproportionalitäten als Folge bestimmter nichtgeplanter Prozesse in den Betrieben betrachtet. Jedoch haben die einseitigen, nicht den Nachfragewünschen entsprechenden Angebote an einzelnen Gütern und Sortimenten auch für das monetäre Gleichgewicht Konsequenzen: Bekanntlich basiert die Planung der Warenzirkulation auf der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung. Die Ausgabenseite wird unter Abzug einiger nicht nachfragewirksamer Ausgaben als Kauffonds dem Warenfonds des Einzelhandels bilanzmäßig gegenübergestellt. Diese Bilanz ist vor allem deshalb keine Planbilanz im eigentlichen Sinne, weil die Konsumenten nicht zur Einhaltung der unterstellten, auf Schätzungen beruhenden Konsumstruktur veranlaßt werden können. Aber selbst wenn man die Bilanzierung als realistisch betrachtet, führt der oben dargestellte Sortimentseffekt der unvollkommenen Planwirtschaft dazu, daß die Nachfrager eine Güterstruktur am Markt vorfinden, die ihren Wünschen im Detail nicht entspricht, obwohl sie nicht die globalen Proportionen des bilanzierten Warenfonds verletzt. Die mit Kaufkraft ausgestatteten Nachfrager können in dieser Situation sehr verschieden reagieren: für das monetäre Gleichgewicht und für die Planerfüllung des Einzelhandels wäre es am günstigsten, wenn sie anstelle der zuwenig angebotenen Güter das reichliche Angebot bei anderen Gütern aufnehmen würden, also ihre Wünsche nach dem Angebot richten würden — ein sicherlich in der Regel unrealistischer Fall, zumal wenn Festpreise bestehen. Die ihre Kaufpräferenzen bewahrenden Nachfrager können auch auf Käufe überhaupt verzichten und die dafür vorgesehenen Ausgabensummen als Horte liquide oder auf Sparkonten halten. In diesem Fall gefährden sie das monetäre Gleichgewicht, es bilden sich Lager für die verschmähten Sortimente, und teilweise werden die Umsatzpläne des Einzelhandels sowie

die Bargeldabführungspläne an die Staatsbank nicht erfüllt. Da eine Kreditfinanzierung in der Regel für die Betriebe zu erlangen ist und die Staatsbank auch die Geldausgabe nicht vermindert, besteht auch keine Gefahr für sowieso durch die Planung abwehrbare deflatorische Impulse. Im Gegenteil es wächst die Liquidität der privaten Haushalte, und sie bildet eine permanente Gefahr für plötzliche Kaufkraftschübe, welche nicht in der Zirkulationsplanung vorgesehen werden können.

Wendet sich die Nachfrage jedoch Gütern zu, die sowieso nicht ausreichend vorhanden sind oder die gerade genügen, um die in der Schätzung vorgesehene Nachfrage zu decken, so erhöht sich das Ungleichgewicht bzw. es entsteht erst. Auf diese Weise wird eine inflationäre Situation verstärkt oder erst geschaffen. Selbst Lagerbildung kann mit einer solchen Überflüssigkeit unter der Bedingung vereinbar sein, daß das tatsächliche Nachfragervolumen zu einem hohen Planpreis geringer ist als das erwartete oder geplante bei einem niedrigen Preis³³. In beiden Fällen tritt der inflationäre Effekt jedoch nur auf, wenn die mikroökonomischen Ungleichgewichte sich gesamtwirtschaftlich zu aggregierten Disproportionen addieren und sich gegenüber der vorhergehenden Periode verstärken. Da dies kaum permanent zu erwarten ist, bieten diese Überlegungen in der Regel lediglich eine Erklärung für einzelne Inflationsschübe und partielle Inflationserscheinungen im Kontext der zurückgestauten Inflation.

Das Phänomen der Disproportionen in der Mikrostruktur der Märkte setzt auch Ausgleichsmechanismen und Planreaktionen in Gang. Zu den Ausgleichsmechanismen zählt vor allem die Entstehung informeller Märkte und auf den Konsumgütermärkten die Bereitschaft der Konsumenten zu sachlichen, örtlichen, zeitlichen und regionalen Nachfrageverlagerungen unter Inkaufnahme des zusätzlichen persönlichen Aufwandes. Erreichen die räumlichen Verschiebungen größeren Umfang, führt dies sogar zu einer Art Geldmigration zwischen den Regionen, die den Geldplanern besondere Schwierigkeiten bereitet. Die Planinstanzen können auf das Problem sehr verschieden reagieren. Sind sie an seiner Beseitigung ernsthaft interessiert, wird auf konventionelle Weise der betriebliche Entscheidungsspielraum, der Grund des Übels, beseitigt, wenn man die Sortimentsplanung verstärkt detailliert. Aber dies ist ein Weg in die falsche Richtung, weil totale Detailplanung der Sortimente und Qualitäten unmöglich ist und sich auf diese Weise nur die Tiefenschärfe der Planung verbessert, nicht aber soweit, daß der Betrieb nicht noch immer seine nachfragewidrigen Strukturvorstellungen durchsetzen könnte. Für den Verbraucher ist es beispielsweise fast gleichgültig, ob

³³ Vgl. F. Haffner: Institutionelle Ursachen und Hemmnisse für inflationäre Prozesse in sozialistischen Planwirtschaften, in: Zeitschr. f. Wirtsch. u. Sozialw., 2/1977, S. 113 f.

der Handel ihm einen Nagel von 10 cm oder 5 cm bietet, wenn er einen von 2 cm benötigt. Die zunehmende Diversifikation der Produktion verhindert auch, daß die Planung auf diesem Weg das Problem wird lösen können. Im Grunde ist damit die gesamte Planung der Produktion über Kennziffern in Frage gestellt. Die langjährige Diskussion um die richtigen Kennziffern und die vorsichtige Entwicklung der Planungsmethodik von naturalen zu Wertkennziffern, von marktfernen („Bruttoproduktion“) zu marktnäheren (Warenproduktion, abgesetzte Warenproduktion u. a.) Kennziffern können an der hier entwickelten Problematik wenig ändern, da sie nur generelle Fehltrends z. B. zu gewichtsintensiven oder zu vorleistungsintensiven Produktionen vermeiden helfen können. Eine nachfragegerichtete Mikrostruktur der Produktion kann auf diese Weise allein nicht geplant werden; es müßte für eine detaillierte Sortimentsplanung auch die richtige Vorstellung über die Verbraucherwünsche in derselben Tiefenstruktur vorliegen³⁴.

Erfolgversprechender könnte die Steuerung über ökonomische Hebel sein; sie hängt jedoch, wie gezeigt, von der Lösung schwieriger Preisbildungsprobleme ab. Soll über die Preise auch die Feinstruktur der Produktion gesteuert werden, müssen nicht nur die Marktlagen richtig antizipiert werden, sondern es müssen auch für die Produktionsbetriebe die Zielfunktion und der Einfluß der Preise auf deren Verlauf vorausberechnet werden. U. U. kann auch in beschränktem Umfang eine Marktpreisbildung in das Planungssystem insoweit installiert werden, als Preisbildungsbefugnisse nach Kalkulationsvorschriften delegiert und die Zustimmung der Abnehmer eingeholt sowie eine Meldung an Preisbildungsbehörden vorgesehen werden, ohne daß die staatliche Planautorität in bezug auf die Globalplanung der Mengen und Preise in Frage gestellt würde. Die zaghaften Versuche in diese Richtung sind aber bis heute noch nicht sehr weit gediehen.

Einen besseren Erfolg verspricht dagegen, wenn man den Einfluß der Nachfrager auf die Produktion verstärkt, indem man z. B. Planerfüllung vom Absatz abhängig macht oder die Detailplanung der Produktion durch Verträge zwischen Produzenten und Abnehmern vorher festlegen läßt³⁵. Dies würde eine Installierung von Markteinflüssen in den von der Globalplanung nicht erfaßten betrieblichen Entscheidungsfeldern darstellen. Voraussetzung für eine Funktionsfähigkeit dieser Konstruktion ist jedoch die Auflösung der Verkäufermärkte und der Monopolstellungen, außerdem eine ex ante Kontrolle über die Vereinbarlichkeit mit den

³⁴ Vgl. H.-H. Höhmann, G. Seidenstecher: Konsum und Wirtschaftsplanung in der UdSSR, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 13 - 1977, S. 35. Allerdings ist hier das Sortimentsproblem nicht als mikroökonomisches Steuer- und Regelproblem behandelt.

³⁵ Vgl. V. Jazev: Dogovor v sisteme chozjajstvennych cvjazej (Der Vertrag im System der wirtschaftlichen Beziehungen), in: Sov. torg., 12/1974, S. 17 - 21.

Globalplänen. Hierin liegen auch die engen Grenzen für solche Formen einer Verzahnung von planmäßiger und marktmäßiger Koordination.

Diese Tendenzen zur Lösung des Problems der Mikrosteuerung stehen in einer gewissen scheinbaren Übereinstimmung mit denjenigen sozialistischen Wahlvorstellungen, welche den Markt zu einem ordnungsgemäßen Teilkoordinationssystem des Planungssystems machen und darin dem zentralisierten Modell ein dezentralisiertes Modell gegenüberstellen³⁶. Die Übereinstimmung liegt darin, daß die grundsätzliche Existenz beider Koordinationssysteme anerkannt wird und daß hier wie dort das Problem der Verknüpfung beider Koordinationssysteme besteht. Grundsätzlich unterscheiden sich diese Vorstellungen aber von dem sowjetischen Modell darin, daß die imperative direkte Planung bestehen bleibt und lediglich in den von der Planung — aus sehr unterschiedlichen Gründen — nicht erfaßten Bereichen Entscheidungen gefällt werden und Prozesse ablaufen, welche nicht aus der Logik zentraler Planung erklärt werden können, sondern deformierte und durch Planeingriffe extrem verkümmerte Markterscheinungen, Marktelemente und Marktbeziehungen darstellen. Insoweit wird das zentralisierte Modell gar nicht aufgegeben, sondern realitätsnäher erweitert und ergänzt um nichtgeplante Bereiche. Die oben angedeuteten Erweiterungsmöglichkeiten sind deshalb lediglich als der Versuch zu verstehen, Instrumente zu entwickeln, durch die die zentrale Planung und Leitung die außerhalb des zentralisierten Modells liegenden Entscheidungen und Prozesse einbeziehen kann. Weder ist ein dezentralisiertes Modell oder gar ein Marktsozialismus intendiert.

Der Übergang von der vollkommenen zur unvollkommenen Planwirtschaft führt zu einer Analyse des Verhältnisses von Planzentrale und Betrieb von der Art, daß auch die Betriebe partielle und en detail Pläne aufstellen, welche die globalen Zentralpläne formal ergänzen, inhaltlich aber in Widerspruch zu ihnen geraten können. Das einzelbetriebliche Entscheidungskalkül unterscheidet sich von dem marktwirtschaftlicher Unternehmer dadurch, daß es nur in eng begrenzten Entscheidungsspielräumen wirksam wird, aber prinzipiell ist es von gleicher ökonomischer Natur insofern, als an subjektiven Zielfunktionen orientierte Entscheidungen getroffen werden, welche in der arbeitsteiligen Wirtschaft andere Wirtschaftssubjekte betreffen. Aber eine Koordination der nichtgeplanten einzelwirtschaftlichen Aktivitäten ist überhaupt nicht oder in monopoloiden Strukturen äußerst unvollkommen gegeben. Hier liegt der Grund, daß die Ergänzung der zentralen Planung durch marktmechanistische Elemente, die eigentlich viele Schwächen und unzulängliche

³⁶ Vgl. W. Brus: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft (Übers. a. d. Pol.), Frankfurt (M.) 1971, S. 200 ff.; J. Kosta: Sozialistische Planwirtschaft, Theorie und Praxis, Opladen 1974, S. 43 f. u. 70 f.

Koordinationen der zentralen Pläne auf Grund zusätzlicher Detailinformationen und Berücksichtigung einzelwirtschaftlicher Interessen ausgleichen könnten, ihrerseits Verzerrungen und Disproportionalitäten verursacht. Darauf — nicht auf andere Konsequenzen dieses Sachverhalts — war in dieser Studie das Augenmerk gerichtet: Es entstehen nämlich Disproportionen in der Feinstruktur der Produktion, die für weiterverarbeitende Abnehmer und Endkonsumenten zu Störungen ihres Programms oder zu Güterfrustration führen. Die zuletzt genannte Konsequenz ist als Versorgungskrise eine bekannte Erscheinung, die heute häufiger partieller als genereller Natur sind. Sie führen zu zusätzlichen Bemühungen der Konsumenten, aber auch unter bestimmten Umständen zu inflationären Impulsen. Das planwirtschaftliche System steht diesen Problemen nicht ganz machtlos gegenüber. Die parametrische Steuerung und der systematische Einbau von Marktelementen zeigen Richtungen, wie eine bessere Koordination der unterschiedlichen Koordinationssysteme erreicht werden könnte.

Probleme der Definition und Messung von Inflationen in Systemen zentraler Planung

Von *H. Jörg Thieme*, Bochum

Die seit Anfang der siebziger Jahre intensivierte Diskussion zum Inflationsproblem in administrativ-sozialistischen Wirtschaftssystemen ist durch definitorische Inkonsistenzen, konkurrierende Indikatorkonzepte und daraus resultierende Kontroversen über die Ergebnisse von Inflationsdiagnosen geprägt. Unterschiedliche Auffassungen bestehen nicht etwa nur über die — hier nicht zu behandelnden — Ursachen von Inflationen in solchen Wirtschaftssystemen, sondern bereits darüber, was überhaupt als Inflation zu bezeichnen ist und mit Hilfe welcher Indikatoren sie adäquat gemessen werden kann. Unklare Definitions- und Indikatorkonzepte erschweren einen Vergleich konkurrierender Erklärungsansätze, begünstigen eine Vermengung von Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen von Inflationen und lösen damit auch Konfusionen bei systemvergleichenden Analysen aus.

Diese Schwierigkeiten aufzuzeigen und möglicherweise zu mindern, soll im folgenden versucht werden, wobei nicht in die vielfältigen Details und Nuancen der Definitions- und Meßkonzepte eingedrungen werden kann, wie sie in der Literatur zur Analyse des Inflationsphänomens in administrativen Planwirtschaften seit geraumer Zeit üblich sind. Es soll vielmehr zunächst gezeigt werden, welche Meßprobleme bei dem für marktwirtschaftliche Systeme üblichen Preisniveaukonzept der Inflationsdefinition vorhanden sind und welche Schwierigkeiten bei seiner Übertragung auf administrative Wirtschaftssysteme entstehen (I). Des Weiteren werden einige repräsentative Ansätze zur Messung von versteckter und zurückgestauter Inflation auf ihre Aussagefähigkeit sowie die ihnen explizit oder implizit zugrundeliegenden Inflationsdefinitionen hin überprüft (II). Schließlich wird ein systemübergreifendes Definitions-, Indikator- und Meßkonzept vorgestellt und angewendet, das als Gerüst einer allgemeinen Inflationstheorie dienen könnte, die inflatorische Prozesse bei gravierenden Unterschieden der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu erklären fähig ist (III).

Die Ausführungen beschränken sich auf Zentralverwaltungswirtschaften, wie sie in den Ländern des administrativen Sozialismus verwirklicht sind; weitgehend ausgeklammert bleibt die Frage nach Ursachen

und Folgen von Inflationen in solchen Systemen. Die mehrfach geäußerten generellen Zweifel an der Aussagefähigkeit des offiziellen statistischen Materials aus sozialistischen Ländern brauchen im Detail nicht wiederholt zu werden: Die Praxis der offiziellen Statistik (z. B. Geheimhaltung wichtiger Indices, abrupte und nicht erklärte Änderungen der Berechnungsmodi publizierter Zeitreihen) spricht dafür, daß die immer und überall vorhandenen Möglichkeiten statistischer Manipulation insbesondere in diesen Ländern politisch genutzt werden. Bestimmte Phänomene messen oder Hypothesen empirisch überprüfen zu wollen, ist aus diesen Gründen für solche Länder ungleich schwieriger als für jene, wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland, mit relativ gut aufbereitetem, detailliertem Datenmaterial und weitgehend funktionierenden Manipulationskontrollen. Dies sollte aber nicht daran hindern, das vorhandene statistische Material der sozialistischen Länder aufzubereiten und mit der gebotenen Skepsis systematisch zu interpretieren. Diese Strategie ist auf alle Fälle jener nicht selten geübten Praxis vorzuziehen, ad hoc-Beobachtungen und Einzelbelege als empirische Evidenz für den Erklärungsgehalt von Hypothesen zu verwenden.

I. Das Preisniveaukonzept der Inflationsdefinition: Konsequenzen seiner Übertragung auf administrative Planwirtschaften

1. Die Inflationen in der Nachkriegszeit und insbesondere in den vergangenen zehn Jahren haben der Inflationsforschung wesentliche Impulse gegeben. Sie konzentrierte sich darauf, die Ursachen von Inflationen zu analysieren, die Transmissionskanäle und -prozesse von Inflation auslösenden Impulsen freizulegen, ihre kurz- und langfristigen Wirkungen zu bestimmen und wirtschaftspolitische Strategien der Inflationsvermeidung und -bekämpfung zu entwickeln. Im Verlauf dieser Diskussion wurden geldangebots-, geldnachfrage-, transmissions- und erwartungstheoretische Hypothesen formuliert, die zum Teil auch bereits als empirisch gut abgesichert gelten. In diesen nahezu ausschließlich auf die marktwirtschaftlich organisierte „Welt“ bezogenen Studien¹ wird die Inflationsdefinition kaum noch kontrovers behandelt: Früher variierten die zahlreichen Inflationsbegriffe mit den jeweils in den Vordergrund gerückten inflationsauslösenden Faktoren (z. B. Güterlücke, Faktorlücke, Kostendruck-, Nachfragesoginflation). Heute besteht eine weitgehende Übereinkunft, Inflation als Prozeß eines dauerhaften Preisniveauan-

¹ Über den Stand der inflationstheoretischen Diskussion informieren hervorragend die Übersichtsartikel von D. E. W. Laidler, J. M. Parkin: Inflation—A Survey, in: The Economic Journal, 85 (1975), S. 741 – 809; H. Frisch: Inflation Theory 1963 – 1975: A „Second Generation“ Survey, in: Journal of Economic Literature, 16 (1977), S. 1289 – 1317.

stiegs zu definieren, der an den Änderungsraten als geeignet angesehener Preisniveauidices gemessen wird. Einmalige Preisniveausteigerungen (z. B. durch Umstellung des Verbrauchssteuersystems) fallen danach ebensowenig wie Einzelpreiserhöhungen (z. B. durch internationale Rohstoffkartelle) eo ipso unter den Inflationsbegriff, weil sie das Dauerhaftigkeits- bzw. das Niveaukriterium nicht erfüllen. Auch die impressionistische Unterscheidung von schleichenden, trabenden, galoppierenden und Hyper-Inflationen wurde aufgegeben. Statt dessen werden Inflationen in Phasen unterteilt, die danach voneinander abgegrenzt werden, ob die positive Änderungsrate des jeweils ausgewählten Preisniveauidikators im Zeitablauf steigt (akzelerierte Inflation), konstant bleibt (stabilisierte Inflation) oder sinkt (dezelerierte Inflation). Dadurch lassen sich die Prozeßeigenschaften von Inflationen besser charakterisieren, weil in den verschiedenen Inflationsphasen recht unterschiedliche Bedingungen für ökonomisch rationales Verhalten herrschen (z. B. im Hinblick auf die Erwartungsbildung und die Antizipationsmöglichkeiten von Preiserwartungen).

Die Einigung auf eine enge, aber eindeutige Definition von Inflation bedeutet keineswegs, daß die Inflationsmessung in marktwirtschaftlichen Systemen so problemlos ist, wie es die bis auf eine Stelle nach dem Komma genauen monatlichen Verlautbarungen der offiziellen Statistik über Inflationsentwicklung und -bekämpfungserfolge z. B. in der Bundesrepublik Deutschland suggerieren könnten. Ursache dafür ist die Tatsache, daß es das Preisniveau nicht gibt. Die deshalb notwendige Konstruktion von geeigneten Indikatoren verursacht ebenso wie ihre Messung Probleme, von denen einige — wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung auch für administrative Planwirtschaften — angedeutet werden sollen:

Erstens stellt sich die Frage, welcher der verschiedenen Preisindices (Sozialprodukte deflator, Preisindex der Lebenshaltung privater Haushalte, Preisindex des privaten Verbrauchs, Erzeugerpreisindex etc.) als aussagefähig für die Inflationsmessung angesehen wird (Auswahlproblem). Da letztlich der Kaufkraftschwund nominaler Zahlungsmittel bei den „letzten“ Verwendern nominaler Einkommen, also den privaten Haushalten, gemessen werden soll, hat sich die offizielle Statistik für die — zudem originär erhobenen — diversen Preisindices der Lebenshaltung privater Haushalte entschieden².

Die Aussagefähigkeit zeitlicher Preisniveaumvergleiche leidet *zweitens* unter den bekannten Schwierigkeiten von Preisindexberechnungen

² Vgl. Gutachten der Deutschen Bundesbank vom 21. 7. 1965: Das Ausmaß der Geldentwertung seit 1950 und die weitere Entwicklung des Geldwertes, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3 (1968), S. 3 - 19, S. 8; Jahresgutachten 1964 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache IV/2890, S. 72.

(Konstruktionsproblem). Sie entstehen bei der Auswahl und Gewichtung der im Warenkorb berücksichtigten Güter, bei der Wahl eines adäquaten Basisjahres zur Vermeidung von Über- und Untertreibungen, bei der Quantifizierung von Qualitätsverschlechterungen oder -verbesserungen der Produkte oder bei der Berücksichtigung von zeitlichen Strukturänderungen des Warenkorbs als Folge von Präferenz- und Einkommensverschiebungen sowie als Folge der Änderung von Altersstruktur und demographischer Zusammensetzung der Bevölkerung. Kontrollrechnungen zeigen beispielsweise, daß allein durch die Wahl des Preisindex (Laspeyres- oder Paasche-Index) Differenzen bis zu 1 v. H. entstehen. Auch sprechen theoretische Argumente dafür, die bisherige Praxis der Inflationsmessung zu ändern³: Wenn in die Gegenwartsentscheidungen der Haushalte auch die Erwartungen über den Zukunftskonsum einfließen, der als Wertabgabe von Bestandsgütern (z. B. Gebrauchtwagen, -möbel, -häuser) interpretiert werden kann, müßte die Preisentwicklung von Bestandsgütern in die Indexberechnung einbezogen werden. Unter Berücksichtigung transmissionstheoretischer Überlegungen, nach denen die Preise (oder Ertragssätze) von Bestandsgütern zeitlich vor jenen neu produzierter Güter auf Inflationsimpulse reagieren, würde hierdurch auch der Reaktionslag von Preisindices verkürzt. Fehlende Meßgrößen für Dauer und Wert der zukünftigen Leistungsabgabe sowie unzureichende Preisstatistiken für Bestandsgüter verhindern gegenwärtig eine Neukonstruktion von Inflationsindikatoren. Dies gilt gleichermaßen für den theoretisch ebenso plausiblen Vorschlag⁴, Nutzenindices der Lebenshaltung (true cost of living indexes) zu ermitteln, um damit — bisher nicht erfaßte — Substitutionsprozesse als Folge relativer Preisänderungen bei der Geldwertmessung zu berücksichtigen und dadurch Übertreibungstendenzen von Preisindices zu mindern.

Schließlich dürfen *drittens* gerade bei internationalen Inflationsvergleichen — auch zwischen westlichen Marktwirtschaften — jene Faktoren nicht übersehen werden, von denen die Qualität der Meßergebnisse wesentlich abhängt (Erhebungsproblem). Die Aussagefähigkeit von Preisindices wird reduziert durch Meßfehler (z. B. unterschiedliche Stichprobenverfahren) oder Preissubventionierung (z. B. solcher Produkte, die die Entwicklung des Preisindex besonders beeinflussen), aber auch durch politische Manipulation der Warenkörbe (z. B. Belgien, Italien).

Ungelöste Konstruktionsprobleme von Preisniveauindikatoren sollten insofern ebenso wie die bekannten Meßpraktiken in einigen Marktwirt-

³ Vgl. dazu etwa A. A. Alchian, B. Klein: On a Correct Measure of Inflation, in: Journal of Money, Credit and Banking, Part I/1 (1973), S. 173 - 191.

⁴ Siehe hierzu J. E. Triplett: The Measurement of Inflation: A Survey of Research on the Accuracy of Price Indexes, in: P. H. Earl (Ed.), Analysis of Inflation, Lexington Mass., Toronto, London 1975, S. 19 - 82.

schaften Anlaß genug sein, den Exaktheitsanspruch bei der Inflationsdiagnose zu reduzieren. Diese Schwierigkeiten sind schließlich auch bei der wirtschaftspolitischen Normierung dessen zu berücksichtigen, was als inflationsfreie (preisniveaustabile) Entwicklung in einer wachsenden Volkswirtschaft anzusehen ist⁵.

2. Überträgt man das Preisniveaukonzept der Inflationsmessung auf administrative Planwirtschaften, findet man die besonders von sozialistischen Theoretikern immer wieder formulierte Behauptung vom inflationsfreien Wachstum der Wirtschaft weitgehend bestätigt. Die offizielle Konsumgüterpreisstatistik, wie sie in Tabelle 1 für sechs osteuropäische Länder zusammengefaßt wurde, präsentiert über lange Zeiträume hinweg nahezu konstante Preisniveaus (z. B. in der DDR seit 1960, in der UdSSR seit 1955); lediglich in Polen wird seit 1956 Inflation offen ausgewiesen, wobei der Anstieg der Änderungsraten des Konsumgüterpreisindex in den vergangenen fünf Jahren bemerkenswert ist. Dieses Ergebnis überrascht nur dann, wenn die ideologisch-politische Funktion der Preisgestaltung in sozialistischen Ländern übersehen wird: Preisniveaustabilität ist — ähnlich wie die Vermeidung von Arbeitslosigkeit — explizit oder implizit eines der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Ziele der politischen Führung, mit dessen Verwirklichung sie die grundsätzliche Überlegenheit administrativer Planwirtschaften gegenüber marktwirtschaftlichen Lenkungssystemen — auch oder gar insbesondere in deren sozialistischen Varianten — zu dokumentieren sucht. Diese Demonstrationsfunktion dominiert die ansonsten immer wieder beschworenen Wertmeß-, Stimulierungs-, Lenkungs- und Kontrollfunktionen der Preise bei sozialistischer Warenproduktion — zumindest bei jenen Konsumgütern, die zur Berechnung des veröffentlichten Preisindex herangezogen werden.

Sieht man von der Möglichkeit ab, daß inflatorische Impulse tatsächlich langfristig vermieden werden können, sind zwei politische Strategien zur Verschleierung des Inflationsausmaßes denkbar:

- Notwendige Preissteigerungen werden bei denjenigen Konsum- oder Investitionsgütern verordnet und/oder zugelassen, die nicht im offiziellen Preisindex erfaßt werden. In diesem Fall existiert faktisch Preisinflation, sie wird aber statistisch nicht ausgewiesen, also „versteckt“ (Phänomen versteckter oder verdeckter Inflation).
- Preiserhöhungen werden durch administrative Maßnahmen (Preistopp) generell verhindert und vorhandene Inflationsimpulse damit

⁵ Siehe dazu auch *H. J. Thieme*: Die Operationalisierung gesamtwirtschaftlicher Ziele: Definitions- und Meßprobleme, in: *H. C. Pföhl, B. Rürup (Hrsg.)*, Wirtschaftliche Meßprobleme, Köln 1977, S. 233 – 248.

wirtschaftspolitisch (z. B. durch Subventionen aus dem Staatshaushalt) zurückgestaut (Phänomen zurückgestauter oder gestoppter Inflation).

Tabelle 1

Entwicklung von Konsumgüterpreisindices zwischen 1955 und 1975

	Bulgarien	CSSR	DDR	Polen	UdSSR	Rumänen
1955	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
1956	91.8	97.4	98.7	99.0	100.0	98.2
1957	92.6	95.6	97.9	105.8	100.0	105.3
1958	92.3	95.5	93.5	109.1	102.2	106.8
1959	91.0	93.1	91.6	110.2	101.4	105.3
1960	90.6	91.2	90.5	112.2	100.7	103.0
1961	91.0	90.8	90.7	113.1	100.0	101.4
1962	94.2	91.8	90.9	115.9	101.4	100.5
1963	96.5	92.3	90.9	117.0	102.2	100.5
1964	96.8	92.7	90.2	118.3	102.2	101.8
1965	96.3	93.8	90.7	119.3	101.5	102.1
1966	96.1	94.1	90.7	120.8	100.8	102.1
1967	96.2	95.3	90.6	122.6	100.8	101.7
1968	100.0	96.6	90.8	124.5	100.9	103.0
1969	100.0	100.1	90.6	126.0	101.4	104.0
1970	96.6	101.8	90.5	127.4	101.2	104.1
1971	99.5	101.4	90.8	128.0	101.1	104.9
1972	99.5	101.0	90.5	128.0	100.9	104.9
1973	99.9	101.2	89.6	131.4	100.9	105.5
1974	100.1	101.7	89.2	140.1	100.8	106.6
1975	n. a.	102.2	n. a.	144.1	100.7	107.3

Quelle: R. Portes, The Control of Inflation: Lessons from East European Experience, in: *Economica*, 44 (1977), S. 109 - 130, S. 111.

Der erste Fall läßt sich im Prinzip unter die enge Inflationsdefinition subsumieren, weil das Preisniveau tatsächlich gestiegen ist. Daß das Ausmaß von Inflation nicht oder nicht vollständig statistisch erfaßt wird, ist auf Mängel bei der Konstruktion, Auswahl und/oder Messung des Preisniveaus zurückzuführen, was — wie angedeutet — auch für Marktwirtschaften mit freier Preisbildung nicht auszuschließen ist. Im zweiten Fall ist hingegen der Inflationsbegriff zu eng, weil es — im Extremfall eines gelungenen totalen Preisstopps — weder zu statistisch ausgewiesenen noch zu faktischen, statistisch aber nicht erfaßten durchschnittlichen Preiserhöhungen kommt⁶. Um auch diesen in Vergangenheit und Gegen-

⁶ Aus diesen Überlegungen ist auch der kürzlich von R. Ertl vorgelegte Systematisierungsvorschlag von Inflationsphänomenen wenig hilfreich. Abgesehen davon, daß Definitions- und Indikatorebene nicht exakt auseinandergehalten werden, wird der „offenen“ (= statistisch erfaßten) Preisinflation sowohl verdeckte Preis- als auch zurückgestauter Nichtpreisinflation zusammen mit der „relativen“ Inflation im Sinne von Giersch) gegenübergestellt und als Quasiinflation bezeichnet. Vgl. R. Ertl: Inflationsphänomene ohne Preisniveaustieg. Eine Übersicht, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 2 (1977), S. 185 - 191, S. 185.

wart relevanten Fall abzudecken, ist eine allgemeinere Inflationsdefinition erforderlich, worauf z. B. E. Preiser und W. Röpke bereits frühzeitig in der Diskussion über Inflationsprobleme in der Phase kriegswirtschaftlicher Zentralplanung in Deutschland hingewiesen haben⁷. Diese Anregungen wurden in der allgemeinen Inflationstheorie überhaupt nicht und in der speziell auf administrative Planwirtschaften bezogenen Diskussion nur unvollständig aufgegriffen mit der Konsequenz, daß häufig ein nicht explizit definiertes Phänomen mit Hilfe von verschiedenen Ersatzindikatoren empirisch nachgewiesen werden soll. Die bei solchem Vorgehen entstehenden Schwierigkeiten können an verschiedenen Verfahren, versteckte und zurückgestaute Inflation messen zu wollen, aufgezeigt werden.

II. Versteckte und zurückgestaute Inflation: Diagnosequalität ausgewählter Meßkonzepte

1. Die Existenz von versteckter Inflation in administrativen Planwirtschaften lässt sich relativ leicht nachweisen; schwierig ist es dagegen, ihr Ausmaß anhand geeigneter Indikatoren zu quantifizieren. Daß die offiziellen Preisindizes — sowohl Konsumgüterpreisindizes als auch diverse Großhandels-, Branchen- und Zweigpreisindizes des Produktions- und Handelssektors — nicht als Maßstab des tatsächlichen Kaufkraftschwunds nominaler Zahlungsmittel einheiten dienen können, ist in der Art der Preisindexermittlung begründet⁸: Sie berücksichtigt weder die aktuellen Einzelhandelspreise noch die den Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung entsprechende Nachfragestruktur in Quantität und Qualität hinreichend. Der Preisindex variiert lediglich bei Änderungen der offiziellen Listenpreise ausgewählter Güter mit exakt bestimmten Produktkriterien (Menge, Qualitätsmerkmale, Form, Aufmachung etc.). Diese offiziellen Preislisten sind „starr“, werden also über lange Zeiträume hinweg nicht angepaßt⁹. Die Preise neuer Produkte beeinflussen deshalb

⁷ Siehe E. Preiser: Der Begriff des Preisniveaus und das Problem der Kaufkraftstabilisierung, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 158 (1943), S. 186 ff.; wiederabgedr. in: Ders., *Bildung und Verteilung des Volks- einkommens*, 3. A., Göttingen 1963, S. 389 - 410; W. Röpke: Offene und zurückgestaute Inflation, in: *Kyklos*, 1 (1947), S. 57 - 71. Ferner auch H. Giersch: „Inflation“, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, Bd. 5, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 281 - 293.

⁸ Siehe u. a. G. Schroeder: An Appraisal of Soviet Wage and Income Statistics, in: V. G. Tremel, I. P. Hardt (Ed.), *Soviet Economic Statistics*, Durham 1972, S. 287 - 314; M. Bornstein: Soviet Price Statistics, in: Ebenda, S. 355 - 396; J. Muijzel: Changes in the Price Level in the Socialist Economies, in: *Jahrbuch der Wirtschaft Osteuropas*, Bd. 6, München 1975, S. 105 - 125; U. Wagner: Inflation im Sozialismus, Erscheinungsformen und Ursachen, in: H. G. Kaltenbrunner (Hrsg.), *Inflation ohne Ende*, München 1977, S. 72 - 91.

⁹ In der Sowjetunion blieben die Einzelhandelslistenpreise in den letzten 15 Jahren nahezu konstant. Vgl. I. N. Khanelis: Zur Messung der Inflation in der sowjetischen Wirtschaft, Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 23, München 1976, S. 16.

den Preisindex ebensowenig wie die von den Betrieben beantragten und den zuständigen Preisämtern auch genehmigten Preiserhöhungen für tatsächliche oder nur vorgetäuschte Qualitätsverbesserungen von Produkten, die bereits in den Listen geführt werden. Bei diesen auftretende Qualitätsverschlechterungen bewirken andererseits nicht die erforderlichen Preissenkungen. Ein Anstieg der Nachfrage der Haushalte nach neuen bzw. qualitativ höherwertigen Produkten verteuert ihre Lebenshaltung, erhöht jedoch nicht den Preisindex — losgelöst davon, ob die Änderung der Nachfragestruktur als Folge von Einkommenserhöhungen und/oder Bedarfsverschiebungen freiwillig erfolgt oder dadurch erzwungen wird, daß die preisgünstigeren Listenprodukte nicht in ausreichender Menge verfügbar sind bzw. überhaupt nicht mehr produziert werden. Ein auf diese Weise berechneter Konsumgüterpreisindex ist weder methodisch noch im Ergebnis mit den im Stichprobenverfahren ermittelten Preisindizes der Lebenshaltung vergleichbar, weil die — zwar auch vorhandenen — Erfassungsprobleme von Mengen-, Qualitäts- und Preisänderungen durch die bekannten Anpassungsverfahren zumindest systematisch reduziert werden.

In der Literatur wird versucht, die aus diesen Gründen sehr wahrscheinliche Differenz zwischen ausgewiesener und tatsächlicher Preisniveauentwicklung zu belegen. So werden *einerseits* sowohl offizielle Listenpreise mit tatsächlichen Einzelhandelspreisen und/oder Schwarzmarktpreisen ähnlicher Produkte verglichen als auch beobachtete Preisveränderungen einzelner Produkte verwendet. Im Nahrungsmittelbereich dienen als Vergleichsmaßstab die Preise auf den Bauern-(Kolchos-)Märkten, auf denen ein — von Land zu Land schwankender — Teil des Lebensmittelbedarfs gedeckt wird. Schließlich zieht man die Preise in speziellen Einzelhandelsgeschäften (z. B. Exquisit-Läden in der DDR) als Beleg für versteckte Inflation heran. Solche Vergleiche beziehen sich jedoch immer nur auf einzelne Produkte oder Produktgruppen, lassen die Mengenkomponente außer acht oder vernachlässigen tatsächliche Qualitätsunterschiede. Sie sind deshalb allenfalls als Einzelbelege für die wahrscheinliche Existenz, nicht jedoch als quantitatives Maß für versteckte Inflation verwendbar.

Es werden deshalb *andererseits* auch systematische Schätzungen des aktuellen Konsumgüterpreisniveaus vorgenommen, die den offiziellen Preisindizes gegenübergestellt werden. Howard¹⁰ ermittelt für die UdSSR zwischen 1955 und 1972 eine durchschnittliche versteckte Inflationsrate von 0,8 - 1,2 v. H. p. a.; Schroeder und Severin¹¹ gelangen mit

¹⁰ D. H. Howard: A Note on Hidden Inflation in the Soviet Union, in: Soviet Studies, 4 (1976), S. 599 - 608.

¹¹ G. Schroeder, B. S. Severin: Soviet Consumption and Incomes Policies in Perspective, in: Soviet Economy in a New Perspective. Washington 1976, S. 620 - 660, S. 636.

durchschnittlich 1,3 v. H. p. a. zu einem ähnlichen Ergebnis bei ihrem Vergleich von geschätztem Realkonsum und offiziell zu laufenden Preisen ausgewiesenum Einzelhandelsumsatz für die UdSSR in den vergangenen zwanzig Jahren. Schwarz¹² schließlich zitiert polnische Quellen, wonach der verdeckte Preisniveauanstieg allein als Folge von Strukturaänderungen des angebotenen Warenangebots für den Jahresdurchschnitt 1960 bis 1965 auf 1,6 v. H., 1966 bis 1967 auf 3 v. H. und für die Zeit nach 1967 noch höher geschätzt wird. Wegen des nur unvollständigen statistischen Materials, auf dem die Schätzungen basieren, sind diese Ergebnisse allerdings mit Vorsicht zu interpretieren. Immerhin deuten die Prozentpunkte an, daß das Ausmaß verdeckter Inflation nicht überbewertet werden darf.

2. Die meisten Publikationen zu Inflationsproblemen in administrativen Planwirtschaften beschäftigen sich mit dem Nachweis *zurückgestauter Inflation*. Vielfältig sind die Definitionen und Indikatoren zur Erfassung jener Inflation, die bei freier Preisbildung auf Produkt- und Faktormärkten zu einem Anstieg des Preisniveaus führen würde. Meistens beschränken sich die Analysen auf den privaten Sektor administrativer Planwirtschaften, was nicht nur durch mangelhaftes statistisches Material für den sozialistischen Produktionssektor verursacht, sondern auch sachlich begründet ist, wenn der Geldwerteschwund aus der Sicht der Haushalte diagnostiziert werden soll.

Definiert wird zurückgestauta Inflation als Nachfrageüberhang (Angebots- oder Güterlücke) bzw. inflatorische Lücke bei staatlich fixierten Konsumgüterpreisen; als Differenz zwischen den tatsächlichen Geldeinkommen und dem zu Festpreisen bewerteten Konsumgüterangebot; als Überschuß an Liquidität, der sich in unerwünschter Geldhaltung und/oder in unerwünschten Spareinlagen niederschlägt¹³. Diese Definitionen sollen ausdrücken, daß die monetär alimentierte Konsumgüternachfrage der privaten Haushalte weder in quantitativer noch qualitativer Hinsicht befriedigt werden kann — ein Phänomen, das in der sozialistischen Literatur als „Disproportion zwischen Kauf- und Warenfonds“ oder als „unvollständige Bindung des Kauffonds der Bevölkerung an den Wa-

¹² B. Schwarz: Inflation (Deflation) in zentral geleiteten Volkswirtschaften — dargestellt am Beispiel Polens, in: C. Watrin (Hrsg.), Struktur- und stabilitätspolitische Probleme in alternativen Wirtschaftssystemen, Berlin 1974, S. 121 –161, S. 158.

¹³ Siehe beispielsweise D. W. Bronson, B. S. Severin: Recent Trends in Consumption and Disposable Money Income in the U.S.S.R., in: New Directions in the Soviet Economy, Washington 1966, S. 496 – 526, S. 513; F. Haffner: Institutionelle Ursachen und Hemmnisse für inflationäre Prozesse in sozialistischen Planwirtschaften, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 2 (1977), S. 95 – 129, S. 97; I. N. Khanelis: Zur Messung von Inflation ..., a.a.O., S. 1.

renfonds“ bezeichnet wird¹⁴. Zahlreiche Autoren definieren zurückgestaute Inflation überhaupt nicht, sondern setzen unmittelbar bei jenen Phänomenen an, die sie als Indikatoren für diesen Inflationstyp betrachten¹⁵. Die Auswahl der Indikatoren läßt allerdings Rückschlüsse auf die implizit jeweils zugrunde gelegten Inflationsdefinitionen zu, die sich im wesentlichen mit den genannten Begriffsabgrenzungen decken. Hervorzuheben ist, daß in den Definitionen nicht auf den Prozeßcharakter von Inflation abgestellt wird, so daß bereits einmalig festgestellte Liquiditätsüberschüsse, Kaufkraftüberhänge, Angebotslücken etc. als Inflation bezeichnet werden¹⁶.

Beim Nachweis zurückgestauter Inflationen lassen sich zwei Vorgehensweisen unterscheiden: Allgemeine Hinweise auf spezifische Phänomene und Quantifizierungsversuche durch Zeitreihenvergleiche und/oder Schätzungen. Im ersten Fall begnügt man sich mit Verweisen auf die Existenz von Käuferschlangen, Schwarzmärkten, offiziell organisierten oder faktisch erzwungenen Güterrationierungen (Bezugsscheinsystem oder ad hoc-Rationierungen zur Vermeidung von „Hamsterkäufen“) sowie die dabei beobachtbaren Verhaltensstrategien (Bestechungspraktiken, Kuppelgeschäfte, Vorratskäufe etc.), die als Minderungen der realen Kaufkraft nominaler Zahlungsmittelleinheiten aus der Sicht ihrer Verwender interpretiert werden können¹⁷. Will man hiermit Inflation als längerfristiges Phänomen beschreiben, müßte allerdings nachgewiesen werden, daß Käuferschlangen, Hamsterkäufe etc. im Zeitablauf mit steigenden, konstanten oder sinkenden Raten zunehmen. Allein die Wahl der Maßeinheit (Meter, Jahre?) verursacht hierbei Schwierigkeiten, so daß kaum exakte Meßergebnisse erwartet werden können.

Die sich häufenden Versuche statistischer Nachweise von Güterlücken verwenden verschiedene Indikatoren, wobei Preise, Geldeinkommen, Spareinlagen und Einzelhandelsumsätze eine besondere Rolle spielen. Die Daten der Zeitreihenanalysen sind entweder der offiziellen Statistik

¹⁴ Siehe z. B. *F. Langner: Angebot und Nachfrage im Sozialismus*, Berlin (O) 1975, S. 100.

¹⁵ So beispielsweise *F. D. Holzman: Soviet Inflationary Pressures, 1928 – 1957: Causes and Cures*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, 2 (1960), S. 167 – 188, S. 168 f.; *A. Brzeski: Forced-Draft Industrialization in Poland*, in: *G. Grossman (Ed.), Money and Plan. Financial Aspects of East European Economic Reforms*, Berkeley and Los Angeles 1969, S. 17 – 37, S. 22; *J. M. Montias: Bank Lending and Fiscal Policy in Eastern Europe*, in: *G. Grossman (Ed.), ebenda*, S. 54 f.; *G. Schroeder: Consumer Goods Availability and Repressed Inflation in the Soviet Union*, in: *Economic Aspects of Life in the U.S.S.R.*, Brussels 1975, S. 37 – 47, S. 44.

¹⁶ Nur *F. Haffner (Institutionelle Hemmnisse . . ., a.a.O., S. 98)* unterscheidet Fälle einmaliger „Teuerung“ von Inflationsprozessen, in denen der Nachfrageüberhang ständig zunehmen muß.

¹⁷ Vgl. *U. Wagner: Inflation . . ., a.a.O., S. 75*.

entnommen oder geschätzt, so daß die oben formulierten Vorbehalte gelten.

a) Mit der Begründung, die Bauern-(Kolchos-)Märkte seien in administrativen Planwirtschaften die einzigen organisierten Märkte mit weitgehend freier Preisbildung, auf denen Teile der Überschußnachfrage durch steigende Preise absorbiert werden, sehen Bronson und Severin die Kolchosmarktpreise als „... a barometer of the extend of ‚repressed‘ inflation“ und im Verhältnis zwischen Kolchosmarkt- und staatlichen Einzelhandelspreisen für Nahrungsgüter „... probably the best single measure of the failure of the state to drain off excess purchasing power“¹⁸. Eine Auswahl der von ihnen ermittelten Preisrelationen zeigt Tabelle 2, wobei eine Relation > 1 zurückgestaute Inflation und steigende (sinkende) Werte deren Beschleunigung (Verlangsamung) signalisieren.

Tabelle 2
Verhältnis zwischen Kolchosmarkt- und staatlichen
Einzelhandelspreisen für Lebensmittel in der UdSSR

1955	1.75
1960	1.35
1965	1.47
1970	1.61
1971	1.58
1972	1.63

Quelle: D. W. Bronson, B. S. Severin, Soviet Consumer Welfare: The Brezhnev Era, in: Soviet Economic Prospects for the Seventies. A Compendium of Papers Submitted to the Joint Economic Committee Congress of the United States, Washington 1973, S. 376 - 403, S. 381.

Da diese „reinen“ Preisrelationen den Anteil des Kolchosmarktumsatzes weder am Nahrungsmittel- noch am gesamten Einzelhandelsumsatz berücksichtigen, sind sie als Inflationsmaßstab nicht brauchbar. Das zeigt sich deutlich, wenn statt dessen der von F. D. Holzman vorgeschlagene „Partialindikator“ verwendet wird, der die Mengenkomponenten einbezieht¹⁹. Berechnet wird das Verhältnis zwischen den zusätzlichen Geldausgaben der Haushalte, die auf dem Kolchosmarkt wegen der höheren Preise getätigt werden müssen, und den gesamten Geldausgaben, die entstehen würden, wenn man die in einer Periode insgesamt im staatlichen Einzelhandel und auf dem Kolchosmarkt umgesetzten Mengen zu staatlichen Festpreisen bewertet. Die Indexformel des Partialindikators (I_p) lautet also

¹⁸ D. W. Bronson, B. S. Severin: Recent Trends ..., a.a.O., S. 514; vgl. für Polen J. Wiczynski, Comparative Monetary Economics, London 1978, S. 230, der im Gegensatz zu Bronson / Severin Preisrelationen für einzelne Güter als Indikatoren verwendet.

¹⁹ Vgl. F. D. Holzman: Soviet Inflationary Pressures ..., a.a.O., S. 170.

$$I_p = 100 \cdot \left[\frac{Q_K \cdot (P_K - P_S)}{P_S \cdot (Q_S + Q_K)} \right], \text{ wobei}$$

P_S und Q_S Preise und Mengen des staatlichen Einzelhandels, P_K und Q_K diejenigen des Kolchosmarktes symbolisieren. Aus den Jahreswerten des für die UdSSR berechneten Index (Tabelle 3) kann unmittelbar weder auf Phasen der Inflation (z. B. 1950 - 1955) noch Deflation (z. B. 1955 - 1960) geschlossen werden, weil auch die Mengenkomponente variabel ist.

Tabelle 3

Partialindikator für zurückgestaute Inflation in der UdSSR (1955 = 100)

1950	39	1963	36
1955	100	1964	39
1956	59	1965	28
1957	40	1966	24
1958	41	1967	24
1959	32	1968	22
1960	30	1969	25
1961	38	1970	22
1962	37	1971	23

Quelle: D. W. Bronson, B. S. Severin, Recent Trends ..., a.a.O., S. 515; R. Portes, The Control of Inflation ..., a.a.O., S. 121.

Wegen dieser Konstruktionsmängel sowie fehlender Preisstatistiken kann der Partialindikator auch nicht auf andere — möglicherweise heute bedeutsamere — Märkte mit freier Preisbildung (z. B. Bestandsgüter- oder Parallelmärkte) angewendet werden. Selbst wenn man diese Mängel vernachlässigt, bleibt zu bedenken, daß diese Indikatoren eher das Ausmaß versteckter — und nicht zurückgestauter — Inflation messen.

b) Als aussagefähigsten Indikator vorhandener Güterlücken in sozialistischen Ländern betrachten zahlreiche Autoren Volumen und Zuwachsraten der Spareinlagen der Bevölkerung. „The most dramatic indicator of repressed inflation in recent years has been the sharp rise in personal savings²⁰.“ Aus der absoluten Höhe des Sparvolumens bzw. seiner Zuwachsraten wird die Vermutung abgeleitet, daß beträchtliche Teile der Spareinlagen auf ein quantitativ und qualitativ unzureichendes Konsumgüterangebot zurückzuführen und insofern unfreiwillig sind. Als Beleg hierfür dient beispielsweise der Anstieg der Spareinlagen in der UdSSR von 1960 bis 1972 um nahezu das Sechsfache, in der DDR im gleichen Zeitraum um das Dreieinhalbfache und in Polen um das Zehn-

²⁰ K. Bush: Soviet Inflation, in: M. Y. Laulan (Ed.), Banking, Money and Credit in Eastern Europe, Brussels 1973, S. 97 - 105, S. 100. Ähnlich argumentieren auch G. Schroeder und D. W. Bronson, B. S. Severin: a.a.O., sowie N. T. Dodge: Inflation in the Socialist Economies, in: G. C. Means u. a.: The Roots of Inflation, London 1975, S. 211 - 238, S. 223.

fache bei durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten von 15 v. H., 11 v. H. und 21 v. H. Wissenschaftler aus den betroffenen Ländern räumen ein, daß diese Entwicklung nicht allein auf dem „objektiven Trend des ständigen Wachstums des Sparvolumens im Sozialismus“ beruht. O. Langner ermittelt z. B. eine Relation zwischen Sparvolumen- und Netto-geledeinnahmenzuwachs von 0,6 für die DDR zwischen 1960 und 1971 und folgert daraus: „Unter Beachtung der konkreten Versorgungssituationen in diesem Zeitraum kann man durchaus mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einen Nachfragermarkt schließen, der durch Disproportionen zwischen Warenfonds und Kauffonds gekennzeichnet ist²¹.“ Die Entwicklung der Spareinlagen wird schließlich mit derjenigen anderer Aggregate (z. B. Lagerbeständen in Handel und Industrie; Einzelhandelsumsatz) verglichen, um das quantitative Ausmaß der Güterlücke besser bestimmen zu können²².

Ob und inwieweit die Spareinlagen tatsächlich ein aussagefähiger und noch dazu „dramatischer“ Inflationsindikator sind, ist trotz ihrer Beliebtheit als Inflationsmaßstab aus verschiedenen Gründen zu bezweifeln: *Erstens* werden die offiziell ausgewiesenen Depositen der privaten Haushalte (oder privaten Nichtbanken, wenn auch die Einlagen der noch vorhandenen Privatunternehmen enthalten sind) beim staatlichen Banksystem betrachtet, wobei weder hinreichend zwischen den verschiedenen Einlageformen (Sichtdepositen oder Spareinlagen) differenziert noch die Geldqualität selbst der Spareinlagen als Folge institutioneller Besonderheiten (z. B. jederzeitige Verfügbarkeit über Spareinlagen per Scheck) berücksichtigt wird. Diese Trennung ist für einige Länder nur schwer zu vollziehen, da verschiedene Einlageformen statistisch gemeinsam ausgewiesen werden. *Zweitens* könnte der Anteil unfreiwilliger an den gesamten Spareinlagen nur separiert werden, wenn eine makroökonomische Sparfunktion, deren relevante unabhängige Variablen unter Berücksichtigung der Systembedingungen theoretisch abzuleiten wären, ökonometrisch geschätzt würde. *Drittens* schließlich schrumpft die dramatische Rolle des Indikators erheblich zusammen, wenn ökonomisch sinnvolle Sparrelationen gebildet und verglichen werden, also S/Y oder $\Delta S/\Delta Y$ und nicht — wie von den meisten Autoren — S/W oder $S/\Delta Y$, wobei S die Ersparnis im makroökonomisch üblichen Sinne, Y das laufende Einkommen und W den Bestand an Spareinlagen symbolisieren. Empirische Untersuchungen neueren Datums scheinen zu bestätigen, daß die Sparrelationen in administrativen Systemen eher niedriger als in vergleichbaren Marktwirtschaften sind und die Entwicklung der Spareinlagen isoliert nicht als Inflationsmaß geeignet ist²³.

²¹ O. Langner: Angebot . . ., a.a.O., S. 102.

²² Siehe z. B. A. I. Katsenelinboigen: Disguised Inflation in the Soviet Union, in: Economic Aspects . . ., a.a.O., S. 101 – 111, S. 108.

c) Um den Kaufkraftüberhang bei der Bevölkerung quantitativ zu bestimmen, wird die Entwicklung der um eine geschätzte Ersparnisgröße verminderten Net togeldeinnahmen mit derjenigen des zu staatlichen Festpreisen bewerteten Konsumgüterangebots auch direkt verglichen. Eine Gegenüberstellung von Plansoll- und Istwerten dieser Variablen erlaubt zusätzliche Schlüsse darüber, ob und in welchem Ausmaß eine diagnostizierte Güterlücke zentral geplant oder das Ergebnis von systematisch wiederkehrenden Planabweichungen ist. In einem anderen Verfahren schätzt Khanelis die potentielle Konsumgüternachfrage der Bevölkerung (N) und stellt sie dem berechneten Volumen des gesamten Warenangebots (L) gegenüber, um damit den Kaufkraftüberhang als Differenz ($N - L$), als Index $\left(\frac{N_t - L_t}{N_{t-1} - L_{t-1}} \right)$ oder als Relation zwischen Warendeckung und potentieller Nachfrage $\left(\frac{L}{N} \right)$ zu ermitteln²⁴. Nach diesen, allerdings nur schwer nachvollziehbaren Einzelrechnungen, die keineswegs den Anforderungen ökonometrischer Schätzungen genügen, ist der Kaufkraftüberhang in der UdSSR von 36,9 Mrd. Rubel im Jahre 1960 auf 156,6 Mrd. Rubel im Jahr 1973 gestiegen und die effektive Warenauslieferung der Liquidität der Bevölkerung von 66,4 v. H. auf 53,7 v. H. im gleichen Zeitraum gesunken.

Schließlich sind noch jene Ansätze zu erwähnen, die den Kaufkraftüberhang durch einen Angebotsüberschuß auf den Produktmärkten zu belegen versuchen, indem sie auf die den Nachfragewünschen nicht entsprechende Struktur des Produktangebots verweisen (Ladenhüterphänomen). Die bei einzelnen Produkten oder Produktgruppen feststellbare Zunahme der Lagerdauer, die Nichterfüllung von Plannormen für Lagerbestände und wachsende Anteile der Lagerbestände einzelner Güter am Gesamtvolume der Konsumgüterbestände werden als Kennzahlen hierfür verwendet²⁵.

3. Die Diskussion ausgewählter Meßansätze, wie sie in der Literatur zum Nachweis von versteckter und zurückgestauter Inflation entwickelt wurden, hat verdeutlicht, daß das Diagnoseproblem weder methodisch noch empirisch in befriedigender Weise gelöst wurde. Nahezu alle Autoren sind sich darin einig, daß eine korrekte Messung insbesondere der Güterlücke nicht möglich sei. Unzureichendes statistisches Basismaterial,

²³ Siehe R. Portes: The Control of Inflation ..., a.a.O., S. 119 f.; ders., D. Winter: The Demand for Money and for Consumption Goods in Centrally Planned Economies, in: The Review of Economics and Statistics, 1 (1978), S. 8 - 18, S. 12 ff.; J. Pickersgill: Soviet Household Saving Behavior, in: ebenda, 2 (1976), S. 139 - 147.

²⁴ Vgl. I. N. Khanelis: Zur Messung ..., a.a.O., S. 8 - 10 sowie Tabelle 7, S. 34/35.

²⁵ Vgl. G. Schroeder: Consumer Goods ..., a.a.O., S. 42 - 43.

mangelhafte Aussagefähigkeit der offiziellen Statistiken sowie mögliche Fehlerquellen bei den in einigen Meßkonzepten notwendigen Potential-schätzungen relevanter Makrovariablen werden hierfür verantwortlich gemacht. Dennoch ist man überzeugt, mit den jeweils vorgeschlagenen Indikatoren auf die Existenz, ihr ungefähres Ausmaß sowie auf Zu- oder Abnahme von Inflationserscheinungen in administrativen Planwirtschaften schließen zu können. Die Interpretation der Indikator- und Meßkonzepte zeigte allerdings, daß selbst solche Folgerungen in Einzelfällen unzulässig sind, in anderen Fällen auf recht schwachen Füßen stehen. Die Gründe für diese Skepsis lassen sich in den folgenden Argumenten zusammenfassen:

- Die breite Palette von beobachtbaren Einzelfällen und Einzelbelegen kann nicht als systematische Evidenz für ein gesamtwirtschaftliches Phänomen gewertet werden. Gerade bei diesem Vorgehen fällt auf, daß mangels adäquater Definition die Prozeßeigenschaften von Inflation vernachlässigt werden.
- Ungleichgewichte auf einzelnen Konsumgütermärkten können nicht als Maßstab für die Existenz von Inflation dienen, selbst wenn sie korrekt quantifizierbar wären. Solche partiellen Ungleichgewichte, wie sie beispielsweise als Folge ökonomisch „falscher“ relativer Preise entstehen können, müssen nicht notwendigerweise gesamtwirtschaftlich durchschlagen.
- Einige der Inflationsnachweise beruhen auf fehlerhaften Interpretationen der Entwicklung und des Vergleichs makroökonomischer Variablen.
- Nicht immer wird präzise unterschieden, welche Indikatoren zur Feststellung von Inflation dienen und welche zur Diagnose jener Prozesse herangezogen werden, die vermeintlich Inflation verursachen. Dieses Dilemma ist nicht zuletzt aus dem Rückfall in Ursachendefinitionen von Inflation zu erklären, von denen einige Inflationsanalysen in administrativen Planwirtschaften ausgehen.
- Schließlich ist — gerade für Systemvergleichszwecke — nochmals darauf hinzuweisen, daß jede Indexberechnung die oben beschriebenen Probleme birgt. Insofern dürfen versteckte Preisinflationen ebenso wie partielle Käuferschlangen, Wartelisten etc. nicht überbewertet werden, da sie — mehr oder weniger ausgeprägt — auch in den Marktwirtschaften westlicher Demokratien als Ausdruck statistischer Unzulänglichkeiten und vorhandener Flexibilitätsbremsen auf einzelnen Märkten existieren.

Mit diesen Bemerkungen soll nicht etwa die Existenz von Inflation in administrativen Planwirtschaften bezweifelt werden, sondern ledig-

lich, daß sie mit den jeweiligen Definitions-, Indikator- und Meßkonzepten adäquat erfaßt werden kann. Der bisweilen vermittelte Eindruck vom „dramatischen“ Ausmaß der Inflation in Ländern des administrativen Sozialismus läßt sich jedenfalls durch eine Aneinanderreihung vieler Einzelbelege empirisch nicht stützen. Ob und inwieweit sich diese Einwände in einem systemübergreifenden Definitions- und Meßkonzept von Inflation reduzieren oder gar vermeiden lassen, und welche Meßergebnisse es liefert, soll abschließend geprüft werden.

III. Preis- und Kassenhaltungsinflation: Ein systemindifferentes Definitions-, Indikator- und Meßkonzept

1. Die bisherige Diskussion bestätigte, daß das Preisniveaumkonzept der Inflationsmessung für administrative Planwirtschaften sowie für systemvergleichende Analysen zu eng ist. Eine allgemeinere Inflationsdefinition ist erforderlich, aus der verschiedene Erscheinungsformen und Indikatoren systematisch ableitbar sind. Sie muß insbesondere auch jene Form eines anhaltenden Geldwertschwunds einschließen, die bei administrativ verhindertem Preisniveauanstieg in der Abnahme der Möglichkeiten sichtbar wird, die je nominale Zahlungsmittelleinheit gegebenen Ansprüche auf Güter auch tatsächlich zu realisieren²⁶. Versteht man unter Inflation einen Prozeß der Aufblähung gesamtwirtschaftlicher Nominalwerte, liegt Inflation immer dann vor, wenn längerfristig die Änderungsrate (w) der nominalen Geldmenge (M) über derjenigen des realen Sozialprodukts bzw. Volkseinkommens (Y_r) liegt, d. h. wenn — völlig losgelöst von den Ursachen dieser Diskrepanz — längerfristig die Bedingung erfüllt ist

$$(1) \quad w_M > w_{Y_r}.$$

Erscheinungsformen und mögliche Indikatoren von Inflationen können dann aus der auf Änderungsraten abgestellten modifizierten Version der Fisherschen Quantitätsgleichung abgeleitet werden, die sich nach entsprechenden Umformungen schreiben lässt als

$$(2) \quad w_k + w_P = w_M - w_{Y_r},$$

²⁶ Siehe zu diesem Ansatz D. Cassel, H. J. Thieme: Verteilungswirkungen von Preis- und Kassenhaltungsinflation, in: dies. (Hrsg.), Einkommensverteilung im Systemvergleich, Stuttgart 1976, S. 101 - 121, S. 101 - 104; H. J. Thieme: Makroökonomische Instabilitäten — Erscheinungsformen, Ursachen und Konzepte ihrer Bekämpfung, in: H. Hamel (Hrsg.), BRD - DDR. Die Wirtschaftssysteme, 2. A., München 1978, S. 212 - 283, S. 225 - 227; K.-H. Hartwig, H. J. Thieme: Schwankungen von Geldmenge, Umlaufgeschwindigkeit und Inflationsrate: Definitions- und Meßprobleme, in: H. J. Thieme (Hrsg.), Gesamtwirtschaftliche Instabilitäten im Systemvergleich, Stuttgart 1978, S. 97 - 115.

wobei k den Kassenhaltungskoeffizienten als Reziproke der Einkommenskreislaufgeschwindigkeit des Geldes und P das Preisniveau des realen Sozialproduktes symbolisieren. Eine „reine“ Preisinflation liegt danach vor, wenn die Bedingung

$$(3) \quad w_P = w_M - w_{Y_r} > 0 \quad \text{bei } w_k = 0$$

erfüllt ist. „Reine“ Kassenhaltungsinflation, die an den Änderungsraten relevanter Kassenhaltungskoeffizienten abgelesen werden kann, ist gegeben, wenn über einen längeren Zeitraum hinweg gilt

$$(4) \quad w_k = w_M - w_{Y_r} > 0 \quad \text{bei } w_P = 0.$$

Eine Mischform von Preis- und Kassenhaltungsinflation liegt vor, wenn die Änderungsraten beider Indikatoren längerfristig positiv sind ($w_k, w_P > 0$).

In diesem Konzept lassen sich somit aus der allgemeinen Inflationsdefinition systematisch und abschließend diejenigen Indikatoren ableiten, an deren positiven Änderungsraten das Ausmaß des allgemeinen Geldwertschwundes bestimmt werden kann. Gegenüber anderen Ansätzen ist bei diesem Vorgehen zu beachten, daß es sich *erstens* nicht um eine Ursachendefinition von Inflation handelt, weil die *ex post*-Identität in (2) nicht kausal interpretiert wird und völlig offen bleibt, durch welche monetären und/oder realwirtschaftlichen Faktoren eine Differenz zwischen den Wachstumsraten verursacht wird. Insoweit kann das Konzept mit verschiedenen monetaristischen oder keynesianischen Ansätzen der Inflationserklärung ausgefüllt werden. *Zweitens* liefert es auch für administrative Planwirtschaften das Instrumentarium zur Analyse der Prozeßeigenschaften von Inflationen. Je nachdem, ob die positive Änderungsrate des Kassenhaltungskoeffizienten steigt, konstant bleibt oder sinkt, können — wie bei Preisinflation in Marktwirtschaften — Phasen akzelerierter, stabilisierter oder dezelerierter Kassenhaltungsinflation unterschieden werden. Damit sind die Voraussetzungen für eine differenzierende Analyse von inflationsbedingten Verhaltensweisen unter Einschluß erwartungstheoretischer Überlegungen geschaffen. *Drittens* schließlich ist Inflation in diesem Konzept ein systemindifferentes ökonomisches Phänomen, das in jedem Wirtschaftssystem mit Geldverkehr relevant sein kann. Ob Inflation als Preis- und/oder Kassenhaltungsinflation auftritt, hängt von den systemspezifischen institutionellen Rahmenbedingungen, den wirtschaftspolitischen Zielen sowie den jeweiligen Strategien zu ihrer Verwirklichung ab: Die gravierenden Unterschiede in den Rahmenbedingungen sprechen zwar prinzipiell für die Vermutung, daß Preisinflationen für privatwirtschaftlich organisierte, aber auch sozialistische Marktwirtschaften und Kassenhaltungsinflatio-

nen für administrative Planwirtschaften typisch sind. Wie ein Vergleich zeigt (z. B. Polen und DDR; Bundesrepublik Deutschland und Italien, England oder USA), wäre eine solch ausschließliche Zuordnung jedoch verfehlt, weil sich die wirtschaftspolitischen Strategien zur Verwirklichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen auch zwischen den Ländern gleich oder ähnlich organisierter Wirtschaftssysteme stark differenziert haben.

2. Ähnlich wie beim Nachweis von Preisinflation existieren auch bei der Auswahl und Konstruktion von Meßkennziffern für Kassenhaltungsinflation Probleme, die jedoch nicht unlösbar sind. So lassen sich im Prinzip — analog zu verschiedenen Preisindices — auch verschiedene Koeffizienten der Kassenhaltung der privaten Haushalte, des privaten Sektors (private Haushalte und Privatunternehmen), des staatlichen Produktionssektors oder der Gesamtwirtschaft berechnen, die in etwa den Preisindices der Lebenshaltung privater Haushalte, der Produktion oder des Sozialprodukts vergleichbar sind. Das verfügbare statistische Material limitiert allerdings auch hier die Berechnungsmöglichkeiten, wobei zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede bestehen: In Polen beispielsweise werden systematisch Zeitreihen der Geldbestände für den privaten Sektor und für den sozialistischen Produktionssektor separat ausgewiesen, so daß Koeffizienten der gesamtwirtschaftlichen Kassenhaltung wie solche der Teilsektoren berechenbar sind. Dieser Vorzug ist in den Geldordnungen administrativer Planwirtschaften begründet, die es erlauben, zwei formal getrennte Geldkreisläufe isoliert zu betrachten²⁷: Transaktionen im privaten Sektor, die über Bar- und Girogeld finanziert werden, und Transaktionen im sozialistischen Produktions- und Handelssektor, die infolge straffer gesetzlicher Vorschriften über die Bargeldhaltung sozialistischer Betriebe nahezu ausschließlich über Girogeld und damit das Bankensystem abzuwickeln sind. Die Statistik in der DDR dagegen weist den Umfang der in den volkseigenen Betrieben gehaltenen Geldbestände nicht aus²⁸, so daß sich die Inflationsdiagnose zwangsläufig auf den privaten Sektor beschränken muß. Dies ist insofern kein schwerwiegender Nachteil, als es sich gerade um jenen Sektor handelt, für den die Frage nach einem dauerhaften Kaufkraftschwund und seinen Konsequenzen gestellt wird.

²⁷ Vgl. zu Einzelheiten F. Haffner: Die Einflüsse der zentralen Geldumlaufplanung auf Planerfüllung und monetäre Stabilität, in: Kredit und Kapital, 4 (1977), S. 490 - 515, S. 492 f. Allerdings darf hieraus nicht auf eine funktionale Trennung geschlossen werden, weil bei der Transmission monetärer Impulse erhebliche Wechselbeziehungen bestehen.

²⁸ Die z. B. in der DDR geäußerte Kritik an der Reduktion der „Umschlagshäufigkeit“ des Geldes in den Betrieben, die Praxis der Vergabe ungeplanter Kredite sowie die betrieblichen Finanzierungsstrategien lassen vermuten, daß auch für diesen Sektor positive Wachstumsraten des Kassenhaltungskoeffizienten feststellbar wären.

Die Meßergebnisse hängen wesentlich von der sorgfältigen Abgrenzung jener Variablen ab, aus denen die Koeffizienten berechnet werden. Auch hierzu bedarf es der Interpretation institutioneller und statistischer Besonderheiten, die die Geldmengenabgrenzung ebenso wie die relevante Einkommensgröße betreffen. Die volkswirtschaftliche Geldmenge (M), wie sie beispielsweise für Polen auch statistisch ermittelt werden kann, setzt sich aus den Geldbeständen des privaten Sektors (M^P) und jenen der volkseigenen Wirtschaft (M^{VEW}) zusammen, wobei letztere auch die Geldbestände des Staatshaushalts sowie des Bankensystems, die jedoch vernachlässigbar gering sind, enthalten:

$$(5) \quad M = M^P + M^{VEW}.$$

Während M^{VEW} überwiegend als Sichtdepositen gehalten wird, gilt für M^P

$$(6) \quad M^P = B^P + D^P$$

wobei B^P die Bargeldmenge und D^P die Depositen des privaten Sektors symbolisieren, die auf Giro-, Spargiro- und Buchsparkonten des Bankensystems gehalten werden²⁹. Für die Einbeziehung der Spareinlagen in die Abgrenzung der relevanten Tauschgeldmenge sprechen nicht nur statistische Erfordernisse (kein getrennter Ausweis von Sicht- und Spareinlagen) sondern auch Zweckmäßigkeitssargumente: In den meisten administrativen Planwirtschaften³⁰ sind die Spareinlagen durch tägliche Fälligkeit zum Zahlungsverkehr zugelassen, wobei ihre Verzinsung (in der DDR 3,5 v. H. p. a.) kaum von derjenigen der Sichteinlagen (3 v. H. p. a.) abweicht. Berücksichtigt man diese nahezu vollständige Substitutionsmöglichkeit³¹ und vergleicht man damit die in Marktwirtschaften üblichen M_2 - oder M_3 -Abgrenzungen der Geldmenge³², wird deutlich, weshalb die Spareinlagen sinnvollerweise in die Tauschgeldmenge einzubeziehen sind.

Diese Geldabgrenzungen erfordern auch entsprechende Korrekturen der Einkommensgrößen. Mit der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge (M) korrespondiert das nominale Nationaleinkommen (NE) in seiner spezi-

²⁹ Für die DDR umfaßt B^P den gesamten Bargeldumlauf. Da aus den genannten Gründen die Bargeldhaltung im volkseigenen Sektor unbedeutend ist, kann B^P als repräsentativ für den Bargeldumlauf im privaten Sektor angesehen werden.

³⁰ Eine Ausnahme z. B. ist China, wo selbst Abhebungen von Girokonten kontrolliert werden und z. T. genehmigungspflichtig sind.

³¹ Die Transaktionsfunktion der Spareinlagen wird an dem Verhältnis zwischen totalen Abhebungen und Einzahlungen pro Jahr deutlich, die in Polen nur selten unter 80 v. H. sank. Vgl. R. Portes: The Control of Inflation . . ., a.a.O., S. 119.

³² Siehe zur systemvergleichenden Problematik adäquater empirischer Gelddefinitionen K.-H. Hartwig, H. J. Thieme: Schwankungen von Geldmenge . . ., a.a.O., S. 100 - 105.

fischen Abgrenzung, so daß der gesamtwirtschaftliche Kassenhaltungskoeffizient k_M z. B. für Polen berechnet werden kann entsprechend

$$(7) \quad k_M = \frac{M}{NE} .$$

Zur Ermittlung des Kassenhaltungskoeffizienten der privaten Haushalte muß den privaten Geldbeständen (M^P) das zur Verfügung stehende, mit seinen jeweiligen Preisen bewertete Gütervolumen gegenübergestellt werden. Dies wird durch die statistisch ausgewiesenen, laufenden Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung nicht hinreichend repräsentiert, weil sie eine rein nominale Größe sind. Da andererseits die laufende Produktion von Konsumgütern und Dienstleistungen nicht exakt erfaßt wird, sind der private Verbrauch, die „individuelle Konsumtion“ oder der Einzelhandelsumsatz als — auch nach Auffassung sozialistischer Autoren — repräsentative Indikatoren der Konsummöglichkeiten der Bevölkerung heranzuziehen. Stellt man — weil zeitlich am weitesten zurückverfolgbar und die Unterschiede in der Entwicklung der Größen vernachlässigbar gering sind — auf den Einzelhandelsumsatz (U) ab³³, läßt sich der Kassenhaltungskoeffizient der privaten Haushalte ermitteln nach

$$(8) \quad k_M p = \frac{M^P}{U} .$$

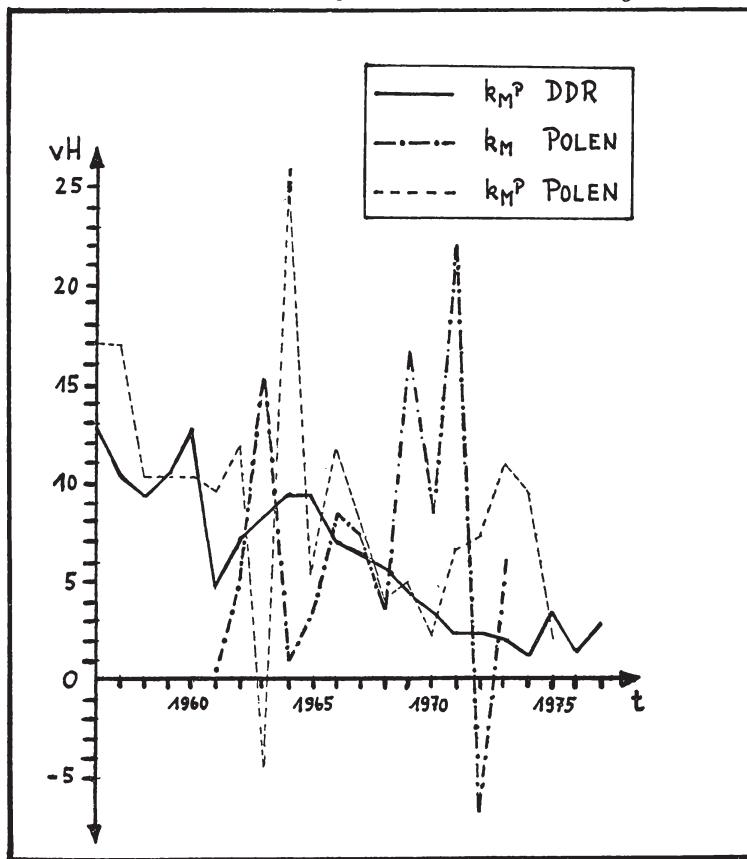
3. Mit Hilfe dieses Konzepts soll nunmehr für die DDR und für Polen beispielhaft Kassenhaltungs inflation diagnostiziert werden. Beide Länder wurden nicht nur wegen der Verfügbarkeit statistischen Materials ausgewählt, sondern auch deshalb, weil sie — wie andere Inflationsanalysen behaupten — unterschiedliche Erfolge bei der Vermeidung von Inflation zu haben scheinen. Da Polen zudem — im Gegensatz zur DDR — Preisinflationsraten ausweist, kann ein repräsentatives Beispiel für das Vorliegen kombinierter Inflationstypen gefunden werden.

Aus den in Tabelle 4 für Polen und Tabelle 5 für die DDR zusammengefaßten Zeitreihen nominaler und realer Variablen kann zunächst gefolgert werden, daß die allgemeine Inflationsbedingung (1) in beiden Ländern erfüllt ist, wobei die jährlichen Differenzen zwischen Geldmengen- und Realeinkommenswachstum für Polen erheblich deutlicher ausfallen als für die DDR. So betrug in der Periode 1955 - 1975 in Polen

³³ Im Einzelhandelsumsatz enthalten sind die Warenverkäufe an Betriebe, Verwaltungen und andere Organisationen. Ihr Anteil ist mit ca. 3 v. H. relativ gering und zudem im Zeitablauf nahezu konstant. Nicht enthalten sind dagegen Leistungen (Mieten, Strom, Dienstleistungen etc.), deren Anteil an den Warenkäufen der Bevölkerung bzw. am Einzelhandelsumsatz im Zeitablauf ebenfalls konstant ist und insofern vernachlässigt werden kann. Vgl. dazu Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Hrsg.), Handbuch DDR-Wirtschaft, Hamburg 1977, S. 235.

die durchschnittliche jährliche Änderungsrate der nominalen Geldmenge M^p 19,8 v. H., diejenige des realen Einzelhandelsumsatzes U nur 7,3 v. H. Für das reale Nationaleinkommen NE liegen Zahlenangaben erst ab 1960 vor: Sein durchschnittliches Wachstum betrug bis 1973 7,4 v. H., dasjenige der gesamtwirtschaftlichen Geldmenge M in der gleichen Periode 16,1 v. H. Im vergleichbaren Zeitraum 1955 bis 1976 ist die Geldmenge M^p in der DDR durchschnittlich um 11,6 v. H. p. a. gestiegen, U hingegen nur um 4,9 v. H. p. a. Für Polen fallen die starken Schwankungen der monetären Expansionsrate im gesamten Zeitraum sowie der deutliche Anstieg zu Beginn der siebziger Jahre besonders auf. In der DDR hingegen verläuft die monetäre Expansion seit Mitte der sechziger Jahre bei sinkender Expansionsrate weit weniger hektisch.

Figur 1: Jährliche Änderungsraten der Kassenhaltungskoeffizienten



Quelle: Tab. 4 und 5.

Tabelle 4
Entwicklung ausgewählter Variablen in Polen

Jahr	Geldmengen(a)			Nationaleinkommen(b)		Einzelhandelsumsatz		Kassenhaltungskoeffizienten		
	M	MP	BP	DP	NE (nominal)	NE (in Preisen von 1960)	U (nominal)	U (in Preisen von 1955)	k_M	k_{MP}
1955	67.3	12.4	10.9	1.5			110.1	110.1	0.1126	
1956	80.5	16.7	14.0	2.7			126.7	127.9	0.1318	
1957	99.3	24.7	18.5	6.2			160.2	151.3	0.1542	
1958	113.4	29.6	21.3	8.3			174.2	159.7	0.1699	
1959	129.0	36.3	23.7	12.6			193.5	175.6	0.1875	
1960	154.6	41.5	24.6	16.9	375.5	375.5	200.4	178.6	0.2070	
1961	169.8	49.5	29.6	19.9	410.7	406.2	218.1	192.8	0.4134	0.2269
1962	185.2	58.8	32.5	26.3	426.1	414.9	231.6	199.8	0.4346	0.2538
1963	230.6	59.2	26.9	32.3	460.1	443.7	243.6	208.2	0.5012	0.2430
1964	251.7	78.1	34.8	43.3	497.1	473.8	256.3	216.7	0.5063	0.3047
1965	278.8	89.8	37.6	52.2	531.3	501.2	280.0	234.7	0.5247	0.3207
1966	322.7	107.2	42.2	65.0	567.2	538.1	299.3	247.6	0.5689	0.3581
1967	370.3	124.7	45.7	79.0	605.8	568.8	321.9	262.6	0.6115	0.3873
1968	423.3	141.7	50.5	91.2	668.8	619.8	348.8	280.2	0.6331	0.4062
1969	514.1	159.1	53.2	105.9	696.1	638.0	376.2	298.6	0.7386	0.4222
1970	600.3	170.9	53.5	117.4	749.2	683.1	396.0	310.8	0.8012	0.4316
1971	864.3	197.8	61.3	136.5	885.0	798.7	429.5	335.5	0.9767	0.4605
1972	866.3	239.7	69.8	169.9	951.0	854.4	484.5	378.5	0.9109	0.4947
1973	1.028.5	298.5	85.5	213.0	1.064.8	945.6	544.0	413.7	0.9659	0.5487
1974	—	368.2	104.0	264.2	1.209.3	1.044.3	612.0	436.5	0.6016	
1975	—	433.0	125.7	307.3	1.357.0	1.138.4	704.4	488.5	0.6147	

a) In Mrd. Złoty, Stand am Jahresende.

b) In Mrd. Złoty.

Quelle: Rosznik Statystyczny, Warszawa 1966, 1971, 1976; T. M. Podolski, Socialist Banking and Monetary Control, Cambridge 1973, Statystyka Polska, Finansow 1973, Kredyty Obieg Pienięzny 1974.

Tabelle 5
Entwicklung ausgewählter Variablen in der DDR

Jahr	Geldmengea)			Einzelhandelsumsatz		Kassenhaltungskoeffizient k_{MP}
	MP	BP	DP	U	U	
1955	9.1	4.1	5.0	31.6		0.2880
1956	10.6	4.5	6.0	32.6		0.3251
1957	12.5	3.5	9.0	34.8		0.3592
1958	15.0	3.8	11.2	38.2		0.3927
1959	18.2	4.2	14.0	42.0		0.4333
1960	22.0	4.5	17.5	45.0		0.4889
1961	24.4	4.2	20.2	47.6		0.5126
1962	26.0	4.4	21.6	47.3		0.5497
1963	28.2	4.5	23.7	47.4		0.5949
1964	31.9	4.5	27.4	49.0		0.6510
1965	36.4	5.2	31.2	51.1		0.7123
1966	40.5	5.5	35.0	53.2		0.7613
1967	44.8	5.8	39.0	55.2		0.8116
1968	49.7	6.4	43.3	57.9		0.8584
1969	55.1	7.0	48.1	61.4		0.8974
1970	59.6	7.4	52.2	64.1		0.9298
1971	63.4	7.7	55.7	66.6		0.9520
1972	68.7	8.8	59.9	70.5		0.9745
1973	74.3	9.2	65.1	74.6		0.9960
1974	79.8	9.6	70.2	79.2		1.0076
1975	85.4	10.1	75.3	81.9		1.0427
1976	90.7	10.5	80.2	85.7		1.0563
1977	97.4			89.4		1.0895

a) In Mrd. Mark, Stand am Jahresende.
 Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR.

Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag auch im dauerhaften Anstieg der jeweiligen Kassenhaltungskoeffizienten. Wie Figur 1 zeigt, weisen die Kassenhaltungskoeffizienten für die DDR und Polen über den gesamten Beobachtungszeitraum (Ausnahme: Polen 1968 und 1972) positive Zuwachsrate auf. Die Zuwachsrate des Kassenhaltungskoeffizienten haben in der DDR seit 1965 kontinuierlich abgenommen und steigen erst 1975 wieder an; in Polen unterlagen sie dagegen relativ starken Schwankungen. Nach dem hier vorgeschlagenen Meßkonzept bedeutet dies:

- Für beide Länder lässt sich Kassenhaltungsinflation diagnostizieren, deren Ausmaß in der DDR seit Mitte der sechziger Jahre rückläufig, in Polen dagegen unvermindert ist.
- In Polen wechseln hektische Phasen der Inflationsakzeleration und -dezeleration einander ab, wobei das volle Ausmaß der Inflation erst dann sichtbar wird, wenn man zusätzlich die Preisinflationsrate berücksichtigt.
- In der DDR wurde dagegen zwischen 1965 und 1974 eine maßvolle und recht erfolgreiche Inflationsbekämpfungspolitik betrieben, durch die die Inflationsrate kontinuierlich reduziert werden konnte. Ob ihr Wiederanstieg in jüngster Vergangenheit erneut eine Phase der Inflationsakzeleration einleitet, bleibt abzuwarten.

Ahnlich wie in Marktwirtschaften scheint es auch in den einzelnen sozialistischen Ländern unterschiedlich gut zu gelingen, dem Inflationsphänomen wirtschaftspolitisch zu begegnen.

4. Zwischen diesem Definitions- und Meßansatz von Inflation und den oben geschilderten Indikatorkonzepten bestehen Unterschiede und Gemeinsamkeiten, die abschließend zusammengefaßt werden können.

Wie bei den anderen Meßkonzepten hängt die Qualität der Meßergebnisse auch bei diesem entscheidend von der Korrektheit des verwendeten Materials der offiziellen Statistik ab. Ein Vorteil allerdings besteht darin, allein unter Verwendung offizieller Statistiken Existenz und Ausmaß von Inflation belegen und ihre Entwicklung nachzeichnen zu können, ohne auf — gerade wegen der schmalen Datenbasis — problematische Schätzungen von Nachfrage- oder Angebotspotentialen bzw. versteckten Preissteigerungen angewiesen zu sein. In diesem Konzept ist es nicht erforderlich, das Ausmaß versteckter Preisinflation abschätzen zu müssen, weil es implizit durch den Kassenhaltungskoeffizienten erfaßt wird: Seine Änderungsrate wird um diejenigen Prozentpunkte einer tatsächlichen, aber statistisch nicht erfaßten Preisinflationsrate als zu hoch ausgewiesen. Ihre korrekte Erfassung in der Preis-

statistik würde lediglich eine Substitution der Inflationsanzeige, nicht jedoch eine Veränderung ihres Ausmaßes bedeuten.

Vermieden wird somit das unsystematische Nebeneinander verschiedener Ersatzindikatoren und partieller Erscheinungsformen, die es nicht erlauben, das Ausmaß des gesamtwirtschaftlichen Phänomens Inflation einzuschätzen — insbesondere dann nicht, wenn Inflation als länger anhaltender Prozeß verstanden wird. Einige dieser Indikatoren schildern vielmehr einzelwirtschaftliche Verhaltensweisen, die inflationsbedingt sein können, nicht jedoch sein müssen: Ein relativ niedriges Konsumniveau kann entwicklungsbedingt, schlechte Güterqualität oder ein partiell ungedeckter Konsumgüterbedarf können Ausdruck einer systembedingt eingeschränkten Fähigkeit zu strukturellen Anpassungen sein, ohne daß notwendigerweise ein inflatorisches Ungleichgewicht auf Dauer existieren muß. Wie der Vergleich der Inflationen in der DDR und in Polen nach dem hier verwendeten Meßkonzept zeigt, wäre ein solch unifferenziertes Vorgehen verfehlt.

Schließlich ist zu betonen, daß im vorgeschlagenen Konzept die tatsächliche Kassenhaltung gemessen und als ein ex post-Maßstab der Inflationsrate verwendet wird. Diese Betrachtung darf nicht verwechselt werden mit der Frage, ob die Höhe der Kassenhaltung von den Wirtschaftssubjekten gewünscht wird oder nicht, was nur durch die ökonometrische Schätzung einer entsprechenden Geldnachfragefunktion unter Berücksichtigung der speziellen institutionellen Rahmenbedingungen (z. B. Rationierung als explizites Argument der Funktion) beantwortet werden kann³⁴. Daß dieses, für gesamtwirtschaftliche Gleichgewichts- oder Ungleichgewichtsanalysen überaus wichtige Problem für die Inflationsmessung unerheblich sein dürfte, kann aus transmissionstheoretischen Überlegungen gefolgt werden, nach denen — wodurch auch immer ausgelöste — Inflationsimpulse in jeder geldwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft zunächst einen Anstieg des Kassenhaltungskoeffizienten auslösen. In Marktwirtschaften wird dieser Effekt bei freier Preisbildung über portfolio-Anpassungen und Änderungen der relativen Preise in Preisinflation transformiert, wobei allerdings kurzfristige Realeffekte zu berücksichtigen sind. In administrativen Planwirtschaften ist diese Transmissionskette durch die staatlichen Planungs-, Lenkungs- und Preissetzungsansprüche mehr oder weniger unterbrochen, ohne daß in der Realität insbesondere für die Haushalte jegliche portfolio-Anpassungsmöglichkeiten beseitigt wären, wie das Ausweichen auf „freie“ Märkte für neuproduzierte Güter oder Bestandsgüter gerade zeigt. Auch

³⁴ Siehe *J. E. Pickersgill: Hyperinflation and Monetary Reform in the Soviet Union, 1921 - 26*, in: *The Journal of Political Economy*, 5 (1968), S. 1037 - 1048; dies.: *A Long-Run Demand Function for Money in the Soviet Union. A Comment*, in: *Journal of Money, Credit and Banking* (1970), S. 123 - 131; *R. Portes, D. Winter: The Demand for Money* . . ., a.a.O.

eine Reduktion des Faktoreinsatzes wäre unter diesen Systembedingungen eine Strategie, „unerwünschte“ Kasse abzubauen³⁵. Berücksichtigt man diese angedeuteten Zusammenhänge, könnte unter den gegebenen informellen Rationierungsbedingungen eher vermutet werden, daß die Wirtschaftssubjekte gerade in Erwartung dieser spezifischen Inflationsform eine möglichst hohe Kasse zu halten wünschen, um die Nachteile der Kassenhaltungsinflation z. B. durch schnellen Warenzugriff oder Zahlung von Bestechungsgeldern einzelwirtschaftlich vermeiden oder wenigstens mindern zu können.

Diese inflationstheoretisch relevanten Fragen können für administrative Planwirtschaften gegenwärtig nur unvollständig beantwortet werden, weil weder die Auslösung von Inflationsimpulsen noch die Absorptionsprozesse unter Einschluß von Inflationserwartungen theoretisch hinreichend geklärt sind. Ob und inwieweit das vorgestellte Definitions-, Indikator- und Meßkonzept von Inflation in einer systemindifferenten und in diesem Sinne erst noch zu entwickelnden, allgemeinen Inflationstheorie tragfähig ist, bleibt abzuwarten.

³⁵ Siehe *R. J. Barro, H. I. Grossman*: Suppressed Inflation and the Supply Multiplier, in: *Review of Economic Studies*, 1 (1974), S. 87 - 104; dies.: *Money, Employment and Inflation*, Cambridge 1976, insbes. Kap. 2.

Inflationsprobleme einer offenen sozialistischen Volkswirtschaft

Von Kazimierz Laski*, Linz

I. Einführung

1. Wir untersuchen in dieser Studie die externen Ursachen der Inflationserscheinungen in den sozialistischen Ländern. Wir beginnen mit dem geschlossenen Modell einer zentralgeplanten Wirtschaft (ZGW). Im weiteren gehen wir zum eigentlichen Thema über, wobei zwei Varianten der ZGW untersucht werden. In der ersten Variante schützt der „Preisausgleich“ die ZGW vor dem Einfluß der Weltinflation. In der zweiten Variante untersuchen wir eine marktorientierte zentralgeplante Wirtschaft (MZGW). Hier kann eine entsprechende Budget- und Wechselkurspolitik die Wirtschaft vor Auswirkungen der Weltinflation schützen. Anders stellt sich in beiden Varianten die Lage dar, wenn sich nicht nur das allgemeine Preisniveau auf den Weltmärkten verändert, sondern auch die terms of trade sich verschlechtern.

2. In der ZGW gibt es unabhängig vom Weltmarkt zwei echte Märkte: den Arbeitsmarkt und den Konsumgütermarkt, auf dem Sachgüter und Dienste angeboten werden¹. Die echten Märkte sind im Prinzip nicht rationiert und spielen bei der Inflationsanalyse eine entscheidende Rolle. Das gilt vor allem für den Konsumgütermarkt (der weiterhin auch kurz als „Markt“ bezeichnet wird) und für das allgemeine Preisniveau der Konsumgüter, das das eigentliche Maß der Inflation darstellt.

Das letztere gilt jedoch im vollen Sinne nur für ein System, in dem das Prinzip der markträumenden Preise eingehalten wird. In der ZGW herrscht jedoch in der Regel der Verkäufermarkt, und dieser Zustand wird manchmal auch als „Mangelwirtschaft“ bezeichnet². In einer Mangelwirtschaft wird das Prinzip der markträumenden Preise und des Marktgleichgewichtes oft nicht eingehalten. In der Folge bildet die

* Professor an der Johannes Kepler Universität Linz, Konsulent des Wiener Institutes für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

¹ Darüber hinaus gibt es Märkte, die sich aus der Existenz des nicht-staatlichen Sektors ergeben; sie werden in dieser Studie vernachlässigt.

² Vgl. J. Kornai: The Measurement of Shortage, *Acta Oeconomica* Vol. 16 (3 - 4), 1976, p. 321.

Wachstumsrate der Konsumgüterpreise kein ausreichendes Maß der Inflation. In der ZGW muß man zwischen 2 Arten von Inflation unterscheiden: der offenen und der gestauten. Die offene Inflation kann durch die Preissteigerungsrate gemessen werden, wobei außer der offiziellen noch die versteckte Inflation zu berücksichtigen wäre. Die letztere ergibt sich aus Preiserhöhungen die „versteckt“ sind, weil sie aus verschiedenen Gründen vom Index nicht erfaßt werden.

Die gestauten Inflation kann durch mehrere Merkmale charakterisiert werden (Länge der Schlangen und Wartelisten, Divergenz zwischen freien und „regulierten“ Preisen, Existenz der geschlossenen Verkaufspunkte für Privilegierte, Trink- und Besteckungsgelder beim Erwerb von seltenen und begehrten Gütern usw.), sie kann jedoch kaum durch einen Skalar erfaßt werden. Nicht einmal die Zwangsersparnisse (wenn sie überhaupt von den freiwilligen Ersparnissen zu unterscheiden wären) messen die Intensität der gestauten Inflation, weil es in einer Mangelwirtschaft auch Zwangskäufe gibt.

3. In der ZGW haben wir mit einer Überschußnachfrage-Inflation zu tun. In dieser Wirtschaft herrscht Vollbeschäftigung in diesem Sinne, daß eine Erweiterung der Nachfrage zu keiner Erweiterung des Angebotes führt. Es gibt zwar in dieser Wirtschaft viele nicht ausgenützte Produktionsmöglichkeiten, die sich aus Engpässen in der Versorgung, Unwirtschaftlichkeit, mangelnder Arbeitsdisziplin, Mängeln in der Kooperation, usw. ergeben, diese „Reserven“ können jedoch im Rahmen des bestehenden Systems kaum in Anspruch genommen werden. Die Erweiterung der Gesamtnachfrage (nach Investitions- bzw. Konsumgütern) führt unter diesen Umständen lediglich zu einer offenen und (oder) gestauten Inflation.

II. Das geschlossene Modell

4. Wir teilen die gesamte Gütererzeugung in 2 Sektoren ein. Der Sektor 2 erzeugt Konsumgüter (inklusive Dienste) die der Bevölkerung entgeltlich angeboten werden. Der Wert dieser Güter wird mit K bezeichnet, er entspricht dem individuellen Verbrauch der privaten Haushalte.

Dementsprechend umfaßt Sektor 1 die Erzeugung aller anderen Güter. Das sind, erstens, die Investitionsgüter. Der Wert dieser Güter wird mit I bezeichnet und ist ex definitione dem Bruttozuwachs des Realvermögens gleichzusetzen. Das sind, zweitens, Güter, die kollektiv verbraucht werden und zwar durch den Staat (Rüstungsgüter, Verpflegung der Armee, sachlicher Verbrauch der öffentlichen Verwaltung usw.) und durch die Bevölkerung (sachlicher Verbrauch der Gesundheitspflege, Bildung und Kultur, soweit dieser Verbrauch den unentgeltlichen Konsumleistungen dient). Wir bezeichnen den Wert der Güter der ersten Gruppe R .

und der zweiten Gruppe durch Q . Der Gesamtwert des outputs des Sektor 1 beträgt daher $I + R + Q$.

Wir nehmen darüber hinaus an, daß jeder Sektor nicht nur Finalprodukte, sondern auch alle dafür notwendigen Vorleistungen (Rohstoffe, Halbfabrikate usw.) erzeugt. Unsere Produktionssektoren sind daher vertikal integriert und die Bruttowertschöpfung und der Wert der Finalprodukte stimmen in jedem Sektor überein.

In jedem Sektor entstehen 2 Arten der Einkommen: integrierte Löhne (Arbeitskosten), die entsprechend mit W_1 und W_2 und integrierte Bruttogewinne (weiter: Gewinne), die entsprechend mit M_1 und M_2 bezeichnet werden. Die Gewinne bilden den Überschuß des Wertes der Finalprodukte über die integrierten Arbeitskosten und umfassen außer der Amortisation auch indirekte Steuern bzw. Subventionen.

Das Schema der Produktion sieht daher folgendermaßen aus:

Sektor 1	$W_1 + M_1 = I + R + Q$
Sektor 2	$W_2 + M_2 = K$
Insgesamt	$W + M = Y$

wobei W , M und Y die Lohnsumme, die Gewinne bzw. das Bruttovolks-einkommen (weiter: Volkseinkommen) bezeichnen. Das Volkseinkommen Y unterscheidet sich von dem in den sozialistischen Ländern üblichen, MPS-Konzept lediglich dadurch, daß die Wertschöpfung bei der Erstellung von nicht-materiellen, entgeltlichen Konsumleistungen berücksichtigt wird.

5. Es wird angenommen, daß die Gewinne M dem Staatsbudget als einzige Einnahme zufließen. Die Ausgaben des Staatsbudgets beziehen sich erstens auf die Investition I , zweitens auf die Finanzierung der Sphäre „Staat und Armee“ $W_R + R$, drittens, auf die Finanzierung der kollektiven Konsumleistungen $W_Q + Q$ und viertens auf die Transfer-einkommen T , die netto (nach Berücksichtigung der direkten Steuern) erfaßt werden, wobei W_R und W_Q die Löhne in den s. g. nicht-produktiven Bereichen „Staat und Armee“ bzw. „kollektive Konsumleistungen“ bezeichnen. Es gilt daher $B = M - I - [(W_R + R) + W_Q + Q] + T$ wobei B den Budgetüberschuß bezeichnet. Es gilt weiter

$$B = M - I - [(R + Q) + (W_R + W_Q + T)]$$

und

$$(1) \quad B = M - I - N$$

wobei N den Ausdruck in quadratischen Klammern ersetzt und stellt die gesamten nicht-produktiven Ausgaben des Budgets dar. Es gilt auch

$G_N = R + Q$ und $W_N = W_R + W_Q + T$ wobei G_N und W_N stellen die Budgetausgaben für Güter, die nicht-produktiv verwendet werden, bzw. Einnahmen der privaten Haushalte aus dem Budget. Es gilt dabei offensichtlich

$$N = G_N + W_N.$$

6. Die gesamten Geldeinkommen der privaten Haushalte betragen $W + W_N$ und die Nachfrage nach Konsumgütern beträgt $(1 - s)$ Mal diese Einkommen, wobei s die private Sparquote bezeichnet. Daraus folgt, daß das Marktgleichgewicht zustande kommt, wenn das Angebot an Konsumgütern dieser Nachfrage gleich ist

$$(W + W_N) (1 - s) = K$$

Durch Substrahierung von $W_2 (1 - s)$ von beiden Seiten bekommt man

$$(2) \quad \begin{aligned} (W_1 + W_N) (1 - s) &= K - W_2 (1 - s) \\ (W_1 + W_N) (1 - s) &= M_2 + W_2 s \end{aligned}$$

Die rechte Seite dieser Formel stellt den Überschuß an Konsumgütern dar, der übrig bleibt, nachdem die Nachfrage seitens der Beschäftigten im Sektor 2 befriedigt wird. Diesem Überschuß steht die linke Seite, d. h. die Nachfrage derjenigen gegenüber, die zwar Einkommen beziehen, jedoch keine Konsumgüter erzeugen.

Die Lohnsummen im Sektor 1 und 2 sind gleich $W_1 = wL_1$ und $W_2 = wL_2$, wobei w den durchschnittlichen Nominallohn der beiden Sektoren (der auch für andere Beschäftigte gilt) und L_1 und L_2 die Beschäftigtenzahl im Sektor 1 bzw. 2 bezeichnen. Weiter sind die aus dem Budget fließenden Einkommen der Haushalte gleich $W_N = wL_N$, wobei L_N die Summe aus der Zahl der Beschäftigten in der nicht-produktiven Sphäre $L_R + L_Q$ („Staat und Armee“ einerseits, kollektive Konsumleistungen andererseits) und der „normierten“³ Zahl der Bezieher der Transfereinkommen bilden. Schließlich gilt für die Gewinne im Sektor 2 die Formel $M_2 = (y_2 - w) L_2$, wobei y_2 den Wert des pro-Kopf-outputs im Sektor 2 bezeichnet. Der Wert dieses pro-Kopf-outputs ist gleich $y_2 = q_2 p_2$, wobei q_2 und p_2 als Zahl der Konsumgüterkörbe je Beschäftigten im Sektor 2 bzw. der Preis eines Korbes interpretiert werden können⁴.

³ Die Normierung besteht darin, daß die Summe der Pensionen, Stipendien usw. (enthalten in T) durch den Nominallohn w dividiert wird.

⁴ Es ist auch möglich, q_2 und p_2 als Zeilen- und Spalten-Vektoren mit n Elementen zu interpretieren, wobei q_{2j} und p_{2j} ($j = 1, 2, \dots, n$) die Menge bzw. den Preis des j -ten Gutes bezeichnen. Entsprechend kann $y_1 = q_1 p_1$ für den Sektor 1 definiert werden.

Durch Einsetzen in (2) bekommen wir

$$(wL_1 + wL_N)(1-s) = wL_2s + (q_2p_2 - w)L_2$$

$$(wL_1 + wL_N)(1-s) = [q_2p_2 - w(1-s)]L_2$$

und die Division beider Seiten durch $(1-s)wL_2$ ergibt

$$\frac{L_1 + L_N}{L_2} = q_2 \frac{p_2}{(1-s)w} - 1$$

und

$$(3) \quad \frac{L_1 + L_2 + L_N}{L_2} = q_2 \frac{p_2}{(1-s)w}$$

Die linke Seite von (3) drückt das Verhältnis der Gesamtzahl der Einkommenbezieher zur Zahl derjenigen die Konsumgüter erzeugen aus. Dieses Verhältnis spiegelt die entscheidenden Proportionen bei der Verwendung des Volkseinkommens und hängt ceteris paribus von der Investitionsquote (I/Y) und von der Kollektivausgabenquote für „Staat und Armee“ $(W_R + R)/Y$ und für Wohlfahrt $(W_Q + Q + T)/Y$ ab. Die rechte Seite von (3) wird ihrerseits bei gegebener Arbeitsproduktivität im Sektor 2 (d. h. q_2) und bei gegebener Sparquote s durch das Verhältnis des Preises p_2 zum Nominallohn w bestimmt.

Die Formel (3) kann sehr einfach interpretiert werden. Nehmen wir an, daß die Arbeitsproduktivität q_2 drei Konsumgüterkörben und der Reallohn w/p_2 einem Konsumgüterkorb gleich sind. Unter diesen Umständen ist die Arbeitsproduktivität gemessen in Einheiten des Reallohnes gleich drei. Sie bedeutet, daß die Gesamtzahl der Einkommensbezieher $(L_1 + L_2 + L_N)$ dreimal größer sein kann als die Zahl der Beschäftigten im Sektor 2, wenn $s = 0$ gilt.

7. Beginnen wir mit einem Zustand, in dem die Bedingungen des Marktgleichgewichtes, so wie sie in der Formel (3) spezifiziert sind, erfüllt sind und fragen wir uns, wie kann es zur Bildung einer Inflationslücke kommen. Wir begrenzen uns dabei auf Faktoren, die für unser Thema relevant sein können. Erstens, kann es zur Erhöhung der linken Seite der Formel (3) kommen infolge der Erhöhung der Investitionsquote und (oder) der Kollektivausgabenquote. Zweitens, kann es bei gegebenen Verwendungsproportionen zur Senkung der rechten Seite der Formel (3) kommen infolge der Senkung der Arbeitsproduktivität. Drittens, kann es zur Erhöhung des Nominallohnes w kommen, was ceteris paribus auch zur Senkung der rechten Seite von (3) führt. Und last but not least kann es bei der formellen Einhaltung der Bedingung des totalen Marktgleichgewichtes zu einer Diskrepanz zwischen der Nachfrage — und Angebotsstruktur kommen. Von spezieller Bedeutung ist hier der Anteil der wichtigsten Nahrungsmittel im Gesamtangebot der Konsumgüter.

8. Als Beispiel für den ersten Fall nehmen wir die Erhöhung der Investition I um $\Delta I > 0$ bei gegebenen nicht produktiven Ausgaben N und Konsumgüterproduktion K . Wir nehmen auch die Arbeitsproduktivität in beiden Sektoren als gegeben an. Die notwendige Erweiterung der Beschäftigung L_1 kann auf die Existenz gewisser marginaler Arbeitskräfteüberschüsse zurückgeführt werden und steht daher mit der früheren Annahme der Vollbeschäftigung nicht im Widerspruch⁵. Die Schließung der so entstandenen Inflationslücke ist bei gegebenem s und w nur durch Erhöhung des Preises der Konsumgüter möglich, d. h. durch die Anpassung des Preis-Lohn-Verhältnisses an die neue Investitionsquote.

Durch Erhöhung des Preises p_2 kommt es ceteris paribus zur Erhöhung der Profite M_2 im Sektor 2 und zur Finanzierung der zusätzlichen Investition. Es gilt nämlich in der Ausgangslage gemäß (2)

$$(W_1 + W_N)(1-s) = M_2 + sW_2$$

oder

$$(2') \quad W_1 + W_N = M_2 + S$$

wobei

$$S = s(W_1 + W_N) + sW_2$$

die Ersparnis der Haushalte in der Ausgangslage bezeichnet. Die Erweiterung der Investition um ΔI setzt die Erweiterung der Beschäftigung L_1 um ΔL_1 und der Lohnsumme W_1 um ΔW_1 voraus⁶. Es gilt daher

$$(4) \quad W_1 + \Delta W_1 + W_N > M_2 + S + s\Delta W_1$$

und eine Inflationslücke öffnet sich. Die Schließung dieser Lücke ist möglich durch die Erhöhung der Preise im Sektor 2 in der Proportion $\Delta M_2/K$, wobei $\Delta M_2 = (1 - s) \Delta W_1$. In der Tat unter dieser Bedingung gilt gemäß (4)

$$W_1 + \Delta W_1 + W_N = M_2 + \Delta M_2 + S + s\Delta W_1$$

und

$$W_1 + W_N = M_2 + S$$

wegen

$$\Delta W_1 = \Delta M_2 + s\Delta W_1.$$

⁵ Eine andere Möglichkeit wäre, die Verschiebung der Arbeitskräfte von Sektor 2 zu 1 zu berücksichtigen.

⁶ Wenn im Anfangszustand das Staatsbudget ausgeglichen war ($B = 0$), erscheint jetzt ein Budgetdefizit in der Höhe ΔW_1 . Bei der Erweiterung der Staatsausgaben um $\Delta I = W_1 + \Delta M_1$, steigen die Staatseinnahmen ex definitione um ΔM_1 und das Budgetdefizit ist auf ΔW_1 beschränkt.

Die Preiserhöhung und die damit verbundene Erhöhung der Profite führt in der ZGW zu keiner weiteren Inflation, weil die Erweiterung der Profite zu keiner Erweiterung der Nachfrage führt. Es muß aber zu keinen weiteren Auswirkungen auf die Arbeitsproduktivität (vor allem q_2) und auf die Sparneigung s wie auch auf den Nominallohn w kommen, wenn die Gleichgewichtsbedingungen wirklich eingehalten werden sollen.

Werden die Preise nicht erhöht, kommt es zu Zwangsersparnissen $Z = (1 - s) \Delta W_1$ und es gilt

$$(5) \quad W_1 + \Delta W_1 + W_N = M_2 + S + s\Delta W_1 + Z$$

Die Inflationslücke wird nicht geschlossen, es kommt zu einer gestauten Inflation, die auch dadurch gekennzeichnet wird, daß die Zwangsersparnisse Z in der nächsten Periode die laufende Nachfrage mitbestimmen.

9. Als Beispiel für den zweiten Fall kann man eine Senkung des Volkseinkommens bei gegebener Verteilung und Beschäftigung anführen. Verglichen mit der Ausgangslage (das kann der Zustand sein, der im Plan vorgesehen war, der aber bei der Planerfüllung nicht erreicht wird) sinkt die Arbeitsproduktivität in beiden Sektoren gleichmäßig. Die Senkung von K um ΔK bei unveränderten $W_1 + W_N$ und W_2 führt zur Änderung der Formel (2'), die die Ausgangslage beschreibt

$$(6) \quad W_1 + W_N > M_2 - \Delta M_2 + S$$

wobei $\Delta M_2 = \Delta K$ den Rückgang der Profite im Sektor 2, der sich aus dem Rückgang der realen Umsätze ergibt, bedeutet. Die Inflationslücke muß wieder durch Preiserhöhung (gleich ΔM_2) geschlossen werden oder führt zu Zwangsersparnissen in derselben Höhe. Die Senkungsrate der Arbeitsproduktivität q_2 muß durch die Wachstumsrate der Preise p_2 ausgeglichen werden, so daß das Produkt $q_2 p_2$ in der Formel (3) unverändert bleibt.

Ähnlich stellt sich die Lage dar, wenn ceteris paribus der Nominallohn w im Vergleich zur Ausgangslage steigt (der Fall 3). In der Formel (2') erscheinen folgende Änderungen.

$$(7) \quad W_1 + W_N + (1-s) (\Delta W_1 + \Delta W_N) > M_2 + S - (1-s) \Delta W_2$$

d. h. die Inflationslücke öffnet sich von beiden Seiten. Preiserhöhungen und (oder) Zwangsersparnisse sind wieder die unausweichliche Folge, wobei im Falle der Preiserhöhungen das ursprüngliche Preis-Lohn Verhältnis wieder hergestellt werden muß.

10. Der Fall 4 hat einen speziellen Charakter und läßt sich mit der Formel (2) und (3) allein nicht erfassen. Stellen wir uns z. B. vor, daß das Gesamtangebot rein rechnerisch der Gesamtnachfrage angepaßt ist, jedoch infolge einer Mißernte die Versorgung der Bevölkerung mit

Grundnahrungsmitteln (z. B. Fleisch) mangelhaft ist. Es gibt unter diesen Umständen kein totales Marktgleichgewicht, weil das letztere ein Gleichgewicht mindestens auf den wichtigsten Teilmärkten voraussetzt. Bleiben nun die Preise unverändert, kommt es zu einer de facto Rationierung beim Verkauf von Mangelwaren und die Bevölkerung ist außerstande die Nachfrage nach diesen Gütern voll zu befriedigen. Es kommt zu Geldüberschüssen bei den Haushalten. Teilweise werden sie zum Einkauf von näheren oder weiteren Substituten verwendet (Zwangskäufe) und teilweise verwandeln sie sich in ungewollte Geldvorräte (Zwangsersparnisse). Gemäß unserer Annahme entspricht den Zwangsersparnissen eine nicht gewollte Lagerveränderung bei anderen Konsumgütern, welche nicht verkauft werden können.

Diesem Zustand kann eine Erhöhung der Preise der Mangelwaren und eine Senkung der Preise der Überschüßwaren in gewissen Grenzen entgegenwirken. Es ist aber durchaus nicht sicher, daß die notwendigen Preisänderungen sich gegenseitig aufheben, was eine notwendige Bedingung der Wiederherstellung des Gleichgewichts ohne Inflation bildet. Übrigens ist eine Beibehaltung der Höhe der Nominallöhne bei einer relativen Verteuerung der Grundnahrungsmittel ausgeschlossen, was zu Auswirkungen auf die gesamte Geldnachfrage führt. Auf diese Weise kann die Änderung der Struktur des Angebotes, die der Struktur der Nachfrage nicht angepaßt ist, zu Inflationserscheinungen führen, auch dann, wenn global gesehen das Angebot und die Nachfrage einander die Waage halten.

III. Das offene Modell einer zentralgeplanten Wirtschaft (ZGW)

11. Bei der Untersuchung der Einflusses der externen Faktoren auf die Inflationsprobleme in den sozialistischen Ländern gehen wir — wie schon erwähnt — von zwei Modellen aus. In dem, in diesem Teil untersuchten und weiter mit ZGW bezeichneten Modell, gibt es keinen echten Wechselkurs für Exporte und Importe einerseits, und für verschiedene Waren innerhalb dieser beiden Gruppen andererseits. In diesem Modell ist das interne Preissystem von dem ausländischen streng getrennt.

12. Die Öffnung des Modells der ZGW führt dazu, daß die Nachfragestruktur nicht notwendigerweise der Produktionsstruktur entspricht und darüber hinaus — im Falle einer nicht ausgeglichenen Leistungsbilanz — „die Summe der im Inland verwendeten Güter und Dienste“ mit dem Volkseinkommen nicht übereinstimmt.

Wir nehmen am Anfang an, daß die Leistungsbilanz in fremder Währung ausgeglichen ist⁷. Die Exporte werden unter dieser Bedingung

⁷ Bei strengem Bilateralismus setzt diese Annahme voraus, daß die Leistungsbilanz mit jedem Land ausgeglichen ist.

nach den Importen unter den beiden Sektoren verteilt. Jeder Sektor umfaßt daher auch denjenigen Teil der Exporte, der einen entsprechenden Import finanziert.

Die Umrechnung der Welt- auf Inlandspreise stellt jedoch ein Problem dar, weil es keinen einheitlichen Wechselkurs in der untersuchten Wirtschaft gibt⁸. Die Preise, die der Erzeuger für seine Exporte bekommt, sind einfach Inlandspreise, die von der Preisbehörde bestimmt sind und dasselbe gilt für die Preise, die der Verbraucher für die Importe zahlt. Es gibt daher keinen (oder fast keinen) Zusammenhang zwischen den Inlands- und den Weltpreisen der Güter, die im Außenhandel umgesetzt werden. Daraus folgt, daß eine in Fremdwährung ausgeglichene Leistungsbilanz nur zufällig in Inlandswährung ausgeglichen bleibt.

Bezeichnen wir mit \bar{Ex} und \bar{Im} den Wert der Exporte bzw. Importe in Fremdwährung (z. B. in \$), wobei gemäß Annahme $\bar{Ex} = \bar{Im}$ gilt. Bezeichnen wir weiter mit Ex und Im dieselben Aggregate in Inlandswährung. Wir legen $(Ex/\bar{Ex}) = \eta_x$ und bezeichnen η_x als ex post-Wechselkurs der Exporte. Es ist kein echter Wechselkurs, weil die Inlandspreise nicht von ihm abgeleitet werden. Umgekehrt, η_x ergibt sich aus den Inlandspreisen bei gegebenen Fremdwährungspreisen. Der ex post-Wechselkurs η_x gibt die durchschnittlichen, inländischen „Kosten“ einer Einheit Fremdwährung im Exportgeschäft an. Es ist offensichtlich, daß man für unterschiedliche Exportwaren und für unterschiedliche Absatzmärkte einen unterschiedlichen ex post-Wechselkurs bekommt.

Würde nun der Koeffizient η_x für die Festlegung der inländischen Preise der Importgüter eingesetzt, wäre der Importwert in Inlandspreise $Im = \bar{Im} \eta_x = \bar{Im} (Ex/\bar{Ex}) = Ex$ gleich dem Exportwert in denselben Preisen. Die Inlandspreise der Importgüter werden jedoch nicht auf diese Weise festgelegt. Aus den autonomen Inlandspreisen der Importe und ihren Währungspreisen ergibt sich ein ex post-Wechselkurs der Importe $(Im/\bar{Im}) = \eta_m$, der nur zufällig mit η_x übereinstimmt. Der ex post-Wechselkurs der Importe gibt den durchschnittlichen, inländischen „Wert“ einer Einheit Fremdwährung im Importgeschäft an, wobei dieser „Wert“ für unterschiedliche Waren und für unterschiedliche Ursprungsmärkte unterschiedlich sein kann.

Im allgemeinen gilt für den Saldo einer in Fremdwährung ausgeglichenen Leistungsbilanz

$$(8) \quad PA = Ex - Im = \bar{Ex} \eta_x - \bar{Im} \eta_m = \bar{Ex} (\eta_x - \eta_m)$$

⁸ In den RGW-Ländern gibt es einen offiziellen Wechselkurs, der meist keine (oder fast keine) Rolle in den Außenhandelstransaktionen spielt. Um diesen Bereich geht es jedoch in unseren Überlegungen.

wobei PA den s. g. „Preisausgleich“ bezeichnet. Es gilt

$$PA \geqq 0 \text{ für } \eta_x \geqq \eta_m$$

d. h. der „Preisausgleich“ ist z. B. negativ, wenn die inländischen Kosten einer Einheit Fremdwährung kleiner als der inländische Wert dieser Einheit sind. Der Saldo PA spielt dieselbe Rolle wie der Saldo des Außenhandels. $PA < 0$ bedeutet einen „Kapitalimport“, den man jedoch im Unterschied zu einem richtigen Kapitalimport nicht zurückzahlen muß. Man kann auch $PA < 0$ als unentgeltliche Überweisung interpretieren. Das umgekehrte gilt offensichtlich für den Fall eines positiven Saldos des „Preisausgleichs“ der einem „Kapitalexport“ gleichzusetzen ist⁹.

Der „Preisausgleich“ funktioniert durch das Staatsbudget. Wenn z. B. $PA < 0$ ist, erscheinen im Budget zusätzliche Einnahmen und umgekehrt im Falle $PA > 0$.

13. Nehmen wir jetzt an, daß es einen Saldo der Leistungsbilanz in Fremdwährung gibt. In diesem Fall kann man mit dem ausgeglichenen Teil der Umsätze wie früher verfahren, und auf diese Weise den „Preisausgleich“ PA ermitteln. Der eigentliche Saldo des Außenhandels wird dann auf Inlandspreise umgerechnet, mit Hilfe von η_x oder η_m wenn ein Kapitalexport bzw. -import stattfindet. Es gilt daher

$$(9) \quad E = (\bar{Ex} - \bar{Im}) \eta_x \text{ für } \bar{Ex} - \bar{Im} > 0$$

und

$$(9') \quad E = (\bar{Ex} - \bar{Im}) \eta_m \text{ für } \bar{Ex} - \bar{Im} < 0$$

wobei E den Saldo der Leistungsbilanz in der Inlandswährung bezeichnet.

Der Wert des Saldos E wird immer dem Sektor 1 zugerechnet und zwar deshalb, weil dieser Saldo denselben Einfluß auf das Volksvermögen wie die Investition ausübt. Der Unterschied besteht darin, daß sich die Investition auf das Realvermögen und der Saldo des Außenhandels auf die Nettoforderungen an das Ausland auswirken. Wenn man jedoch das Volksvermögen als Summe aus dem Realvermögen und der Nettoforderungen an das Ausland erfaßt, muß man auch die Summe $I + E$ als Ganzes betrachten.

Daraus folgt, daß die sachliche Form des Saldos des Außenhandels (soweit sie überhaupt ermittelt werden kann) bei der sektoralen Zuordnung keine Rolle spielt. Auch dann wenn der Importüberschuß in

⁹ Vgl. L. Zienkowski: Dochód narodowy Polski 1937 - 1960, Warszawa 1963, rozdz. V, § 4.

der Form von Konsumgütern erscheint, wird er dem Sektor 1 zugeordnet. Ohne diesen Importüberschuß müßte nämlich der output im Sektor 2 größer und im Sektor 1 kleiner sein, d. h. die Investition müßte *ceteris paribus* darunter leiden.

Mit derselben Begründung wird dem Sektor 1 der „Preisausgleich“ *PA* zugeordnet. Unser Schema sieht daher in einem offenen Modell so aus:

$$\begin{array}{r} W_1 + M_1 = (I + PA + E) + (R + Q) \\ W_2 + M_2 = K \\ \hline W + M = Y \end{array}$$

wobei die früher abgeleiteten Gleichgewichtsbedingungen auf dem Konsumgütermarkt ihre Geltung beibehalten. Lediglich die Formel für den Budgetüberschuß wird jetzt ergänzt

$$(10) \quad B = M - [(I + PA + E) + N]$$

oder

$$(10') \quad B = M - (PA + E) - (I + N)$$

Der Saldo *E* wird daher analog zum „Preisausgleich“ *PA* behandelt. Die Summe *PA + E* wird zu den Staatsausgaben addiert oder von den Staatseinnahmen substrahiert. Sie wirkt sich auf den Budgetüberschuß positiv aus, wenn *PA + E < 0* ist. Im umgekehrten Falle wird der Budgetüberschuß vermindert.

14. Das Hauptinteresse dieses Referates besteht in der Untersuchung des Einflusses der Weltinflation auf die Inflationserscheinungen der sozialistischen Länder. Bevor wir uns dieser Aufgabe zuwenden, scheinen jedoch manche allgemeinere Bemerkungen angebracht.

Wir beginnen wieder mit einer ausgeglichenen Leistungsbilanz und lassen die Rolle des „Preisausgleichs“ außer acht. Im allgemeinen wirkt sich der Außenhandel antiinflationär aus. Das läßt sich mindestens auf 2 Faktoren zurückführen: auf die erhöhte Flexibilität und Arbeitsproduktivität einer offenen Wirtschaft verglichen mit einer Wirtschaft ohne Außenhandel.

Die erhöhte Flexibilität ergibt sich aus der Überwindung der Engpässe in der Wirtschaft. Im allgemeinen lassen sich alle Produktionszweige in angebots- und nachfragebestimmte Zweige unterteilen. Die Expansion der letzteren ist lediglich durch die Erweiterung der Nachfrage bestimmt. Anders ist es mit den ersten. Infolge der natürlichen Bedingungen (z. B. begrenzte Mineralvorkommen, oder Knappheit anderer Produktionsfaktoren, die überhaupt nicht — oder nur langsam und teilweise — überwunden werden können) gibt es Zweige, die nicht imstande sind, ein gewisses Wachstumstempo zu überschreiten oder überhaupt zu erreichen.

Die Versorgung der Wirtschaft mit Gütern, die die angebotsbestimmten Zweige liefern, kann durch Importe ergänzt werden, wobei diese Importe durch Exporte der nachfragebestimmten Zweige finanziert werden.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß die Anpassung der Angebots- an die Nachfragestruktur eine selbständige Rolle bei der Sicherung des Marktgleichgewichts spielt. Aus dieser Sicht ist die anti-inflationäre Wirkung des Außenhandels offensichtlich. Auch bei Überwindung der unerwarteten Lücken (wie z. B. im Falle einer Mißernte) spielt der Außenhandel soweit die Finanzierung der zusätzlichen Exporte gesichert ist, eine äußerst wichtige Rolle.

Wir haben bis jetzt von Importen gesprochen, die gewissermaßen notwendig sind, weil die Wirtschaft ohne diese Güter nicht — oder nur schlecht — auskommen kann. Aber auch darüber hinaus trägt der Außenhandel durch eine freiwillige Arbeitsteilung zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effizienz, die letzten Endes zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität führt, bei. Das ist vor allem dort der Fall, wo steigende Skalenerträge vorkommen und wo Spezialisierung zu steigender Effizienz führt.

Nehmen wir an, daß das Verhältnis y_1/y_2 unverändert bleibt, d. h. die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Folge des Außenhandels bezieht sich gleichermaßen auf beide Sektoren. Unter diesen Umständen — verglichen mit einer Wirtschaft ohne Außenhandel — kann mit einem gegebenem Nominallohn w z. B. eine höhere Investitionsquote erreicht werden (weil bei gegebenem Preis-Lohn Verhältnis die Arbeitsproduktivität q_2 höher ist) oder eine gegebene Investitionsquote kann mit einem höheren Nominallohn w verbunden werden. In beiden Fällen führt die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Senkung der Inflationsgefahr.

15. Der Saldo des Außenhandels erweitert die Problemstellung der Inflation um einen wichtigen Faktor. Bei einer negativen Leistungsbilanz und Kapitalimporten kann z. B. eine höhere Investitionsquote I/Y erreicht werden bei einem unveränderten Verhältnis L_1/L_2 , das — nehmen wir an — dem Preis-Lohn Verhältnis bei gegebenem q_2 angepaßt ist. In der Tat, ceteris paribus kann die Investition um so größer sein, je größer der Betrag von E . Bezeichnen wir mit I und $I + \Delta I$, ($\Delta I > 0$), die Investition ohne bzw. mit einem Kapitalimport von $E < 0$; es gilt nun $I = I + \Delta I + E = I$ wenn $\Delta I = |E| = -E$. Kapitalimporte machen es daher möglich die Investitionsquote zu erhöhen ohne einen Inflations-schub zu verursachen. Die antiinflationäre Wirkung ist noch stärker, wenn die Kapitalimporte zu keiner Erweiterung der Investition führen, jedoch ist in diesem Falle die spätere Rückzahlung der Kredite schwieriger.

In den 70er Jahren ist die Verschuldung der sozialistischen Länder gegenüber dem Westen erheblich gestiegen. Was für einen Einfluß auf daß Marktgleichgewicht werden diese Kredite auf lange Sicht ausüben? Die sozialistischen Länder legen Wert nicht nur auf die Erweiterung der Investition, sondern auch auf das know-how und die moderne Technologie, die gleichzeitig importiert werden. Man hofft, daß die auf diese Weise zusätzlich errichteten Kapazitäten, zusammen mit dem relativ niedrigen Lohnniveau die Bedingungen einer Exportexpansion schaffen, die die spätere Rückzahlung der Kredite ermöglichen würde. Diese Möglichkeit besteht und in diesem Falle würden die Kredite nicht nur eine kurzfristige, sondern auch eine langfristige Lockerung der Schwierigkeiten in der Wirtschaft bringen. Natürlich muß bei der Rückzahlung der Kredite ein Exportüberschuß ($E > 0$) erwirtschaftet werden und dieser Faktor per se wirkt inflationär, weil er ceteris paribus zur Ausweitung der Beschäftigung im Sektor 1 führt. Wenn jedoch die Kapazitäten zusätzlich erweitert worden sind und die Effizienz (gemessen auch in der Arbeitsproduktivität) zusätzlich gestiegen ist, kann die höhere Belastung des Volkseinkommens ohne weiteres verkraftet werden (diese Belastung kann ceteris paribus um so größer sein je höher q_2 ist).

Dies ist jedoch lediglich eine Möglichkeit, keineswegs eine Notwendigkeit. Die pessimistische Variante sieht anders aus. Trotz der importierten Technologie und des know-how gelingt der Durchbruch in den westlichen Märkten nicht. Es bestehen weiterhin Schwierigkeiten im Außenhandel, nun aber potenziert durch die Notwendigkeit, einen Exportüberschuß zu erwirtschaften. Wenn die Exporte nicht gesteigert werden können, müssen letzten Endes die Importe zurückgehen, mit negativen Wirkungen für die Gesamtwirtschaft und auch für das Marktgleichgewicht.

Welche Variante sich durchsetzen wird, kann nicht vorausgesagt werden, der Nachdruck jedoch, mit dem die sozialistischen Länder sich um Kooperationsverträge bemühen, beweist, daß man um die Absatzmöglichkeiten besorgt ist und versucht, sie gleich bei der Errichtung der neuen Kapazitäten sicherzustellen. Das ist eine gewisse Lösung, es scheint jedoch unwahrscheinlich, daß die Schwierigkeiten dieser Länder im Außenhandel, die nur einen Reflex der internen Probleme bilden, ohne weitgehende ökonomische und politische Reformen überwunden werden können.

16. Die westlichen Kapitalimporte ermöglichen nicht nur die Erhöhung der zulässigen Investitionsquote und den Zugang zur modernen Technologie. Sie ermöglichen darüber hinaus die Überwindung der Versorgungsschwierigkeiten, da manche Rohstoffe und Zwischenprodukte in größerer Menge importiert werden können. Wenn nun Kapitalimporte getätigt werden, können zusätzliche Rohstoffe, Materialien und Halbfab-

brikate importiert und die bestehenden Kapazitäten besser ausgelastet werden. Die sich daraus ergebende Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität trägt zum Marktgleichgewicht bei. Die zu beobachtende Beschleunigung des Wachstums infolge der Kapitalimporte (z. B. in Polen, in der ersten Hälfte der 70er Jahre) läßt sich teilweise auf die Lockerung der Engpässe im Außenhandel zurückführen. Wie schon erwähnt, wirkt jedoch derselbe Faktor in umgekehrter Richtung, wenn die Kredite beim Weiterbestehen der Schwierigkeiten im Außenhandel zurückgezahlt werden müssen. Sie beeinflussen dann negativ das Marktgleichgewicht und stellen einen zusätzlichen Inflationsfaktor dar, dessen Stärke nicht nur an dem zu erwirtschaftenden Exportüberschuß, sondern auch an der fehlenden Versorgung mit knappen Rohstoffen und Materialien gemessen werden muß¹⁰.

17. Wenden wir uns nun dem Problem der Weltinflation und ihrer Auswirkung auf die sozialistischen Länder zu, wobei am Anfang angenommen wird, daß die terms of trade unverändert bleiben. Unter dem Regime des „Preisausgleichs“ übt die Weltinflation keinen Einfluß auf das inländische Preisniveau aus, das ex definitione vom Weltmarkt unabhängig ist. Die einzige Folge ist die automatische Senkung der ex post-Wechselkurse η_x und η_m . Wenn z. B. die Währungspreise der Exporte und Importe eines Landes sich verdoppeln, werden die ex post-Wechselkurse dieses Landes halbiert, wobei der „Preisausgleich“ ceteris paribus unverändert bleibt. In der Tat

$$PA = Ex - Im$$

mit $Ex = \bar{Ex} \eta_x$, und $Im = \bar{Im} \eta_m$ bleibt unverändert, wenn \bar{Ex} und η_x mit $1 + \alpha$ multipliziert bzw. dividiert werden, wobei α die Wachstumsrate der Währungspreise der Exporte bezeichnet und dasselbe mutatis mutandis für die Importe gilt.

Das Ausbleiben jedes Einflusses auf das interne Preisniveau ist verständlich, weil die realen Kosten der Importe gemessen in Exporten sich nicht geändert haben. Unter gewissen Umständen ist die Lage jedoch mehr kompliziert. Stellen wir uns vor, daß ein Land Auslandskredite bekommt, die nominal festgesetzt sind und $-\bar{E}_0 = \bar{Im}_o - \bar{Ex}_o$ ($\bar{E}_0 < 0$) Einheiten in Fremdwährung ausmachen¹¹. Der Saldo in Inlandswährung beträgt ohne und mit Weltinflation $E_o = \bar{E}_0 \eta_m$ bzw. E_1 , wobei

$$(11) \quad E_1 = E_0 / (1 + \alpha) = \bar{E}_0 \eta_m / (1 + \alpha)$$

¹⁰ Vgl. Kazimierz Laski: Kapitalimporte und Wachstum der sozialistischen Länder, in: Internationale Wirtschaft — Vergleiche und Interdependenzen, herausgegeben von Friedrich Levcik, Festschrift für Franz Nemschak, Springer-Verlag, Wien - New York, 1978, S. 491 - 506.

¹¹ Mit \bar{E} wird der Saldo der Leistungsbilanz in Fremdwährung bezeichnet.

d. h. sein Betrag ist $(1 + \alpha)$ mal kleiner, wobei α die Wachstumsrate der Währungspreise der Importe bezeichnet. Das untersuchte Land erleidet daher unter diesen Umständen einen realen Verlust und muß z. B. die Investition I entsprechend kürzen und (oder) das Preis-Lohn Verhältnis erhöhen. Im zweiten Fall werden Inflationserscheinungen kaum zu vermeiden sein.

Umgekehrt bei einem Exportüberschuß, der für einen Schuldendienst verwendet wird, wirkt sich eine Weltinflation auf das Marktgleichgewicht positiv aus. Stellen wir uns vor, daß ein Land einen positiven Saldo des Außenhandels in Fremdwährung in der Höhe $\bar{E}_o = \bar{E}x_o - \bar{I}m_o$ ($\bar{E}_o > 0$) erwirtschaften muß. Der Saldo in Inlandswährung beträgt, ohne und mit Weltinflation $E_o = \bar{E}_o \eta_x$ bzw. E_1 , wobei

$$(11') \quad E_1 = E_0/(1 + \alpha) = \bar{E}_o \eta_x/(1 + \alpha)$$

wobei α die Wachstumsrate der Währungspreise der Exporte bezeichnet. Der reale Wert des Exportüberschusses sinkt daher $(1 + \alpha)$ mal und wenn z. B. die Investition unverändert bleibt, kann das Preis-Lohn Verhältnis sinken, was sich antiinflationär auswirken würde. Wenn ein Land gleichzeitig alte Schulden zurückzahlt und neue Kredite, die nominal begrenzt sind, aufnimmt, kann das Netto-Ergebnis der Weltinflation auf das Marktgleichgewicht nicht vorausgesagt werden.

18. Nehmen wir jetzt an, daß sich die terms of trade eines Landes verschlechtern. Wenn α und β die Wachstumsraten der Exportpreise bzw. der Importpreise auf dem Weltmarkt bezeichnen gilt $\alpha < \beta$. Gehen wir von einer ausgeglichenen Leistungsbilanz aus, so entsteht infolge einer Verschlechterung der terms of trade ein Importüberschuß, den wir in Fremdwährung mit $-\bar{E}$ bezeichnen. Es gilt nun

$$(12) \quad \bar{E} = \bar{E}x (1 + \alpha) - \bar{I}m (1 + \beta) = \bar{I}m (\alpha - \beta)$$

wobei $\bar{E}x = \bar{I}m$ die nominalen Größen vor der Änderung der terms of trade bezeichnen. Es ist offensichtlich, daß das reale Ausgangsniveau der Importe ceteris paribus nur dann aufrechterhalten bleiben darf, wenn — bei ausgeglicherner Leistungsbilanz — zusätzliche Exporte getätigten wurden. Die realen Kosten der Importe steigen daher und sie drücken sich in einer niedrigeren Arbeitsproduktivität aus.

In einem geschlossenen Modell hängt die Arbeitsproduktivität ausschließlich von der physischen Arbeitsproduktivität ab. In einem offenen Modell kommt noch der Einfluß der terms of trade dazu. Verschlechtern sich die terms of trade, müssen für dieselben Importe mehr Exporte getätigten werden und die Arbeitsproduktivität gemessen in Importgütern sinkt, nicht deshalb, weil die physische Pro-Kopf-Erzeugung sich

geändert hat, sondern deshalb, weil die Effizienz im Außenhandel gesunken ist.

Die Auswirkungen auf das Marktgleichgewicht sind jedoch identisch wie im Falle der Senkung der physischen Arbeitsproduktivität. Bei unveränderten Verwendungsproportionen des Volkseinkommens und bei unverändertem Nominallohn kommt es zur Bildung einer Inflationslücke, weil das Verhältnis y_2/w gesunken ist und zwar infolge der Senkung von q_2 . Das Ausmaß der Inflationslücke steigt noch mehr, wenn versucht wird, die Investitionspläne trotz der Senkung der Arbeitsproduktivität q_1 durchzusetzen. In diesem Fall steigt *ceteris paribus* das Verhältnis L_1/L_2 und die notwendige Erhöhung des Preis-Lohn Verhältnisses ist noch größer. Umgekehrt, ist man bereit die Investitionsquote zu senken, wird der Inflationsdruck kleiner.

Gleichgültig ob man die Investition und den Konsum gleichermaßen senkt oder man der einen oder anderen Verwendung des Volkseinkommens den Vorrang einräumt, die Verschlechterung der terms of trade bedeutet einen realen Verlust des betroffenen Landes und der „Preisausgleich“ bietet gegenüber Erscheinungen dieser Art keinen Schutz. *Ceteris paribus* muß eine Verschlechterung der terms of trade zu einer Erhöhung des inländischen Preisniveaus führen.

Es ist offen, ob dabei die Preisstruktur den veränderten terms of trade angepaßt wird oder nicht. Der inneren Logik der ZGW entspricht eher die Beibehaltung der bestehenden Preisstruktur, die auch früher von dem Weltmarkt unterschiedlich war. Ob das ökonomisch sinnvoll ist, ist eine ganz andere Frage. Aus dieser Sicht wäre die Anpassung der Preisstruktur an die geänderten terms of trade durchaus begründet. Wenn der Währungspreis des Gutes A zweimal höher als des Gutes B ist, ist es sinnvoll dem Verbraucher dieses Gutes die sich daraus ergebende Transformationsrate in Form der inländischen Preisrelation mitzuteilen. Der Konsument (oder auch Produzent) kann dann versuchen, das teurer gewordene Gut sparsamer zu verwenden oder durch billigere Güter zu substituieren. Offensichtlich gelten diese Überlegungen auch für die Preise jener Güter, die nicht durch den Außenhandel gehen und deren Anpassung an die interne Transformationsrate ist genau so gut begründet. Wir kommen daher zum Schluß, daß die Frage der Anpassung der Preisstruktur an die geänderten terms of trade einen Teil des viel breiteren Fragekomplexes der Preise in der ZGW im allgemeinen bildet.

Es soll noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Änderung der terms of trade auch ihre Verbesserung bedeuten kann und die letztere wirkt per se antiinflationär. Auch der Zusammenhang mit der Weltinflation ist nicht notwendig. Genauso wie es eine Weltinflation ohne

Änderung der terms of trade geben kann, kann es eine Änderung der terms of trade ohne Weltinflation geben.

19. Der Mangel eines einheitlichen Wechselkurses und eines Zusammenhangs zwischen der Preisstruktur im In- und Ausland bedeuten nicht, daß die Entscheidungen im Bereich des Außenhandels in der ZGW notwendigerweise irrational sind. Wenn man von der bestehenden Preisstruktur im Inland ausgeht, kann man mit Hilfe entsprechender Methoden z. B. die relative Rentabilität verschiedener Exporte oder Importsubstitute untersuchen. Man kann auch s. g. Schatten-Wechselkurse festlegen, die eine Entscheidungshilfe bei der Wahl der Exporte (und Importsubstitute) bilden. Es wird z. B. verlangt, daß die inländischen Kosten einer Einheit fremder Währung im Export einen Grenzwert nicht überschreiten dürfen. Alle Exporte, die diese Kalkulation nicht aushalten, werden — mindestens theoretisch — gestrichen, wobei die Schatten-Wechselkurse nach Märkten und Ländern differenziert werden können.

Wenn es nun eine Weltinflation gibt und die inländischen Preise stabil bleiben, müssen die Schatten-Wechselkurse der neuen Lage angepaßt und zwar gesenkt werden. Ein direkter Einfluß der Weltinflation auf das Preisniveau in der ZGW läßt sich auch in diesem Falle nicht feststellen.

Die Schatten-Wechselkurse üben im Außenhandel eine ähnliche Rolle wie echte Wechselkurse aus. Der Unterschied besteht darin, daß im letzteren Falle die Export- und Importfirmen direkt dem Einfluß der Fremdwährungspreise ausgesetzt sind, während im ersten Falle die Schatten-Wechselkurse lediglich eine Entscheidungshilfe bilden und in die finanzielle Lage der Firmen nicht eingebaut sind¹². Dieses Merkmal ist nicht zufällig, es entspricht der begrenzten Rolle der Marktsignale in der ZGW im allgemeinen.

IV. Das offene Modell einer marktorientierten zentralgeplanten Wirtschaft (MZGW)

20. Die MZGW bezeichnet ein Modell der zentralgeplanten Wirtschaft, das den Marktmechanismus — mindestens im Bereich des Außenhandels — aktiv ausnützt. Im Modell der MZGW gibt es Wechselkurse, die den Betrieben Informationen aus dem Weltmarkt übermitteln. Mittels dieser Wechselkurse werden Exporterlöse in Fremdwährung auf Inlandswährung umgerechnet. Ähnlich geschieht es bei den Importen, de-

¹² Vgl. Stanislaw Polaczek: The Trade Effects of Exchange Rate Policies, in: Money and Finance in East and West, ed. by C. T. Saunders, The Vienna Institute for Comparative Economic Studies, Springer-Verlag, Wien - New York, 1978, p. 188.

ren Inlandspreise aus den Weltpreisen mittels derselben Wechselkurse abgeleitet werden¹³. In der MZGW üben die internen Faktoren im allgemeinen denselben Einfluß auf das Marktgleichgewicht aus, wie in der ZGW. Wir begrenzen daher unsere Ausführungen auf die Darstellung der Unterschiede, die sich aus der Existenz der Wechselkurse ergeben.

Nehmen wir an, daß es in der Ausgangslage ein Marktgleichgewicht gemäß der Formel (2) und (2') gibt. Das Staatsbudget ist ausgeglichen ($B = 0$) und dasselbe gilt für die Leistungsbilanz, sowohl in Fremdwährung ($\bar{E} = 0$) als auch — wegen einheitlicher Wechselkurse für Ex- und Importe — in Inlandswährung. Nun steigen die Preise im Ausland, wobei die terms of trade unverändert bleiben. Wir untersuchen die Auswirkungen nacheinander auf die Export- und Importseite.

21. Wir bezeichnen mit P_x und P_m den durchschnittlichen Preis auf dem Weltmarkt (in Fremdwährung) des Güterbündels, den die MZGW exportiert bzw. importiert. Wir bezeichnen weiter mit p_x und p_m den durchschnittlichen Preis im Inland (in Inlandswährung) desselben Bündels, den der Exporteur bzw. Importeur bekommt. Bei dem Wechselkurs η gilt

$$(13) \quad p_x = P_x \eta \quad \text{und} \quad p_m = P_m \eta$$

Die logarithmische Ableitung nach der Zeit ergibt weiter

$$(14) \quad \hat{p}_x = \hat{P}_x + \hat{\eta} \quad \text{und} \quad \hat{p}_m = \hat{P}_m + \hat{\eta}$$

wobei das Dach über die Variable ihre Änderungsrate in der Zeit bezeichnet.

Wir nehmen $\hat{P}_x = \hat{P}_m = \alpha$ an d. h. die Preise der Exporte und der Importe auf dem Weltmarkt steigen mit derselben Wachstumsrate α und untersuchen die Auswirkungen dieser Weltinflation auf die Exporte und Importe der MZGW.

Stellen wir uns vor, daß es in der Ausgangslage für die Unternehmungen gleichgültig war, ob die Waren im Inland oder im Ausland verkauft werden und zwar deshalb, weil der Preis des Bündels mit Exportgütern in jedem Fall p_x gleich war. Wenn nun der Wechselkurs unverändert bleibt ($\hat{\eta} = 0$), steigt der von der exportierenden Unternehmung erhaltenen Preis $(1 + \alpha)$ mal. Das Exportgeschäft wird für die Erzeuger rentabler als der Absatz im Inland und ein Anreiz entsteht, die Lieferungen der betroffenen Waren auf die Auslandsmärkte umzulenken.

¹³ Die MZGW entspricht in den Grundrisse dem Modell der „modified“ centrally planned economy von Thomas A. Wolf (vgl. seine „Imported Inflation in Market and Centrally Planned Economies“, in: Internationale Wirtschaft — Vergleiche und Interdependenzen, op. cit., S. 109 - 120).

Kommt es dazu, wird die Wirtschaft schlechter versorgt und die Investition und (oder) der Konsum leiden darunter.

Das ist nicht alles. Die exportierenden Unternehmungen weisen jetzt höhere Einnahmen aus, weil bei derselben Exportmenge die Preise p_x steigen. Die Exporteinnahmen $Ex = xp_x$, wobei x die Exportmenge bezeichnet, steigen bei $x = \text{konst.}$ um $\Delta Ex = x\Delta p_x = x\alpha p_x$. Ceteris paribus steigt auch der Gewinn der Exportunternehmungen mehr als $(1 + \alpha)$ mal¹⁴.

Ein charakteristisches Merkmal der MZGW ist das direkte Interesse der Unternehmungen in den finanziellen Ergebnissen¹⁵. Wir dürfen daher annehmen, daß auch die Löhne in den betroffenen Unternehmungen und infolgedessen auch die Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt steigt. Stellen wir uns vor, daß der durchschnittliche Nominallohn in der ganzen Wirtschaft w infolge dieses Faktors steigt $(1 + \gamma)$ mal, wobei angenommen wird, daß $\gamma < \alpha$ ist. Wir haben daher eine steigende Nachfrage nach — bei unverändertem (oder sogar sinkendem) Angebot an — Konsumgütern.

Unter dem Einfluß der steigenden Preise der Exporte kommt es daher zur Bildung einer Inflationslücke im Inland. Die Schließung dieser Lücke durch Steigerung der inländischen Preise ist möglich, wobei auch das Preis-Lohn Verhältnis steigen muß. Nehmen wir an, daß die Struktur der Exportgüter mit derjenigen des outputs im Sektor 2 übereinstimmt. Es gilt daher in der Ausgangslage $p_2 = p_x$. Die Konsumgüterpreise im Inland müssen nun $(1 + \alpha)$ mal steigen um die Rentabilität beider Märkte auszugleichen. Der Nominallohn w kann jedoch nicht $(1 + \alpha)$ mal steigen, weil er schon $(1 + \gamma)$ mal gestiegen ist. Er steigt daher (angenommen, daß α und γ kleine Zahlen sind) mit der Wachstumsrate $\alpha - \gamma$, die den Reallohn derjenigen, die nicht in den Export-Unternehmungen arbeiten, vermindert. Es kommt daher zu einer Umverteilung des Konsums innerhalb der Lohnempfänger, die übrigens typisch für jede Inflation ist¹⁶.

¹⁴ Wir nehmen die Konstanz der Exportmenge x an, weil die Auswirkungen deren Änderungen auf die Exporteinnahmen unsicher sind. Um x zu steigern muß man in der Regel den Preis für den ausländischen Käufer senken, z. B. $(1 + \delta)$ mal. Unter Umständen würde das bedeuten, daß der Preis $P_x (1 + \alpha) / (1 + \delta)$ anstatt $P_x (1 + \alpha)$ ausmachen würde. Steigt nun die Menge x mehr als $(1 + \delta)$ mal, kommt es zur Erweiterung der Exporteinnahmen. Im anderen Falle bleiben die Exporteinnahmen unverändert oder sie können sogar — bei steigender Exportmenge — sinken. Das Ergebnis hängt von der Preiselastizität der ausländischen Nachfrage auf die betroffenen Güter ab und läßt sich nicht voraussagen. Bei unelastischer Nachfrage kommt es — bei steigender Menge — zur Verminderung der Deviseneinnahmen aus den Exporten.

¹⁵ Das gilt auch für die ZGW. Dort jedoch spielt die Steigerung der Weltpreise, mit denen wir uns hier beschäftigen, keine Rolle.

¹⁶ Wenn die Struktur der Exportgüter mit derjenigen des outputs im Sektor 1 übereinstimmt, gilt $p_1 = p_x$ und der Preis p_1 muß $(1 + \alpha)$ mal steigen,

Will man der Inflationsgefahr — bei konstantem Wechselkurs — entgegenwirken, muß man eine indirekte Steuer in der Höhe αp_x einsetzen. Auf diese Weise wird der zusätzliche Gewinn der Exportunternehmungen weggesteuert, daher entstehen auch keine zusätzlichen Lohnneinnahmen und kein Anreiz, die Lieferungen an das Ausland umzulenken. Es kommt dabei zur Bildung zusätzlicher Budgeteinnahmen in der Höhe $\Delta M = x\alpha p_x$. Gleichzeitig bilden sich zusätzliche Exporteinnahmen, die in Fremdwährung $\Delta \bar{E}x = x\Delta P_x = x\alpha P_x$ ausmachen. Die zusätzlichen Budget- und Exporteinnahmen stimmen überein¹⁷.

22. Wenden wir uns jetzt der Importseite zu. Nehmen wir am Anfang an, daß die Erhöhung der Weltpreise an den inländischen Käufer weitergeleitet wird. Wenn die inländische Nachfrage in bezug auf Preisänderungen völlig unelastisch ist, bleibt die Importmenge unverändert, andernfalls sinkt sie. Die Importausgaben in Fremdwährung $Im = mP_m$ (wobei m die Importmenge bezeichnet) steigen deshalb maximal (d. h. bei $m = \text{konst.}$) um $\Delta Im = m\Delta P_m = m\alpha P_m$ d. h. $(1 + \alpha)$ mal so wie die Weltpreise. Es gibt daher eine gewisse Asymmetrie zwischen der Reaktion der Exporteinnahmen und Importausgaben in Fremdwährung auf die Erhöhung der Weltpreise. Während die ersten stärker als, genau so wie oder schwächer als die Weltpreise steigen können, können die zweiten maximal $(1 + \alpha)$ mal steigen. Das Endergebnis entspricht daher in bezug auf die Leistungsbilanz demjenigen einer Abwertung bei gegebenem Niveau der Weltpreise: die Leistungsbilanz kann sich verbessern, verschlechtern oder unverändert bleiben. Im weiteren wollen wir den letztgenannten Fall annehmen. Dementsprechend steigen die Exporte und Importe in Fremdwährung $(1 + \alpha)$ mal, wobei die Exportmenge — und offensichtlich auch die Importmenge — unverändert bleiben.

Die Weitergabe der Preiserhöhungen an den inländischen Verbraucher ist unterdessen problematisch. Wenn es um Konsumgüter — vor allem um wichtige — geht, gibt es soziale und politische Schwierigkeiten, die Preise zu erhöhen. Andererseits, bei gegebener Geldnachfrage und steigenden Preisen der importierten Güter kommt es — bei $m = \text{konst.}$ — zu einem Angebotsüberschuß der inländischen Konsumgüter. Die Preise der letzteren müssen daher sinken (oder der Nominallohn w muß steigen, diese Möglichkeit wollen wir jedoch außer acht lassen). Es kommt

wobei auch Staatsausgaben für den output des Sektors 1 entsprechend steigen. Der Nominallohn w steigt wie früher $(1 + \gamma)$ mal infolge der Lohnsteigerungen in den Export-Unternehmungen und der Preis p_2 muß genauso steigen. Das Endergebnis im Sinne des Preis-Lohn-Verhältnisses und der Umverteilung ist identisch wie in dem früher untersuchten Fall.

¹⁷ Vgl. István Hagelmayer: Internal Effects of External Inflation and of Deterioration in the Terms of Trade, in: Money and Finance in East and West, op. cit., p. 201 - 2.

zur Änderung der Preisstruktur und — möglicherweise — zur Umverteilung der Konsumgüter unter den Lohnempfängern. Andererseits kommt es zur Umverteilung der Gewinne unter den Unternehmungen, die sich negativ auf ihre Tätigkeit auswirkt.

Ähnliche Überlegungen könnte man im Falle der Investitionsgüter anstellen, deren Preise infolge der Weltinflation erhöht werden¹⁸.

Um den Preiserhöhungen der importierten Güter — bei einem unveränderten Wechselkurs — entgegenzuwirken, bietet sich wieder das Staatsbudget an. Den Importfirmen werden Subventionen in der Höhe αp_m zuerkannt. Die Importeure verkaufen nun ihre Waren im Inland zu dem ursprünglichen Preis: $P_m (1 + \alpha)\eta - \alpha p_m = p_m (1 + \alpha) - \alpha p_m = p_m$. Die dabei entstehenden Budgetausgaben betragen $\Delta M = m\alpha p_m$. Dem stehen die Mehrausgaben für Importe in Fremdwährung $\Delta \bar{I}m = m\Delta P_m = m\alpha P_m$ oder in Inlandswährung $\Delta Im = m\Delta p_m = m\alpha p_m$. Die zusätzlichen Budget- und Importausgaben stimmen daher überein.

Wir haben schon früher angenommen, daß die Leistungsbilanz in Fremdwährung bei unveränderten Export- und Importmengen ausgeglichen bleibt. Daraus folgt, daß die zusätzlichen Budgeteinnahmen (aus den indirekten Exportsteuern) und die zusätzlichen Budgetausgaben (für Importsubventionen) sich auch die Waage halten. Das System der Export- und Importsteuer (Subvention) schützt daher die MZGW vor der Weltinflation.

Wenn man jedoch soweit ist, kann man fragen, ob es unter diesen Umständen nicht einfacher wäre, den Wechselkurs dem Weltpreisniveau anzupassen. Der Wechselkurs muß mit der Rate α sinken, um das Ausgangsverhältnis der Welt- und Inlandspreise wiederherzustellen. In diesem Fall entstehen keine zusätzlichen Einnahmen der Exporteure und keine Verluste der Importeure. Technisch gesehen ist es eine Aufwertung. Sie entspricht übrigens der Steigerung der ex-post Wechselkurse bei dem Preisausgleich mit dem Unterschied, daß die letztere spontan erfolgt, während die erste eine wirtschaftspolitische Entscheidung voraussetzt.

Eine Aufwertung kann in der MZGW auch ohne Weltinflation und ohne Änderung des Preisverhältnisses im Inland und Ausland in Erwägung gezogen werden, wenn es sich um Überwindung eines negativen Saldos der Leistungsbilanz handelt. Wie jedoch schon erwähnt, sind die Auswirkungen der Aufwertung aus dieser Sicht nicht sicher¹⁹.

¹⁸ Offensichtlich werden außer den Konsum- und Investitionsgütern auch Zwischenprodukte importiert. Sie werden den beiden Sektoren nach ihrer Verwendung sinngemäß zugeordnet.

¹⁹ Vgl. Stanislav Polaczek: The Trade Effects of Exchange Rate Policies, op. cit., p. 191 - 2.

23. Bei der Änderung der terms of trade läßt sich die Auswirkung der Weltinflation weder durch das Budgetsystem noch durch eine Aufwertung beseitigen. Nehmen wir — wie früher — an, die Export- und Importpreise sind mit der Rate α bzw. β gestiegen, wobei $\alpha < \beta$ und α und β kleine Zahlen sind. Wenn nun die ursprüngliche Importmenge aufrechterhalten bleiben soll, muß die Exportmenge steigen, was der Senkung der Arbeitsproduktivität gleichzusetzen ist²⁰. In der MZGW genauso wie in der ZGW (und in jeder Wirtschaft im allgemeinen) bedeutet die Verschlechterung der terms of trade einen gesamtwirtschaftlichen Verlust, der verkraftet werden muß. Bei unveränderten Verwendungsproportionen des Volkseinkommens muß es zu einer Erhöhung der Preise der Konsumgüter im Vergleich zum Nominallohn kommen.

Aus

$$(15) \quad \bar{x}P_x = xP_x \quad \text{und} \quad \bar{m}P_m = mP_m$$

bekommt man durch logarithmische Ableitung

$$(16) \quad \hat{\bar{x}}P_x = \hat{x} + P_x \quad \text{bzw.} \quad \hat{\bar{m}}P_m = \hat{m} + \hat{P}_m$$

Aus $\hat{m} = 0$ und $\hat{P}_m = \beta$ folgt, daß die Importausgaben mit der Rate β wachsen. Um dieselbe Wachstumsrate der Exporteinnahmen zu sichern muß bei $\hat{P}_x = \alpha$, $x = \beta - \alpha$ gelten, d. h. die Exportmenge muß mit der Rate $(\beta - \alpha)$ wachsen, wobei dieser Zuwachs keinen negativen Einfluß auf die Exportpreise in Fremdwährung ausüben darf.

Die inländischen Preise, die die Produzenten der Exportgüter erhalten, bleiben unverändert, wenn der Wechselkurs mit der Rate $-\eta = \alpha$ sinkt, muß bei $P_x = \alpha$, $x = \beta - \alpha$ gelten, d. h. die Exportmenge muß mit der jedoch die inländischen Preise der Importgüter bei demselben Wechselkurs mit der Rate $(\beta - \alpha)$ steigen. Diese Steigerung begleitet die Senkung der Arbeitsproduktivität in der Exportgütererzeugung.

Auch mit Hilfe der Budgetsubventionen läßt sich diese Preiserhöhung nicht vermeiden. Nehmen wir an, den Importeuren wird eine Subvention in der Höhe mp_m ($\beta - \alpha$) zuerkannt. Sie stellt eine zusätzliche Budgetausgabe dar, die durch keine zusätzliche Budgeteinnahme kompensiert wird. Auf dem Konsumgütermarkt bildet sich eine Inflationslücke, weil der erhöhten Nachfrage ein unverändertes Angebot gegenübersteht. Es kommt zu einer gestauten Inflation, deren Ausmaß ceteris paribus dem Budgetdefizit entspricht.

²⁰ Bei der Bildung eines negativen Saldos der Leistungsbilanz können Devisenbestände oder Auslandskredite in Anspruch genommen werden, was die Anpassungszeit an die neue Lage ausdehnt, jedoch die Lösung bleibt längerfristig dieselbe.

24. Die Schlußfolgerungen, zu denen wir jetzt kommen, entsprechen weitgehend denjenigen, die wir aus der Analyse der ZGW gezogen haben. Ohne einer Verschlechterung der terms of trade kann man die MZGW von dem Einfluß der Weltinflation durch das Budgetsystem oder durch eine Aufwertung schützen. Der zweiten Methode ist unter normalen Umständen der Vorrang einzuräumen, weil sie der Verzerrung der Preisstruktur im Inland durch indirekte Steuern und Subventionen entgegenwirkt und der Sinn des Modells MZGW liegt letzten Endes in der Ausnutzung der Preise als Informationsträger.

Dasselbe gilt für den Fall der geänderten terms of trade, wobei es von entscheidender Bedeutung ist, die Wirtschaft mit der neuen Preisstruktur im Ausland zu konfrontieren und — mindestens längerfristig — die Struktur der Exporte und der Importe — soweit es möglich ist — der neuen Lage anzupassen. Das geschieht am besten durch die kombinierte Aufwertung (die die Weltinflation ausgleicht) und Erhöhung der Preise im Inland (die der Verschlechterung der terms of trade Rechnung trägt).

25. Wir haben uns mit 2 extremen Modellen der sozialistischen Wirtschaft beschäftigt. Das Modell der ZGW war sehr lange typisch für alle RGW-Länder und noch heute entspricht es dem modus operandi ihrer Mehrheit. Auf der anderen Seite zeigt das Modell der MZGW — in dem untersuchten Bereich — eine gewisse Ähnlichkeit mit dem „Neuen ökonomischen Mechanismus“, der in Ungarn im Jahre 1968 eingeführt wurde. Auch in Polen wurden Elementen dieses Modells in der Form der s. g. „Transaktionspreise“ im Jahre 1971 eingeführt. Bei den „Transaktionspreisen“ wird der Devisenerlös aus den Exporten auf Zloty mittels Wechselkurs-Koeffizienten umgerechnet und wirkt sich auf die finanzielle Lage der Betriebe aus, wenn sie direkt die Exporte ausführen. Ähnlich geschieht es bei der Ermittlung der Zloty-Preise der Importe. Daraus sind jedoch sowohl Konsumwaren von entscheidender Bedeutung als auch wichtige Rohstoffe ausgenommen. In beiden Ländern weichen die Wechselkurs-Koeffizienten von den offiziellen Wechselkursen, die weiterhin fast bedeutungslos sind, ab.

Die Wirklichkeit ist natürlich viel komplizierter als die theoretischen Modelle. Wir finden Elemente beider Modelle fast überall. Es gibt einen Preisausgleich auch in Ungarn oder Polen, andererseits gibt es auch in anderen Ländern Zusammenhänge zwischen Inlands- und Weltpreisen.

Es gibt auch wichtige Fragen, die wir in unseren Modellen außer acht gelassen haben. Erstens, gibt es einen Intra-RGW-Markt, mit einem eher strengen Bilateralismus, mit Preisunterschieden, „harten“ oder „weichen“ Waren, einem transferablen Rubel, der nicht transferabel ist usw. Zweitens, auch der Weltmarkt (d. h. der Markt außerhalb des Intra-RGW-Marktes) ist nicht einheitlich. Es gibt günstigere und weniger

günstige Märkte, die Preise für Industriewaren sind kaum einheitlich, es gibt kurz gesagt territoriale Probleme des Außenhandels. Letztens gibt es ein Problem der Warenstruktur des Außenhandels, das mit dem Konzept des Bündels von Export- bzw. Importgütern überhaupt nicht erfaßt werden kann. Im Zusammenhang damit gibt es mehr als einen Wechselkurs und auch Auswirkungen der Änderung der Wechselkurse auf die geographischen Richtungen und auf die Warenzusammensetzung des Außenhandels müßten berücksichtigt werden, dies würde uns vielleicht zur Revision mancher raschen Schlußfolgerungen veranlassen. Das kann jedoch nicht mehr in diesem, schon zu lang geratenem Aufsatz versucht werden.